Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¾10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 96. | Dresden, Dienstag den 28. April 1914. | 25. Jahrg.

Wir fordern am 1. Mai:

Schutz der menschlichen Arbeitskraft gegen die kapitalistische Ausbeutung!

Die französischen Wahlen brachten der Sozialdemokratie einen starken Erfolg.

In der Nähe von Algier wurde ein Dampfer durch eine Explosion zerstört. 15 Mann der Besatzung werden vermißt.

Präsident Wilson appellierte an John Rockefeller, er möge eine Verständigung in den Streikkämpfen in Kolorado herbeiführen.

Huerta hat das Vermittlungsangebot der südamerikanischen Republiken angenommen.

An der mexikanischen Nordgrenze kam es zu einem Gefecht zwischen amerikanischen und mexikanischen Truppen.

An der Küste von China ist ein Dampfer von Seeräubern angefallen worden.

Das brüchige Syndikat.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Die Versammlung der Zechenvertreter hat am Freitag die Beratung des neuen Kohlensyndikatsvertrages soweit gefördert, daß man sich über alle Hauptpunkte einigte und die Satzungsvorschläge einstimmig annahm; am 1. Oktober soll die definitive Unterzeichnung des Vertrages stattfinden. In dieser oder einer ähnlichen Form hat die kapitalistische Presse über den Verlauf der Vertragsberatung berichtet und dadurch bei dem Fernstehenden den Eindruck erweckt, als ob das Syndikatsschiff sich auf einer glücklichen Fahrt in den sicheren Hafen befinde. In Wirklichkeit laviert es unter dem Druck starker Böen vor einem klippigen Strand und kann froh sein, wenn es den geschicktesten Lotsen mit Benutzung fremder Hilfe gelingt, noch einmal das leck Schiff vor dem Zerschellen zu retten.

Allein die Tatsache, daß die endgültige Vollziehung des neuen Vertrages (der alte läuft am 31. Dezember 1915 ab), die für den Mai vorgesehen war, bis zum Oktober verschoben werden mußte, kennzeichnet die Situation des Syndikats als eine sehr kritische. Nie zuvor hat die Vertragserneuerung solche Schwierigkeiten gemacht wie jetzt. Ferner haben in der Freitagsversammlung die Vertreter von drei oder vier Gesellschaften gefehlt, deren Fernbleiben mindestens beweist, daß sie auf eine unbedingte Syndikatserneuerung nicht drängen. Außerdem hat der Vertreter der mit den Rheinischen Stahlwerken (Hauptaktionär Fürst Henckell von Donnersmark) verbundenen Zeche eine Erklärung bezüglich des Zustandekommens der Verbände in der Eisenverarbeitungsindustrie abgegeben, auf deren Bedeutung wir noch zu sprechen kommen. Und schließlich verlautet noch nichts über einen positiven Erfolg der Verhandlungen mit den Außenseitern über deren Beitritt zum Syndikat. Auf diesen Punkt sei zunächst eingegangen.

Es gab im rheinisch-westfälischen Kohlenbecken Ende 1913 schon wieder 18 Zechen, außer den fiskalischen, die außerhalb des Kohlensyndikats stehen. Mit 9 hat das Syndikat einen Vertrag über den Kohlenverkauf geschlossen, anders wäre das Syndikat schon in seiner Marktbeherrschung ganz erheblich gedrückt worden. Die Nichtsyndikatszechen hatten 1909 eine Kohlenförderung von 4,16 Millionen Tonnen (4,90 Prozent der ganzen Revierförderung), 1913 bereits 12,72 Mill. Tonnen (11,10 Prozent), wovon auf die fiskalischen Gruben, die 1909 noch nicht 2 Millionen lieferten, letztjährlich über 4,725 Millionen Tonnen entfielen. Diese starke Entwicklung der Nichtsyndikatszechen, namentlich der fiskalischen, macht es leicht begreiflich, warum die Syndikatsvertreter alle Minen springen lassen, um vor allen Dingen den Fiskus für das Syndikat zu gewinnen. Voraussichtlich wird die Produktion der jetzt außerhalb des Syndikats stehenden Gruben, zu denen sich weitere neue Anlagen gesellen, in relativ kurzer Zeit über 20 Prozent der ganzen Revierförderung hinausgehen. Gelingt es nicht, diese Produktion syndikatsseitig unter Kontrolle zu stellen, dann hat das Zechenkartell verspielt.

Es muß bedacht werden, daß die Syndikatszechen nicht nur jetzt, sondern ein Teil sogar schon während der letzten Hochkonjunktur ihre kolossal gesteigerte Leistungsfähigkeit nicht ausnutzen konnten, weil sonst die Ueberförderung noch erheblicher geworden wäre. Die Syndikatsvertreter haben für Mai die zugelassene Fördergquote in Kohlen auf 82,5 Prozent (März, April 80 Prozent), in Briketts auf 82,5 Prozent (80 Prozent), in Koks auf 45 Prozent (50 Prozent) der Beteiligungsziffer festgesetzt. Die Produktionseinschränkung von 55 Prozent in Koks zeigt ohne Kommentar an, welche ungeheuerliche Uebererzeugung in diesem Brennstoff eingerissen ist, beweist eben darum schlagend, daß das Syndikat seine volkswirtschaftliche Aufgabe, wenigstens einigermaßen die Erzeugung mit der Nachfrage zu bilanzieren, nicht erfüllen konnte. Damit ist aber auch das wichtigste Argument der unbedingten Syndikatsfreunde durch die Wirklichkeit ad absurdum geführt.

Man glaube auch nicht, daß die zugelassene Förderung ohne erhebliche Stockung in den Verbrauch übergeführt wurde. Das Syndikat selber teilt mit, der Absatz sei so abgeschwächt, daß „eine wesentliche Zunahme der Lagerbestände, insbesondere der Koksbestände" eingetreten sei. Das Syndikat mußte also trotz der 20prozentigen Fördereinschränkung in Kohlen und der 50prozentigen in Koks noch große Mengen auf Lager nehmen und deshalb kann die Erhöhung der Kohlenfördergquote um 2,5 Prozent nicht als ein Zeichen verbesserter Konjunktur gewertet werden, sondern ist als ein spekulatives Manöver zu betrachten. Der rechnungsmäßige Syndikatsabsatz betrug im ersten Quartal 1914 rund 18 Millionen Tonnen, das sind über drei Millionen Tonnen weniger wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Und die Lagerbestände wuchsen trotzdem. Nun sind aber noch über ein Dutzend Schächte fast förderfähig oder im raschen Abteufen begriffen. Die Spannung zwischen der Leistungsfähigkeit der Zechen und der Absatzmöglichkeit wird demnach noch größer werden, woran auch einige Jahre bester Konjunktur nichts ändern. Wir treiben also in der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie derselben schweren Kalamität zu, in der sich die Kaliindustrie und die Zementindustrie schon befinden! Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat hat auch nicht vermocht, den Expansionsdrang in der von ihm kontrollierten Industrie wenigstens soweit zu zügeln, daß das Mißverhältnis zwischen Förder- und Absatzfähigkeit halbwegs erträglich gestaltet wurde. Ja es hat durch seine auf die Erzielung einer anormalen Profitrate gerichteten Preis- und Absatzpolitik jenes Mißverhältnis erhöht und damit die Konzentrationstendenzen, die sich nunmehr gegen das Syndikat selber wenden, bedeutend verstärkt.

Während sich ein Syndikatsausschuß bemühte, die Interessengegensätze zwischen den „reinen" Kohlenzechen und den Hüttenzechen durch gegenseitige Konzessionen zu überkleistern, vollzog sich die Bildung zweier weiterer „gemischter" Werksgesellschaften. Die große Kohlenzeche „Konkordia" verband sich mit den Rombacher Hütten und die schon im Besitz der Zeche „Königin Elisabeth" befindliche Mannesmanngesellschaft fusionierte sich mit dem bedeutenden Blechwalzwerk Schulz-Knaudt. Diese Fusionen haben die Wirkung, daß nunmehr ein noch größerer Teil der bisher vom Syndikat kontrollierten Kohlen- und Koksproduktion als „Selbstverbrauch der Hütten" freigegeben werden muß, wodurch den „reinen" Kohlenzechen, die naturgemäß das Rückgrat des Syndikats bilden müssen, wieder größere Absatzmengen entzogen werden. Würde man diese in dem noch geltenden Syndikatsvertrag stipulierte Konzession den immer mächtiger gewordenen Hüttenzechen in dem neuen Vertrag nicht mindestens im wesentlichen Umfange wieder zugestehen, dann dürfte sich das Interesse nicht weniger Hüttenzechen an dem Zustandekommen des neuen Syndikatsvertrages so vermindern, daß sie außersyndikatlich wirtschafteten. Daß in der Freitagsversammlung trotz ihrer Dringlichkeit die Mannesmannzeche nicht vertreten war, das läßt nicht gerade auf ein eifriges Eingreifen dieser großen Gesellschaft für die Neubildung des Syndikats schließen. Sie hat für ihre umfangreichen Eisen- und Stahlwerksanlagen, die nun noch durch Errichtung von Roheisen- und Halbzeugfabriken sehr erweitert werden sollen, ein wahrscheinlich ausreichendes Absatzgebiet für ihre eigene Kohlenförderung. In derselben Lage befinden sich noch mehr Werkskonzerne, denen weitere Konzernbildungen folgen werden. Das Bestreben, sich durch den Zusammenschluß von Zechen, Kokereien mit Hütten- und Verfeinerungswerken den syndikatsfreien (das heißt erheblich billigeren) Bezug von Rohstoffen und Halbzeug zu sichern, ist eben durch die Preispolitik der Syndikate in der Bergwerks- und Hüttenindustrie so sehr verstärkt worden, daß die privatwirtschaftlichen Interessen der Einzelunternehmer, selbstverständlich der kapitalstärksten am meisten, ihre Befriedigung außerhalb der Syndikate suchen. Die gewaltigen Werkskonzerne wachsen über die Syndikate hinaus und streben dem Trust zu! Auch eifrige Freunde der Syndikate haben es bekannt, daß diese selbst wirtschaftliche Tendenzen fördern, deren Resultat die unabsichtliche oder bewußte (das ist praktisch gleich) Untergrabung der Syndikatsmauern ist. Die neuen Konzernbildungen, schrieb dieser Tage ein Syndikatsblatt resigniert, reißen aus dem sich dem Hafen zubewegenden Syndikatsschiff wieder einige Planken heraus. Der Syndikatsvorsitzende Emil Kirdorf meinte auf der G.-V. seiner Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft (die sich seit 1903 gleichfalls zu einem großen „gemischten" Unternehmen ausgewachsen hat), das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat würde jedenfalls zustande kommen, ob aber „auf einer gesunden Grundlage", das sei fraglich!

Auf einen sehr „wunden Punkt" tippte in der Freitagsversammlung des Syndikats der Vertreter der Rheinischen Stahlwerke, als er erklärte, das Zustandekommen des Syndikatsvertrages müsse in Verbindung gebracht werden mit der Bildung von Verbänden für die Fertigfabrikate der Eisen- und Stahlindustrie! Darauf erwiderte Kirdorf kurzweg, diesen Zusammenhang dürfe man nicht konstruieren. Zwar wurde darüber nicht weiter diskutiert, aber daß dieser Zusammenhang überhaupt berührt worden ist, beweist, daß die Situation sich immer mehr auf die Frage zuspitzt, ob die hauptsächlich auf die Fertigfabrikation angewiesenen Werke, unter ihnen auch Mannesmann, durch eine neue Syndizierung der Rohstoffwerke den Matadoren unter diesen, womit nicht zuletzt auf Gelsenkirchen gezielt ist, die Möglichkeit erleichtern, durch Ausdehnung ihrer Fertigfabrikation den vornehmlich weiterverarbeitenden Werken eine ruinöse Konkurrenz zu machen. Vermöge ihres billigen Selbstverbrauchbezugs an Kohlen, Koks, Roheisen und Halbzeug können die gemischten Werke, wie Gelsenkirchen, auch die Fertigfabrikate zu niedrigeren Selbstkosten herstellen, und sie nutzen nun diese Gelegenheit durch eine unausgesetzte Ausdehnung ihrer Fertigfabrikation (Röhren, Fassoneisen, Bleche usw.) weidlich aus. Sie liefern diese nichtsyndizierten Fabrikate zu so niedrigen Preisen, daß sie die Konkurrenz der eigentlichen Verfeinerungswerke leicht schlagen. Darum fordern die letzteren auch die Kartellierung der Fertigfabrikate, wofür aber Gelsenkirchen usw. sich nicht begeistern. Eben darum betonte ein Vertreter der an der Fertigfabrikation sehr interessierten Werke in der Freitagversammlung die Notwendigkeit, mit der Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikatsvertrages die Forderung der Bildung von Kartellen für die fertigen Eisen- und Stahlfabrikate zu verbinden. Das ist allerdings ein sehr „wunder Punkt", und wenn die Wortführer der Fertigindustrie ihren Standpunkt beharrlich verfolgen, dann tut sich für das Kohlensyndikatsschiff eine Klippe in dem ohnehin sehr bewegten Fahrwasser auf, an dem es wieder nur mit Konzessionen vorbeilavieren kann. Jede Konzession aber läßt die Brüchigkeit der Syndikatsverfassung deutlicher in Erscheinung treten.

Deutschland und die französischen Wahlen.

Ueber die endgültige Gestaltung der französischen Kammer und über die Lösungsaussichten der verschiedenen Probleme der inneren französischen Politik wird erst der zweite Wahlgang am 10. Mai die Entscheidung bringen. Die Frage aber, die uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders interessiert, die Frage des künftigen Verhältnisses der Republik zum Deutschen Reiche, hat schon durch die Wahlbewegung selbst und durch den ersten Wahlgang ihre Beantwortung gefunden. Dieser erste Gang bedeutet einen starken Erfolg unserer französischen Genossen, wie folgende Meldung beweist:

Paris, 27. April. Das definitive Resultat der gestrigen Kammerwahlen stellt sich nach den letzten Meldungen wie folgt: Gewählt sind 31 Konservative (gewonnen 4 Sitze), 28 freiheitlich Liberale (gewonnen 4, verloren 5 Sitze), 54 Progressisten (gewonnen 5, verloren 4 Sitze), 51 republik. Linke (gewonnen 10, verloren 10 Sitze), 26 Republikaner (gewonnen 1, verloren 7 Sitze), 8 radikale Sozialisten (gewonnen 3, verloren 2 Sitze), 58 unif. rad. Sozialisten (gewonnen 12, verloren 13 Sitze), 16 soz. Republikaner (gewonnen 9, verloren 2 Sitze), **41 geeinigte Sozialisten (gewonnen 5**, verloren 1 Sitz).

Unsere Genossen haben mit den im ersten Wahlgange eroberten 41 Sitzen fünfzehn Sitze mehr errungen als im ersten Gange von 1910. Was uns aber mit noch höherer Freude erfüllt: Der sozialistische Stimmenzuwachs beträgt gegen 1910 eine halbe Million! Dieser Zuwachs, so erfreulich er im Interesse der internationalen Sozialdemokratie an sich schon ist, gewinnt an Bedeutung durch den Umstand, daß unsere französischen Kameraden diesmal die Fragen der auswärtigen Politik in den Vordergrund zu stellen genötigt waren. Sie haben sich überall mit grundsätzlicher Entschiedenheit für die Verständigung erklärt, obgleich sie dessen gewärtig sein mußten, dafür von den Chauvinisten als Agenten des

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auslandes und als „Preußens“ verleumdet zu werden. Diese chauvinistischen Verleumdungen haben auf die Wähler keinen Eindruck gemacht. Hunderttausende, die früher bürgerlich wählten, strömten der Partei zu, die das Dreijahrgesetz bekämpft und die die Versöhnung mit Deutschland zum Angelpunkt ihrer auswärtigen Politik macht. Jaurès, der feurige Apostel dieses großen Gedankens, und der mit dem Geist des deutschen Marxismus durchtränkte Vaillant haben 1800 und 1000 Stimmen mehr erhalten als bei der vorigen Wahl; ähnliche Stimmenzunahmen werden aus den verschiedensten Gegenden des Landes gemeldet. Die französische Sozialdemokratie marschiert — an dieser Tatsache allein schon scheitern die lügnerischen Machenschaften unserer Alldeutschen, die die Dinge so darstellen, als ob das ganze französische Volk von heißem Revanchedurst gegen Deutschland erfüllt wäre.

Auch in jenen Schichten, die der sozialdemokratischen Propaganda noch nicht zugänglich sind, läßt sich keinerlei Zunahme chauvinistischer Stimmungen feststellen. Die Nationalisten haben keine irgendwie bemerkenswerten Fortschritte erzielt, sie werden nach wie vor ein kleines Häuflein von Schreiern auf der äußersten Rechten bilden. Wie sich zwischen den beiden großen Gruppen, die man am besten nach den Namen ihrer Vormänner Caillaux und Barthou bezeichnet, das Kräfteverhältnis gestalten wird, ist noch ziemlich unklar; hier spielen aber innerpolitische Fragen eine größere Rolle als die Frage des Verhältnisses zu Deutschland. Als chauvinistisch und revanchelustig wird man auch die Gruppe Barthou-Briand ehrlicherweise nicht bezeichnen können, wiewohl sie durch ihre taktische Verbindung mit den Nationalisten für überpatriotische Erregungen einen besseren Nährboden abgibt als die von Caillaux geführte Partei der geeinigten Radikalen.

Die deutsche Nationalistenpresse bemüht sich, das französische Wahlergebnis in chauvinistischem Sinne umzufälschen, indem sie die Kandidaten zu Anhängern und Gegnern der dreijährigen Dienstzeit gruppiert und nun die Anhänger ungeheure Siege erringen läßt. So meldet z. B. der Berliner Lokalanzeiger den Wahlsieg von „168 überzeugten Militaristen“. „Militarist“ ist aber ein ziemlich schwankender politischer Begriff, in Deutschland würde man wahrscheinlich im Gegensatz zu Frankreich alle bürgerlichen Kandidaten als Militaristen bezeichnen müssen. Aber auch die Anhänger und Gegner der dreijährigen Dienstzeit innerhalb der bürgerlichen Parteien lassen sich nicht so ohne weiteres säuberlich voneinander scheiden. Auch die meisten Radikalen rechnen mit dem Dreijahrgesetz als einer vollendeten und leider bis auf weiteres unabänderlichen Tatsache. Damit geben sie sich gegenüber der sozialdemokratischen Kritik eine weite Blöße, aber zu den chauvinistischen Eisenfressern wird man sie deshalb noch lange nicht werfen dürfen.

Alle Berichte stimmen schließlich darin überein, daß die Feindschaft gegen Deutschland oder die Angst vor Deutschland in der Wahlbewegung keine Rolle gespielt hat. Die französischen Wahlen von 1914 lassen sich in keiner Weise mit den schwedischen desselben Jahres vergleichen, die im Zeichen des Kosakenschrecks standen, oder mit den deutschen Angstwahlen von 1887. Von keiner großen Partei, von keinem bedeutenden Politiker sind im Laufe der Wahlbewegung gehässige Aeußerungen gegen Deutschland bekannt geworden, und die Berliner Post kam nicht in die Lage, auch nur über die kleinste „deutschfeindliche Demonstration“ berichten zu können. Ja, die französischen Nationalisten hätten vollkommen auf dem Trockenen gesessen, wenn ihnen nicht gewisse Aeußerungen des deutschen Kronprinzen und seiner speziellen Verehrer einiges Wasser auf ihre Mühlen geliefert hätten. Man hilft sich gegenseitig aus, aber viel war es, offen gestanden, nicht!

In Frankreich ist eine Wahl mehr als bei uns eine allgemeine Volksabstimmung, durch die der Kurs der Politik in den nächsten Jahren bestimmt wird. Eine solche Abstimmung erstreckt sich aber auf alle politischen Fragen zugleich, dadurch wird ihr Ergebnis im einzelnen oft unbestimmt und vieldeutig. Niemand kann sagen, das französische Wahlergebnis bedeute einen formellen Auftrag für die Regierung, auf die endgültige freundschaftliche Verständigung mit Deutschland hinzuwirken. Noch weniger aber wird man behaupten können, dieses Ergebnis sei ein Schrei des Hasses gegen ein anderes Volk, eine Gefahr für den Weltfrieden, eine Kriegsdrohung. Nein, die französischen Wahlen zeigen, daß wieder eine Reihe von Jahren über alte schmerzliche Erinnerungen dahingegangen ist, und daß das neue Geschlecht, das heranwächst, sich selber leben will. Für die Bestrebungen der Berner Konferenz bedeutet der französische Wahlausfall eine starke Ermutigung.

* * *

Sozialdemokratische Wahlerfolge.

Paris, 27. April. Die Kammerwahlen brachten unserer Partei im ganzen Lande einen gewaltigen Stimmenzuwachs. Selbst Algerien brachte 7000 Stimmen auf. Im Seinedepartement ist allein eine Zunahme von 55000 Stimmen zu verzeichnen. So behaupteten Lauche den ersten Wahlkreis des 11. Pariser Arrondissements, Sembat den ersten Kreis des 18., Rozier den zweiten und Dejeante den ersten Kreis des 19. Pariser Arrondissements. Vaillant gewann trotz verminderter Wählerschaft im zweiten Kreis des 20. Arrondissements über 700 Stimmen. In St. Denis wurden die Genossen Veber, Walter und Poilin, in St. Quentin Ringuier gewählt. Ferner wurden gewählt: Thivier in Montluçon, Brizon in Moulins, Goniaux in Douai und Guesde, dessen Stimmen um 800 zunahmen, in Roubaix. Ronanets Sieg in der Stichwahl erscheint sicher, desgleichen die Wahl von Albert Thomas in Belfort sowie die von Ghesquière. Im ersten Kreis des 14. Arrondissements erlangte Bracke mehr Stimmen als in der Stichwahl im Jahre 1910.

Verloren haben wir nur Boulogne, wo aber unser Kandidat Morens wegen Mogelei mit den Klerikalen von der Föderation gestrichen und zu den Briandisten übergelaufen war. Allemane erhielt in seinem alten Pariser Wahlkreis nur 1200 von 9200 abgegebenen Stimmen. Ueberhaupt scheint seine Renegatenpartei verkracht zu sein.

Die Eroberung neuer Mandate für uns in der Stichwahl erscheint so gut wie sicher. So sind die Aussichten für die Wahl von Longuet in Sceaux sehr günstig, und auch die Wahl Navarres im 2. Kreis des 13. Arrondissements gilt als gesichert, da der an zweiter Stelle stehende radikale Kandidat Gourson zurücktrat.

Die Verschiebungen anläßlich der Wahl zwischen den bürgerlichen Parteien sind so gering, daß sich Radikale und Opposition gleichzeitig den Sieg zuschreiben. Erstere besonders wegen der Wiederwahl des Exministers Caillaux, letztere, weil Paris wieder reaktionär gewählt hat. Patrie weist auf das Anwachsen des Sozialismus hin und fordert die Einigung der bürgerlichen Parteien im Kampf gegen den inneren Feind.

251 Stichwahlen sind noch erforderlich. Insgesamt liegen 302 Resultate vor. Da 602 Mandate vorhanden sind, so erklärt sich der Unterschied durch die Verschiebung in den Wahlbezirken. Der frühere radikale Minister Delcassé ist in seinem Wahlkreise Foix mit 12051 Stimmen wiedergewählt worden.

Der Wolf im Schafspelz.

Stets haben die herrschenden Klassen ihre Ausbeutungsgelüste hinter mehr oder minder schönen Phrasen zu verstecken gesucht. Man spricht von Staatserhaltung, vom Interesse des Vaterlandes und der Monarchie, von Religion, Zucht, Sitte und Ordnung und meint damit im Grunde genommen den lieben Geldbeutel. Jetzt ist es bei unseren Besitzenden beliebt, im Namen der Freiheit gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter oder gegen den Zwang der Sozialpolitik zu Felde zu ziehen. So führte der bekannte Kapitalmagnat Geheimrat Kirdorf in einer Rede, die er bei einem Festmahl des Vereins für bergbauliche Interessen und des Zechenbesitzervereins hielt, folgendes aus:

> Wenn irgendwelche Verbände in Anspruch nehmen können, den großen Gedanken der Arbeiterschutzgesetzgebung unseres unvergeßlichen Bismarck in die Tat umzusetzen, so ist es die niederrheinisch-westfälische Industrie gewesen, und der Bergbauliche Verein hat mit an der Spitze gestanden. Wir haben das mit Freuden getan. In der jetzigen Zeit der Gesetzgebung auf diesem Gebiete aber handelt es sich nach meiner Auffassung oft nur darum, Gesetze zu schaffen, um ihnen einen Namen zu geben, ohne zu wissen, ob sie Nutzen stiften werden. Wir haben jene Richtung gefördert, aber es kann auch zum Uebermaß werden. Gerade wir hier in unserer Industrie sind fördernd dabei gewesen, besonders um die Unfallversicherung ins Leben zu rufen. Aber mit dem Bandwurmschritt auf diesem Gebiete kann man nicht einverstanden sein. Diese Erscheinung hat uns in die Lage der Abwehr gebracht, und wenn ich das heute hier wieder erwähne, so geschieht es im Hinblick auf die große Freundschaft und das Wohlwollen, das Sie (die Gäste) uns erwiesen. Ich möchte Ihnen zurufen, daß jeder an seiner Stelle, so gut er kann, dafür arbeiten möge, daß man auf dem Wege, den wir betreten haben, einen gewissen Abschnitt findet. Wir müssen Halt machen, und das ist nicht, wie so häufig von anderer Seite, besonders von der Seite, die nicht im praktischen Leben steht, behauptet wird, eine Geldbeutelfrage. Gewiß ist die starke Belastung, die durch die Gesetzgebung unserer Industrie auferlegt wird, eine Erscheinung von großer Bedeutung für unsere zukünftige Entwicklung. Ich sehe aber vor allem die Schattenseite in dieser Gesetzgebung darin, daß wir in Gebiete des Zwanges hineinkommen, daß große Teile unseres Volkes unter einen Zwang im Gegensatz zu anderen Völkern gestellt werden, wodurch auf die Dauer ein gewisser Rückgang in der Leistungsfähigkeit unseres Volkes hervorgerufen werden muß.

Der Herr Geheimrat ist sehr gütig, alles will er, alles wollen seine Kollegen für die Arbeiter tun, wenn nur der böse Zwang nicht wäre, den der Staat mit seiner dämlichen Sozialpolitik ausübt. Wirklich, Regierungen und Parlamente sollten doch endlich ein Einsehen haben und aller Sozialpolitik ein Ende machen. Am besten wär's wohl, man schaffte alle sozialpolitischen Gesetze ab. Sofort würden dann Herr Kirdorf und seine Freunde die Löhne erhöhen, und für die kranken und invaliden Arbeiter wäre so großartig gesorgt, wie sie sich's gar nicht besser wünschen könnten.

Herr Kirdorf spielt ja eine gewaltige Rolle in einem der mächtigsten Kartelle Deutschlands, dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat. Wenn er eine so große Abneigung gegen jeden Zwang hat, so wird er wohl auch dafür eintreten, daß der Zwang aufhört, den die Kartelle sogaus, sogein ausüben, indem sie mit Hilfe ihrer Monopolgewalt die Abnehmer zwingen, hohe Preise zu zahlen, oder indem sie widerspenstige Außenseiter durch die üblichen Gewaltmittel, wie z. B. die Materialsperre, zwingen, sich den Wünschen der Kartellgewaltigen gehorsam zu unterwerfen? Er wird wohl auch dagegen sein, daß in Zukunft noch Unternehmer ihre Arbeiter zwingen, gelben Vereinen beizutreten, oder daß sie sie zu zwingen suchen, bei einem Streik ihren Kollegen in den Rücken zu fallen, indem sie ihnen damit drohen, daß sie sie aus der Werkswohnung hinausschmeißen, wenn sie nicht genügend gefügig sind? O nein, der Herr Geheimrat wird nach wie vor alle die Gewaltstreiche gutheißen oder auch mitmachen, die bei Kartellherren seines Schlages üblich sind.

Die Abneigung gegen den Zwang stellt sich bei diesen Herren immer nur ein, wenn sie vom Staate angehalten werden, ihre elementarsten sozialpolitischen Pflichten zu erfüllen, sie ist sofort verflogen, wenn es für sie gilt, die Massen des Volkes, Arbeiter und Verbraucher, aufs ärgste zu terrorisieren. Hält so ein Kartellgewaltiger eine donnernde Rede gegen den Zwang, so kann das auf die meisten seiner staunend aufhorchenden Zeitgenossen nur die Wirkung haben, daß sie sehr lebhaft an einen Wolf im Schafspelz erinnert werden.

Der ausgeschaltete Faktor der Gesetzgebung.

Bekanntlich ist bei nicht weniger als fünf Gesetzentwürfen, deren parlamentarische Behandlung bereits bis in die letzten Stadien gelangt ist, eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Mehrheit des Reichstages und den verbündeten Regierungen entstanden. In all diesen Fällen haben die Vertreter der Regierung den Beschlüssen der Kommission ein brüskes „Unannehmbar“ entgegengesetzt und drohen, die Vorlagen fallen zu lassen, wenn das Parlament auf seinem Standpunkte beharrt.

Leider kann man ja zu der Rückgratfestigkeit der bürgerlichen Parteien kein großes Vertrauen hegen und so mußte man von Anfang an jede Minute auf ihren Umfall gefaßt sein, den sie, wie schon so oft, damit begründen würden, daß man doch schließlich nicht mit ganz leeren Händen zu den Wählern zurückkehren dürfe. Wenn wir der Neuen Politischen Korrespondenz glauben dürfen, steht denn auch in der Frage der Konkurrenzklausel dieser Umfall schon unmittelbar vor der Tür. Die Korrespondenz will aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben, daß über den viel umstrittenen Gesetzentwurf eine „Verständigung des Reichstages mit der Regierung auf der Grundlage der Erklärungen des Staatssekretärs des Reichsjustizamts erfolgen“ werde. Man wolle den in der Vorlage enthaltenen wesentlichen Fortschritt nicht preisgeben.

Das ist recht hübsch ausgedrückt: es erfolgt eine Verständigung auf Grundlage der Erklärung des Staatssekretärs. Zu deutsch heißt das nichts anderes, als daß der Reichstag vor dem Unannehmbar der Regierung zusammenknickt und resigniert ein Opfer der Ueberzeugung bringt. So wird es ja in den anderen strittigen Fragen ebenfalls gehen. Die Regierung befiehlt und die Volksvertretung gehorcht, nachdem sie eine Zeitlang drohend mit der Faust in der Tasche gefuchtelt und sich den Anschein gegeben hat, als dächte sie nicht daran, zurückzuweichen.

Ein besonders krasser Beweis für die Macht- und Einflußlosigkeit des Reichstages wird jetzt auch durch die weitere Entwicklung der bekannten Grundstücksaffäre des Militärkabinetts erbracht. Der Berliner Lokal-Anzeiger erzählt, daß der Bundesrat einigen Ergänzungen und Aenderungen im Etatsabschnitt über die Verwaltung des Reichsheeres seine Zustimmung erteilt habe. Besonders handle es sich ... Ganz harmlos fährt das Blatt dann fort:

> Hierher gehört auch die weitere Verfügung über das in den Besitz des Reichsschatzamtes übergegangene Grundstück in der Lützowstraße 34, auf dem bekanntlich ein Wohnhaus und ein Geschäftsgebäude für das Militärkabinett im Rohbau fertiggestellt waren, als der Konflikt sich ereignete, durch den die Stillegung der Arbeiten bedingt war. Dieses Grundstück soll nunmehr vom Reichsschatzamt an die Heeresverwaltung zur Erstattung der für den Erwerb aufgewendeten Kosten abgetreten werden, um zur Unterbringung des Militärkabinetts, dessen Dienststelle in der Behrenstraße 66 ungeeignet ist, hergerichtet zu werden.

Ungefähr so war ja der Verlauf der Dinge zu erwarten, trotzdem die Freisinnigen durch den Mund des Herrn Müller-Meiningen im Reichstage seinerzeit erklären ließen, daß das Militärkabinett nicht in den Besitz des Hauses in der Lützowstraße kommen dürfe. Sie hatten durch ihren schönen Kompromißantrag, nach dem das Grundstück, das sich die Militärverwaltung ohne Zustimmung des Reichstages verschafft hatte, auf den Etat des Reichsschatzamtes überschrieben werden sollte, der Regierung die Bahn freigemacht und es war von Anfang an für jeden klar, daß eines schönen Tages das Militärkabinett doch seinen Willen haben werde. Man konnte höchstens annehmen, daß dieser Zeitpunkt etwas später eintrete, aber der Bundesrat hält es nicht einmal für notwendig, dem Reichstag durch Wahrung einer gewissen Anstands- und Achtungsfrist entgegen zu kommen. Er macht das Parlament, das nicht die Courage hat, seinen Willen durchzusetzen, rücksichtslos zu einer komischen Figur.

Die Vermittlung angenommen!

Die Vermittlungsversuche der südamerikanischen Republiken haben nun auch in Mexiko Erfolg gehabt. Nach den Vereinigten Staaten hat nunmehr auch Huerta sich bereit erklärt, das Anerbieten der drei Staaten anzunehmen, wie folgende Meldung beweist:

Washington, 27. April. Wie hier in diplomatischen Kreisen verlautet, ließ der mexikanische Minister des Aeußeren dem spanischen Botschafter mitteilen, daß Huerta bereit sei, das Anerbieten Brasiliens, Argentiniens und Chiles anzunehmen. Die Mitteilung gilt daher als amtliche und die Regierung Huertas bindende Erklärung.

Diese Bereitwilligkeit Huertas dürfte nicht nur darauf zurückzuführen sein, daß seine Lage äußerst unsicher ist, sondern auch auf Einwirkungen der Großmächte. Deutschland, Frankreich und England haben der Regierung in Mexiko zu verstehen gegeben, daß sie eine Vermittlung in der Krise wünschen. Wie weit das Anerbieten der südamerikanischen Republiken einen praktischen Erfolg haben wird, ist fraglich. Bei aller Bereitwilligkeit zur Verständigung wird Wilsons Regierung nach wie vor versuchen, ihre imperialistischen Forderungen in Mexiko durchzusetzen und Huerta kaltzustellen. Im Weißen Hause zu Washington bereitet man sich deshalb noch immer auf alle Eventualitäten vor und rüstet mit unvermindertem Eifer, um Milizen und Freiwilligenkorps auf die Beine zu bringen.

Neuer Zündstoff.

Washington, 27. April. Der amerikanische Generalkonsul Hanna in Monterey berichtet von einer ihm durch die Föderalen widerfahrenen Demütigung: Ein Hauptmann der Bundestruppen kam am 21. April, vom Pöbel begleitet, vor das Konsulat, öffnete die Türe und forderte die Einziehung der Flagge der Vereinigten Staaten; andernfalls würde er ihn erschießen. Inzwischen holten andere Bundessoldaten die Flagge bereits nieder und trugen sie herum. In das Generalkonsulat wurde eine Wache gelegt und die Insassen gefangen genommen. Am 22. April kam Polizei und durchsuchte das Gebäude. Der Generalkonsul wurde unter dem Geleit der Menge über die Straße geschleppt und ins Zuchthaus gefahren, sodann in das Gerichtsgebäude, unter strenger Bewachung gehalten und am Abend vor das Kriegsgericht gestellt mit der Beschuldigung, daß er es mit den Rebellen halte. Erst am 24. April wurde er wieder freigelassen, als die Rebellen Monterey eingenommen hatten, die ihn sehr entgegenkommend behandelten. Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan sind sehr aufgebracht über das Verhalten der Föderalisten.

Rebellengenerale für Amerika.

Neuyork, 28. April. Der amerikanische Konsul Hostetter in Sonora in Mexiko depeschierte nach Washington, daß die Rebellengenerale Obregon und Alvarado ihre Truppen benachrichtigten, daß antiamerikanische Demonstrationen oder Angriffe mit dem Tode durch den Strang bestraft würden — 150 Flüchtlinge verlassen die Stadt Sonora auf Schiffen.

Kämpfe an der mexikanischen Nordgrenze.

Washington, 28. April. An der mexikanischen Nordgrenze ist es zu einem neuen Kampf gekommen. Aus Nuevo Laredo wird gemeldet, daß die Mexikaner, die aus dieser Stadt vertrieben worden sind, nochmals versuchten, über den Rio Grande zu gehen und in amerikanisches Gebiet einzufallen. Sie stießen mit amerikanischen Truppen zusammen und es kam zu einem Gefecht, wobei 10 Mexikaner getötet, 10 verwundet wurden.

Um Veracruz.

Veracruz, 27. April. Mit Ausnahme der interozeanischen Eisenbahn, die von Guatemala die Westküste entlang führt, erhält Huerta den Betrieb sämtlicher mexikanischen Eisenbahnen mit eigenen Leuten aufrecht und hat alle Fremden davongejagt. Die letzte, von ihm übernommene Eisenbahn ist die Tehuantepec-Isthmus-Bahn, National, die quer durch den Tehuantepec-Isthmus führt und gemeinsames Eigentum der Regierung und des Lord Cowdray ist. Die Veracruz- und Isthmus-Eisenbahn zwischen Tierra Blanca und Veracruz ist nicht in Betrieb, da die Brücke bei Boca del Rio acht Meilen von Veracruz mit Dynamit in die Luft gesprengt worden ist.

Neuyork, 27. April. Da in Veracruz immer noch Amerikaner geschossen wurde, erklärte Admiral Fletcher das Kriegsrecht. Vier Mexikaner wurden auf dem Friedhof erschossen, weil sie einen Sarg trugen, in dem Gewehre verborgen waren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutsches Reich.

Zentrum und Preußenwahlrecht.

Die Herren von der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht, die edlen Zentrumskämpen, lieben es, von Zeit zu Zeit sich gar sehr demokratisch zu gebärden. Vor allem stellen sie sich gern so, als wenn sie eifrige Anhänger des Reichstagswahlrechts wären, aber in der Praxis sieht's damit sehr faul aus. So schreibt jetzt die Kölnische Volkszeitung zur Frage der preußischen Wahlrechtsreform:

Man hat im Zentrum stets die Notwendigkeit dieser Reform (der Wahlrechtsreform. Die Red.) betont und auch stets die Ansicht vertreten, daß eine gedeihliche Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien, Konservative, Freikonservative, Zentrum und Nationalliberale, sich in dieser Frage auf einen billigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt dabei den Hauptnachdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter den Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung gar nicht allzuweit entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichskanzlers in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Zedlitz ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch gar nicht akut ist.

Kein Wort davon, daß man das gleiche Wahlrecht auch nur fordern wolle. Nur für den sogenannten selbständigen Mittelstand, in dessen Reihen das Zentrum einen großen Teil seiner Anhänger hat, will man, wenn's geht, etwas herausholen. Dabei würde ja auch das Zentrum gute Geschäfte machen! Im übrigen ist man glücklich in der Hoffnung, daß man mit den Junkerknechten, die Preußens Ministersessel zieren, ein Herz und eine Seele sei. Darauf könnten sich die Zentrumsleute allerdings etwas einbilden!

Preußisch-Kulturelles.

kg. Das Dreiklassenhaus begann am Montag die zweite Lesung des Kultusetats. Der Zentrumsabgeordnete Dittrich bemühte sich, die katholische Volksseele einigermaßen wieder ins Kochen zu bringen, wonach das Zentrum wahrscheinlich ein gewisses Bedürfnis hat. Er beklagte sich also bitter über die angebliche Zurücksetzung, ja Verfolgung der katholischen Kirche und der Orden, die sich der Krankenpflege widmen. Minister v. Trott zu Solz versicherte das Zentrum des weitesten Entgegenkommens an diese Orden, wollte jedoch von der vom Zentrum beantragten unbedingten Zulassung aller Orden nichts wissen. Eine große Kulturkampfpauke hielt sodann der nationalliberale Abgeordnete Dr. v. Campe, der große Töne moralischer Entrüstung über die Fälschung des Kaiserbriefes an die Landgräfin von Hessen fand. Der freikonservative Abgeordnete Viereck gab seinem Aerger über die Massenflucht aus der Preußenkirche Ausdruck. Der Fortschrittler Eickhoff wünschte eine organische Verbindung der Hochschulen mit den höheren und Volksschulen. Das bei dieser Debatte übliche Lob Preußens als des ersten Kulturstaates der Welt war diesmal dem konservativen Abgeordneten Schenk zu Schweinsberg zugefallen, während der Pole Seyczynski sowohl polnisch-pfäffische, als polnisch-nationale Klagen vorbrachte, auf die der Minister sehr massiv antwortete. Der letzte Redner des Tages war Genosse Ströbel, der die von den Vorrednern so reichlich gebrauchten Anpreisungen der Religion oder richtiger der Volksverpfaffung als Allheilmittel für sämtliche Schäden in diesem irdischen Jammertal zerfaserte und das sozialdemokratische Schulprogramm der Trennung des Staates von der Kirche, der Kirche von der Schule und der Erschließung aller Bildungsmöglichkeit im Staate für alle Volksgenossen in eindringlicher Rede entwickelte und die Niederknüppelung der Arbeiterjugend brandmarkte. — Dienstag geht die Generaldebatte weiter.

Die Groß-Berliner Polizei und die rote Woche.

Ueber die Parteigenossen, die während der roten Woche Plakate ausgehängt oder Zettel angeklebt haben sollen, in denen Aufforderungen zum Abonnement auf die Presse und zum Beitritt in die Organisationen enthalten waren, ist ein Hagelschauer von Strafmandaten niedergegangen. In Berlin selbst lauten die Strafmandate fast ausschließlich auf Haft von 5 bis zu 14 Tagen. Viele Restaurateure und Ladenbesitzer, denen vorgeworfen wird, Plakate über die rote Woche ausgehängt zu haben, sollen je 50 M. an die Polizeikasse zahlen. Eine Anzahl Genossen ist auch sofort mit einer Anklage bedacht worden. Es ist im Augenblick der ganze polizeiliche „Segen" noch nicht zu übersehen, es steht aber schon jetzt fest, daß die Polizei beabsichtigt, einen sehr reichlichen Zehnten von dem Ertrag der roten Woche einzustreichen.

Erhebungen über städtischen Immobiliarkredit.

Zur Untersuchung der Zustände auf dem Gebiete des Immobiliarkredits in Städten und sonstigen Industriezentren sowie deren Umgebung und zur Gewinnung von Vorschlägen für die Abstellung hervorgetretener Mißstände hat der Reichskanzler in Verfolg einer Resolution des Reichstages eine Sachverständigenkommission eingesetzt. Vorsitzender dieser Kommission ist der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Delbrück. Dieser Kommission, in der auch die einzelnen Bundesstaaten vertreten sind, gehören ferner acht Reichstagsabgeordnete an, darunter die Genossen Dr. Cohn und Göhre. Unter den Vertretern der Wissenschaft und der Praxis befindet sich Genosse Dr. Lindemann-Stuttgart. — Vor dieser Kommission sollen Sachverständige in kontradiktorischen Verfahren vernommen werden. Wie in der Kommission, sollen auch unter den zu vernehmenden Sachverständigen die verschiedensten Richtungen der Wissenschaft und der Praxis vertreten sein. Den Verhandlungen wird ein umfangreicher Fragebogen zugrunde gelegt. Am 28. April wird die Kommission zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Alsdann soll sobald als nach den Verhältnissen möglich mit der Vernehmung der Sachverständigen begonnen werden.

Wieder ein militärisches Schreckensurteil.

Köln, 27. April. Der Musketier Schüller vom Infanterie-Regiment Nr. 131 in Deutz wurde vom Kölner Gouvernementsgericht wegen tätlichen Angriffes auf seinen Vorgesetzten zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Verkrachte Zentrumsgründung.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Mosbach in Baden hat sich eine Anzahl strammer Zentrumsleute, die teilweise eine führende Rolle spielten, wegen Vergehen gegen das Handelsgesetz und gegen die Konkursordnung zu verantworten. Die Angeklagten gründeten 1911 eine Aktiengesellschaft, die von allem Anfang an faul war. Die Gründer veranlaßten falsche Eintragungen in das Handelsregister und zahlten schließlich, trotz der Unterbietung, die sich bald ergab, zum Zwecke der Täuschung 5 Proz. Dividende aus. Für die Verhandlung sind mehrere Tage angesetzt.

Zahlern-Vergleiche. In weiteren sechs Prozessen gegen den Militärfiskus (Pandurenkellerprozesse) wurden am Sonnabend Vergleiche abgeschlossen.

Deutsche Konsulate im Orient. Ein Nachtragsetat an den Reichstag verlangt die Mittel für die Errichtung je eines deutschen Konsulats in Uesküb (Serbien) und in Albanien. Der Ort für das Konsulat in Albanien ist noch nicht bestimmt. Nach Durazzo kann das Konsulat nicht kommen, denn dort hätte es, von aller Welt abgeschnitten, nichts zu tun. Das Konsulat kann nur in Skutari untergebracht werden. Außerdem verlangt man Militär-Attaches für Belgrad, Sofia und Athen, deren Notwendigkeit so nachzuweisen, daß der Reichstag zustimmt, der Regierung wohl etwas schwer fallen wird.

Noch ein Polizeiprozeß in Sicht. In der Nachbarstadt Kölns, Mülheim a. Rh., scheint demnächst gleichfalls ein Polizeiprozeß zu bevorstehen. Es schwebt schon seit einiger Zeit eine Untersuchung gegen Beamte der Mülheimer Kriminalpolizei, die sich in ähnlicher Weise wie ihre Kölner Kollegen vergangen haben.

Der Wehrbeitrag in Großberlin. In Berlin rechnet man auf Grund von vorläufigen Schätzungen damit, daß der Wehrbeitrag der Reichshauptstadt ungefähr die Höhe von 200 Millionen Mark erreichen dürfte; die genauen Feststellungen sind erst in einigen Tagen zu erwarten. Durch den Generalpardon dürfte die Stadt Berlin im Höchstfalle 300 000 M. als dauernde Mehreinnahme aus der Einkommensteuer erzielen, was bei einem Etat von 408 Millionen Mark kaum in Betracht kommt.

Ausland.

England.

Die neue Verschärfung der Ulsterkrise.

London, 27. April. Im Unterhause war heute bei der Ulster-Interpellation die Stimmung elektrisch geladen. Als Premierminister Asquith erschien, wurde er mit höhnischen Rufen von der Opposition begrüßt. Im Verlauf der Sitzung erklärte Ministerpräsident Asquith in Erwiderung auf eine Anfrage, welche Schritte die Regierung nach den jüngsten Vorfällen in Ulster zu unternehmen beabsichtige:

„Im Hinblick auf diese schwere Ausschreitung, die keinen Präzedenzfall besitzt (Beifall bei den Ministeriellen), möge das Haus versichert sein, daß die Regierung unverzüglich geeignete Schritte unternehmen wird, um dem Gesetz Achtung zu verschaffen und die Offiziere und Diener des Königs (Beifall bei den Ministeriellen) und Seiner Majestät Untertanen in der Ausübung ihrer Pflichten und in dem Genuß ihrer gesetzmäßigen Rechte zu schützen. (Beifall.)"

Asquith begab sich gleich nach seiner Erklärung im Unterhause nach dem Buckingham-Palast zu einer langen Audienz beim König und hielt dann sofort nach seiner Rückkehr in seine Amtswohnung in Downing Street einen Kabinettsrat ab, dem sämtliche Minister beiwohnten.

London, 28. April. Die Nachricht über die Parlamentsverhandlung sowie die Erklärung, die der Ministerpräsident Asquith im Namen der Regierung abgegeben hat, daß die englische Regierung fest entschlossen sei, in der Homerulefrage einzugreifen, hat die größte Erregung hervorgerufen. Die englische Regierung hat, wie die Daily Mail meldet, Schiffe nach dem Hafen von Largs abgehen lassen, die gegen Mitternacht dort ankamen. Die Schiffe sollen kleine Kreuzer sein. Der Oberbefehl über die Polizei in Belfast sowie in Largs ist in militärische Hände übergegangen. Wie das Blatt weiter meldet, sollen neuerdings mehrere Schlachtschiffe Befehl erhalten haben, nach Irland zu fahren. In Dublin stehen fünf Infanterie- und zwei Kavallerie-Regimenter.

Balkan.

Die Epirusfrage.

Durazzo, 27. April. Die Differenzen in der Epirusfrage haben eine wesentliche Besserung erfahren. In den meisten strittigen Punkten konnte eine Einigung erzielt werden, eine baldige Regelung der noch offenen Fragen steht zu erwarten.

Athen, 27. April. Wie der Agence d'Athènes gemeldet wird, haben die griechischen Truppen Nordepirus vollständig geräumt.

China.

Zizikar, 27. April. Der älteste General der hiesigen Garnison, Hsiuilanchou, hat durch Anschläge bekanntgegeben, daß der Militärgouverneur Chufinlan seines Amtes enthoben sei und er dessen Amt übernommen habe. Hsiuilanchou benachrichtigte offiziell das russische und das japanische Konsulat über die zum Schutze der Ausländer getroffenen Maßregeln. Der Telegraph befindet sich in den Händen der Meuterer. Die Verbindung mit Peking ist nur durch den russischen Telegraphen möglich. Die Lage auf der Station Zizikar ist nach wie vor beunruhigend. Man befürchtet einen Zusammenstoß zwischen der meuternden Brigade mit Hsiuilanchou an der Spitze und den Polizeitruppen unter dem Oberbefehl des Generals Yinschuan, der auf die Seite des abgesetzten Gouverneurs neigt. Viele Bewohner verlassen die Stadt.

Amerika.

Die Streikunruhen in Colorado.

Neuyork, 27. April. Der zwischen Streikenden und Staatsmilizen in Colorado abgeschlossene Waffenstillstand wurde gebrochen, doch ist noch nicht bekannt, von welcher Seite. Jedenfalls gab es bei Canon City einen heftigen Kampf, bei dem sieben Personen getötet wurden. Ein Vertreter des Arbeiterverbandes erklärte, man habe 20 Grubenwächter gefangen genommen und ein Maschinengewehr erbeutet. Die Streikenden ziehen Verstärkungen heran. Inzwischen wurde in Washington beschlossen, Bundestruppen in das Streikgebiet zu entsenden.

Sieben Bergwerke in Flammen.

Neuyork, 27. April. Im Bergwerksbezirk von Ludlow in Kolorado standen gestern sieben Bergwerke in Brand. Aus der Bergwerkstadt Aguilar sind 2000 Einwohner in Panik geflohen. Die Züge, die in Trinidad ankommen, sind mit Flüchtlingen überfüllt. Die Arbeiterorganisationen bewilligten die Ausgabe von Beträgen für den Ankauf von mehr Waffen für die Streikenden.

Rockefeller jun. gegen Rockefeller sen.

Washington, 27. April. Präsident Wilson hat persönlich an John Rockefeller appelliert, er möge eine Verständigung in dem Grubenstreik in Colorado herbeiführen und den Gewalttätigkeiten ein Ende machen, die viele Menschenleben gekostet und großen Eigentumsschaden verursacht hätten.

Rockefeller hat das Ersuchen des Präsidenten Wilson, in dem Grubenstreik in Colorado eine Verständigung herbeizuführen, zustimmend beantwortet und seinen Sohn ersucht, mit den Beauftragten Wilsons zu unterhandeln.

Neuyork, 27. April. Rockefeller jun. hat es abgelehnt, die Streitigkeiten mit den Bergleuten in Colorado einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Friedrich-August-Brücke
vom 28. April, mittags 12 Uhr.

Barometer 763. Schön Wetter.
Thermometer + 13° R.
Thermometergraph: Min. + 7°, Maxim. + 14°.
Hygrometer 69 %.
Wasserstand der Elbe — 114 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 29. April 1914:

Nordwestwind, wolkig, kühl, kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Der Kern höchsten Drucks erreicht vor der Mündung der Elbe 778 mm Barometerstand. Dieser Druck bedeckt den Norden, Osten und Süden und ist neu vom Westen her im Anzuge. Der Kern hohen Drucks kann zwar im Laufe der Vorhersagefrist das Festland erreichen, jedoch wird auf diese Weise die Wetterlage noch nicht vollkommen sicher. Eine geringe Verschiebung des Kerns kann Niederschläge bedingen.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 14, Pardubitz — 40, Brandeis + 50, Melnik + 40, Leitmeritz + 4, Aussig + 20, Dresden — 114.

Letzte Telegramme.

Aus der Budgetkommission.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Die Budgetkommission des Reichstags begann in der heutigen Sitzung nach den Osterferien mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Der Reichskanzler war nicht erschienen, er ließ mitteilen, er werde über die auswärtige Lage im Plenum des Reichstags sprechen. Der Berichterstatter Bassermann stellte eine große Reihe Fragen: Ob ein Sonderabkommen zwischen Oesterreich und Italien über die Mittelmeerinteressen bestehe. Wie es mit den deutsch-englischen Verhandlungen über Zentralafrika bestellt sei. Was die Regierung über den Fall des Luftschiffers Berliner wisse, welche Beziehungen das Deutsche Reich zu Rumänien habe und ob die deutschen Interessen bei der Bagdadbahn gewahrt seien. Die Antworten des Staatssekretärs v. Jagow sind zumeist vertraulich.

Die Kommission für den Immobiliarkredit.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Im Reichstag trat heute vormittag die Kommission für städtischen Immobiliarkredit zusammen. Den Vorsitz führte Dr. Delbrück. Nach der Konstituierung und Festsetzung des Arbeitsplanes vertagte die Kommission sich wieder.

Zur mexikanisch-amerikanischen Krise.

Veracruz, 28. April. Die amerikanische Flagge ist gestern über dem Hauptquartier des Kontreadmirals Fletcher gehißt worden. Bisher wehte sie nur über dem Zollamt.

Washington, 28. April. Das Marinedepartement ist von der Neuyorker Erie-Gesellschaft, die Ländereien im Bezirk von Tampico besitzt, um Absendung amerikanischer Truppen ersucht worden, um 100 ihrer Angestellten zu retten, die sich jetzt auf den Ollländereien 75 Meilen südwestlich von Tampico befinden. In dem Gesuch wird erklärt, daß die Leute gut bewaffnet seien, daß sie aber infolge der Kämpfe zwischen den Konstitutionalisten und den Regierungstruppen nicht zu den amerikanischen Schiffen gelangen konnten.

Veracruz, 28. April. Gestern ist hier ein Zug mit vielen Flüchtlingen eingetroffen, darunter nur 5 Amerikaner. Einige sind in Cordoba, einige im Hauptquartier des Generals Maas in Solidad gefangen gewesen. Aus der Stadt Mexiko kam niemand.

Die französischen Wahlen.

Paris, 28. April. Die etwas unbestimmte Parteirichtung vieler der neugewählten Abgeordneten und die große Zahl der Stichwahlen gestattet den verschiedenen Parteigruppen eine mehr oder minder aufrichtige Befriedigung zur Schau zu tragen. So erklärt z. B. der Radikal: Der beste Beweis für die Volkstümlichkeit der klar nach links gerichteten Politik des Kabinetts Doumergue ist die Tatsache, daß alle Mitglieder des Ministeriums in glänzender Weise ebenso wie Caillaux durchgedrungen sind. Das allgemeine Stimmrecht hat also trotz einer unerhörten Preßfehde und trotz schamloser Wahlkorruption deutlich die Forderung bekundet, daß die Republik auf dem Wege des Fortschritts verharren möge. Die Humanité gibt die Zahl ihrer Gewählten mit 40 an und behauptet, daß die geeinigten Sozialisten bei den Stichwahlen, gering gerechnet, in 50 Bezirken den Sieg davontragen würden. Die Partei werde mit einem Gewinne von mindestens 30 Mandaten in die Kammer einziehen. Jaurès erklärt, daß die geeinigten Sozialisten diesen Erfolg vor allem der Klarheit ihrer Haltung und ihres Programms zu danken hätten.

Wahlexzesse.

Paris, 28. April. Wie mehreren Blättern gemeldet wird, kam es in Haudainville bei Verdun infolge der Wahlniederlage des nationalistischen Generals Maitrot, der in seinem Programm eine Steuer auf ausländische Arbeiter befürwortet hatte, zu ernsten Ausschreitungen. Etwa 50 französische Arbeiter überfielen aus Zorn über die Schlappe des Generals ein Haus, wo die beim Bau des Militärlagers beschäftigten italienischen Arbeiter untergebracht waren, schlugen die Fenster ein und gaben Schüsse auf die Italiener ab. Mehrere von diesen wurden verwundet. Es mußte eine starke Gendarmerieabteilung aufgeboten werden, um die Italiener vor weiteren Mißhandlungen zu schützen.

Die französischen Stichwahlen.

Paris, 28. April. (Privattelegramm.) Die Stichwahl zur französischen Kammer findet am 10. Mai statt.

Von Seeräubern angefallen.

Hongkong, 28. April. Der englische Dampfer Talow mit Bestimmung nach Westriver ist auf der Höhe von Miau in Nordmacao von Seeräubern angehalten und verbrannt worden. Etwa 150 Mann der Besatzung und Passagiere sind von einem dazukommenden Dampfer aufgenommen worden. 180 Personen werden vermißt.

Thormanns Ehe angefochten.

Köslin, 28. April. Durch den mit der Vollmacht seiner Tochter versehenen Schwiegervater von Alexander Thormann, der gestern hier weilte, ist die Anfechtungsklage gegen die Ehe seiner Tochter eingeleitet worden.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdemokratischer Verein · 4. Wahlkreis

Donnerstag den 30. April, abends 9 Uhr

Kreis-General-Versammlung

im Etablissement **Ballhaus**, Dresden-N., Bautzner Straße.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. — 2. Neuwahlen. — 3. Statutenänderung. — 4. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

[V 16

Zahlreicher Besuch der Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Radeberg · Maifeier

Nachmittags-Ausflug nach Ullersdorf.

Stellen 1½ Uhr im Restaurant „Deutsche Eiche".

Abends

groß. Kommers im Schützenhaus-Saale

Anfang 7½ Uhr.

[772

Unentgeltliche Stenographie-Unterrichte

beginnen Donnerstag den 30. April im Restaurant Rabenauer Hof, Rabenauer Straße 18, und Sonnabend den 2. Mai im Restaurant Chemnitzer Hof, Jahnsgasse 31, abends 9 Uhr. Unterrichtsdauer 10 Stunden. [B 376] Preis der Lehrmittel 1 M.

Arendscher Stenographenverein Apollobund.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Dresden.

Mittwoch den 29. April 1914, abends 6½ Uhr

Vierteljahrs-Hauptversammlung

im Dresdner Volkshaus, Ritzenbergstraße 2.

Tages-Ordnung: [V 118

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1914. 2. Bericht vom Kartell und Volkshaus. Wahl der Delegierten. 3. Wahl der Gauvorstands-Mitglieder. 4. Beratung der Anträge zum Verbandstag. 5. Verbands- und gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. **Die Verwaltung.**

Hutbranche!

Morgen Mittwoch den 29. April, **abends Punkt 8½ Uhr** im kleinen Saale der **Zentralhalle**, Fischhofplatz

Außerordentl. wichtige Delegiertenversammlung

Tages-Ordnung:

Der Beschluß der Fabrikantenvereinigung in der Maifeierfrage und unsere Stellungnahme dazu.

Das Erscheinen sämtlicher Delegierten aus allen Bezirken und Betrieben ist unbedingt erforderlich und wird auf das allerbestimmteste erwartet. Die Mitglieder werden ersucht, die Delegierten darauf aufmerksam zu machen. [V 117] **Die Ortsverwaltung.**

Konsumverein Vorwärts für Dresden u. Umg.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Mittwoch den 29. April 1914, abends 8½ Uhr

Ordentl. General-Versammlung

im Saale des **Kristall-Palastes, Dresden-A.,** Schäferstraße.

Tages-Ordnung: [L 234

1. **Geschäftliche Mitteilungen.**
2. **Wahl von 11 Aufsichtsratsmitgliedern.**
   Es scheiden aus die Herren: Bürger, Zimmer, Krumpe, Schuster, Graf, Schiller, Starke, Leumer, Göllner, Albani und Frau Auerbach. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.
3. **Vortrag** des Geschäftsführers Herrn **Barthel:**
   „Streifzüge durch englische und schottische Konsum-Vereine."

Nur Mitglieder haben Zutritt; als Legitimation gilt **nur** das Mitgliedsbuch.

Dresden, am 16. April 1914.

Der Aufsichtsrat.
Julius Frässdorf, Vorsitzender, Sternplatz 5.

Ich trinke nur Briesnitzer!

Briesnitzer Sauerbrunnen, König-Friedrich-August-Heilquelle, Dresden-Briesnitz, ohne oder mit Frucht-Aroma, in jedem besseren Restaurant und Geschäft zu haben. [L...

Restaurant Leisniger Str. 53

Der geehrten Arbeiterschaft von Pieschen empfehlen unsere Vereinszimmer zu Besprechungen u. Versammlungen, 120—150 Pers. fass. Gute und reelle Bewirtung.

Robert Bär und Frau.

Möbel aus **Wilsdruff** von **Zschoke** [K 338]

sind anerkannt bester Qualität; billigste Preise und weitgehendste Garantie. Besichtigung der Lagerräume jederzeit. Direkt am Bahnhof. Kein Laden. Lieferung frei. Eigene Tapezierer-Werkst.

Lockwitzer Kino

spielt jede Woche zwei zur Volksaufklärung u. Bildung beitragende reichhalt. Programme. Mittwoch, Sonnabd. u. Sonntag Vorstellung.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens

Nur noch bis mit Donnerstag. Täglich 8.10 Uhr

Original Leipziger Weber-Sänger!

Kunst und Handwerk. Original-Volksstück.
Krätscher als Hauptmann. Tolle Militärburleske.
Und der neue vorzügliche Solotell! [K 57

Freitag den 1. Mai: Neue Truppe! Eröffnung des herrlichen Gartens.

Für Vereine, Gewerkschaften besond. empfohlen, geeignete Lage.

Wochentags Vorzugskarten gültig!

Moderne Hüte

garniert und ungarniert, sowie alle **Umarbeitungen** zu billigen Preisen empfiehlt [K 148

Elly Stange, Potschappel, Burgwartstraße 29, zweite Etage

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Mittwoch den 29. April

Der Rosenkavalier

Komödie für Musik in drei Aufzügen von Hugo v. Hofmannsthal. Musik von Rich. Strauß.

Musikalische Leitung: Hermann Kutzschbach

Die Feldmarschallin Fürstin Werdenberg . . . Margarete Siems
Der Baron Ochs auf Lerchenau . . . Ludwig Ermold
Octavian, gen. Quinquin, ein junger Herr aus großem Haus . . . Eva Plaschke-v. d. Osten
Herr von Faninal, ein reicher Neugeadelter . . . Desider Zador
Sophie, seine Tochter . . . Elisa v. Catopol
Jungfer Marianne Leitmetzerin, die Duenna . . . Magdalena Seebe
Valzacchi, ein Intrigant . . . Hans Rüdiger
Annina, seine Begleiterin . . . Erna Freund
Ein Polizeikommissar . . . Robert Büssel
Der Haushofmeister b. d. Feldmarschallin . . . M. Schmalnauer
Der Haushofmeister bei Faninal . . . Joseph Pauli
Ein Notar . . . Julius Puttlitz
Ein Wirt . . . Joseph Pauli
Ein Sänger . . . Emil Enderlein
Ein Gelehrter . . . Eduard Schneider
Ein Flötist . . . Alexand. Landrich
Ein Friseur . . . Heinrich Keßler
Eine adelige Witwe . . . E. Kallenbach
Drei adelige Waisen . . . Gertrud Sachse, Erna Frese, Paula Seiring
Eine Modistin . . . Elisa Stünzner
Ein Tierhändler . . . Joseph Pauli
Der Leopold . . . Hanns Lange
Ein Hausknecht . . . Rudolf Kraus

Anfang 7 Uhr, Ende 10¾ Uhr

Donnerstag: Zum 30. Male: Eugen Onegin. (7½) „Onegin": Kammersänger Perron als Gast

Freitag: Tristan und Isolde. (6)

Königl. Schauspielhaus

Mittwoch den 29. April

Der Veilchenfresser

Lustspiel in vier Akten von G. v. Moser

[illegible]

Anfang 8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr

Mittwoch und Donnerstag: Wenn Frauen schweigen. (8)

Freitag: Wenn Frauen schweigen. (8)

Albert-Theater

Mittwoch den 29. April

15. Abonnements-Vorstellung Serie A

Wenn Frauen schweigen

Lustspiel in drei Aufzügen von Wilhelm Wolters

[illegible]

Anfang 7½ Uhr, Ende 10 Uhr

Donnerstag: Faust (1. Teil). (8)
Freitag: Glaube und Heimat. (8)

Interims-Theater

(Abonnements gültig)

Mittwoch den 29. April

Kümmelblättchen

Eine heitere Geschichte in drei Akten von Robert Overweg

[illegible]

Anfang 8½ Uhr, Ende 10¾ Uhr

Donnerstag: Nachtasyl. (8½)

Freitag: Liebe. (8½)

Residenz-Theater

Mittwoch den 29. April

Prinzeß Gretl

Operette in drei Akten von Dr. A. M. Willner und Robert Bodanzky. Musik von Heinrich Reinhardt

Musikalische Leitung: Friedrich Roselaewi

[illegible]

Anfang 8 Uhr, Ende 10¾ Uhr

Donnerstag: Prinzeß Gretl. (8)

Freitag: Wie einst im Mai. (7½)

Zentral-Theater

Mittwoch den 29. April

Der Juxbaron

Posse in drei Akten von Pordes-Milo u. Hermann Haller. Musik von Walter Kollo

[illegible]

Anfang 8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr

Donnerstag: Der Juxbaron. (8)

Freitag: [illegible]

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Rauhlitz. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Am Montag hatte die Zweite Kammer nur eine kleine Tagesordnung zu bewältigen. Doch sorgte besonders fortschrittliche Redseligkeit dafür, daß die Abgeordneten reichlich zwei Stunden im Plenum absitzen mußten. Bei dem Etatskapitel, Vertretung Sachsens im Bundesrat, brachte der unvermeidliche Günther das Einfuhrscheinsystem aufs Tapet. Natürlich sagte er absolut nichts Neues, natürlich weiß auch ein Fortschrittler, daß vom sächsischen Landtage aus diese Spezialität des Getreidewuchers nicht beseitigt werden kann, natürlich mußte auch der Finanzminister bei seiner übrigens sehr lahmen Verteidigung der Einfuhrscheine nichts Neues vorbringen, aber erreicht wurde doch, daß das Güntherische Redebedürfnis befriedigt werden konnte.

Dann wurden eine Reihe Kapitel aus dem Bereiche des Finanzministeriums erledigt, die sonst immer debattelos abgetan worden sind. Diesmal erschien das dem Fortschrittler Brodauf unerträglich. Er beschwerte sich darüber, daß die Meißner Porzellanmanufaktur im konservativen „Vaterlande" inseriere. War das auch etwas sonderbar, eine Gelegenheit zum Reden ergab's doch. Ein Witzwort, das diesen fortschrittlichen Redeeifer der gebührenden — sagen wir: Heiterkeit ausgeliefert hätte, blieb leider aus. Freilich gewinnen konnte diese Kleinigkeitskrämerei dadurch auch nicht, daß sie viel zu ernst genommen wurde. Die Geschichte wurde aber dadurch etwas pikant, daß es der Finanzminister für notwendig erachtete, zu bemerken, in sozialdemokratischen Blättern könne die Manufaktur nicht inserieren. Das gab dem Genossen Geißdorf Veranlassung, die Einseitigkeit des konservativen Ministers mit einem gut sitzenden Streiche zu kennzeichnen.

Auch bei dem letzten Punkte, der Vorberatung der Landtagsordnung, sorgten besonders die Fortschrittler dafür, daß es sobald nicht alle wurde. Wie wertlos der ganze Entwurf des Präsidiums ist, haben wir ja bereits dargelegt. Das wurde gestern den Herrschaften durch den Genossen Sindermann noch besonders bestätigt. Man sah aber, daß den Konservativen auch dieser Entwurf zu weit ging, und die Regierung keinerlei Reform für nötig hielt, so ziemlich alles ablehnte, und nur in einigen Punkten mit sich handeln lassen will. Schließlich gab es noch eine von Hettner angezettelte lange Debatte über die Frage, ob die Funktionen der Stände mit dem Landtagsschluß aufgehört hätten, eine Behauptung, die der Minister v. Vitzthum aufgestellt hatte, um den Anspruch der Abgeordneten auf Eisenbahnfahrkarten für die ganze Legislaturperiode als unberechtigt hinzustellen. Nun stritt man sich hin und her, ob alle Landtagstätigkeit aufhöre, wenn der Landtag nach Hause geschickt sei oder nicht. Wertloses Juristengezänk. Als ob es darauf ankäme, wer bei solchen Spitzfindigkeiten das letzte Wort findet, wo doch alles davon abhängt, daß der die Forderung des Landtags mit einer Handbewegung abtuenden Regierung einmal ordentlich die Zähne gezeigt werden und ihr auch einmal durch eine Tat klar gemacht wird, daß die Volksvertretung nicht gewillt ist, sich mit Nichtachtung behandeln zu lassen.

•

Der Arbeitsplan für die Zweite Kammer ist für die kommenden Tage folgender: Mittwoch Deputationssitzungen, Donnerstag 12 Uhr Ministerium des Innern, Freitag Pfarrbesoldungsgesetz und Kapitel aus dem Etat des Kultusministeriums.

Zum Kampfe gegen die Arbeiter-Turnvereine.

Eine Illustration dazu, wie in dem Kopfe so manches Richters sich die politische Tätigkeit eines Vereins wiederspiegelt, ergab eine Verhandlung vor dem Amtsgericht in Lichtenstein. Ein Arbeiter-Turnverein, der kaum die Gründung hinter sich hat, war wegen Uebertretung der §§ 3 und 18 des Reichsvereinsgesetzes angeklagt und wurde dieserhalb auch mit 5 M. Geldstrafe durch ein Urteil des Lichtensteiner Schöffengerichts bestraft. Zu was die Uebertretung bestanden hat, das lehrt am besten die Verhandlung selbst, worüber uns folgender Bericht zugeht: Der vorsitzende Amtsrichter stellte mit dem Beklagten zunächst folgendes Verhör an: Sie sind Vorsitzender des Arbeiter-Turnvereins Stangendorf? Angekl.: Jawohl! Vors.: Besteht in Stangendorf eine Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Wahlvereins? Angekl.: Ja! Vors.: Da sind Sie wohl auch dabei? Angekl.: Ja! Vors.: Sie sind angeklagt wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908, laut §§ 3, 18, Ziffer 1. Warum haben Sie die Satzungen und die Vorstandsliste nicht eingereicht? Wohl, weil Sie es nicht für nötig hielten? Angekl.: Weil unser Verein kein politischer Verein ist! Vors.: Hm! Staatsanwalt: Wir haben es hier mit einer großen politischen Organisation zu tun, die so groß ist, daß sie sogar eigene Statuten hat und über ganz Deutschland verbreitet ist. Es ist das der ganz allgemein für politisch geltende Arbeiter-Turnerbund.

Der Vorsitzende verliest aus dem Statut des Vereins die einzelnen Paragraphen und macht bei dem Paragraph, der auch Vorträge als Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes vorsieht, Halt. Haben Sie schon Vorträge gehabt? Angekl.: Nein. Der als Zeuge geladene Gendarmeriewachtmeister Rödler aus Wüstenbrand St. Jakob wird vernommen. Vors.: Sie sollen über die politische Tätigkeit des Arbeiter-Turnvereins aussagen, was wissen Sie darüber? Zeuge: Die Mitglieder des betreffenden Vereins sind zum großen Teil Mitglieder der sozialdemokratischen Ortsgruppe. Der Gemeindevorstand sagte mir, daß sie sich an patriotischen Festen gar nicht beteiligen. Früher war es anders. Da gab es bloß einen deutschen Turnverein. Die Leitung lag da stets in sozialdemokratischen Händen. Das habe ich auch der deutschen Turnerschaft angezeigt. Die sozialdemokratischen Mitglieder wollten dann einen Arbeiter-Turnverein daraus machen. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Dann sind sie ausgetreten und haben einen Arbeiter-Turnverein gegründet. Politisch haben sie sich zwar noch nicht betätigt. Vors.: Neue Wahlen waren wohl noch nicht? Landtagswahlen, Gemeindewahlen wohl auch noch nicht? Zeuge: Nein! Der Zeuge wird vereidigt. Staatsanwalt: Wir haben durch den Zeugen zweifellos viel Belastendes gehört. Ich stelle also nochmals fest, daß die sozialdemokratischen Mitglieder ausgetreten sind. Und warum? Im deutschen Turnverein wird eben nicht Politik getrieben, und da tritt man aus. Man wollte doch unter sich sein. Da nun diese Mitglieder auch noch dem Arbeiter-Turnerbund angehören, kann man doch ruhig behaupten, daß hier eine Straftat vorliegt. Ich beantrage die Bestrafung.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte noch etwas vorzubringen habe, ergreift dieser zu seiner Verteidigung das Wort und führt folgendes aus: Ich wende mich ganz entschieden dagegen, daß unser Verein und der Arbeiter-Turnerbund ein politischer Verein sein sollen. Ich stelle vielmehr fest, daß erst vor wenigen Tagen die Leipziger Polizeiverwaltung durch den Kriminalkommissar Förstenberg endlich ausgesagt hat, daß der Arbeiter-Turnerbund kein politischer Verein ist. Ich beantrage, daß der bezeichnete Kriminalkommissar darüber vernommen wird. Vors.: Sie verzichten auf diesen Antrag? Angekl.: Jawohl! Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Resultat: Der Antrag wird abgelehnt aus dem Grunde, weil der Kriminalkommissar Förstenberg gar nicht berufen sei, darüber zu urteilen. Das Gericht sei zu der Annahme gekommen, da der größte Teil der Mitglieder der sozialdemokratischen Ortsgruppe angehört, daß auch im Turnverein ganz gehein Politik getrieben würde. Aus diesen Gründen sei die Verurteilung gerechtfertigt. Dieser Schilderung noch etwas hinzuzufügen, hieße den Eindruck derselben abschwächen. Der Angeklagte, ein einfacher Arbeiter, wird jedenfalls nicht den Glauben mit zu Hause genommen haben, daß er in diesem ungleichen Kampf der Besiegte sei. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Mittelständlerei in der Finanzdeputation.

In kommissarischer Beratung nahm die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer Stellung zu der staatlichen Subvention der sogenannten Mittelstands-Einziehungsämter. Eine faule Geschichte, die von der famosen Mittelstandsvereinigung inszeniert wurde und von der sich sogar die Regierung unter gewissen Vorsichtsmaßregeln etwas verspricht. Sie stimmt nämlich der Subventionierung der Einziehungsämter zur Bekämpfung des Borgunwesens im Handwerk und Kleingewerbe für die laufende Etatsperiode 1914/15 mit insgesamt 35 000 M. unter folgenden Bedingungen zu:

Die Zentralstelle, die übrigens die Bezeichnung „Amt" nicht führen kann, darf ihre Tätigkeit nicht auf die Mitglieder der Mittelstandsvereinigung beschränken, sondern muß sie zugunsten aller Kleingewerbetreibenden Sachsens entfalten.

Die Einzugsstellen dürfen nur an den Orten errichtet werden, wo hierfür schon bestehende Einrichtungen (Verein für Kreditreform usw.) nachweislich nicht ausreichen. Wo aber diese bestehen, muß mit diesen wegen Uebertragung der örtlichen Abrechnungsstellen verhandelt werden.

Es sind ferner von den Teilnehmern, welche diese Einrichtung benützen, Jahresbeiträge sowie Gebühren für die einzelnen Dienste zu erheben. Die Tätigkeit der Abrechnungsstellen hat sich auf die außergerichtliche Einziehung der Außenstände zu beschränken und darf sich nur bis zur Erwirkung von Zahlungsbefehlen erstrecken.

Die Verwendung der Staatsbeihilfe zugunsten anderer Zwecke der Mittelstandsvereinigung oder zur Zahlung von Beiträgen an deren Anstalten ist unstatthaft.

Die Abrechnungsstellen haben vierteljährlichen Bericht unter Beifügung von Belegen über die Verwendung der Staatsbeihilfen zu erstatten. Das Ministerium hat in die Oberleitung des Instituts zwei von diesen zu wählende Vertreter der Handels- und Gewerbekammern bestimmt, deren Wahl und Amtsdauer sie bestimmt.

Diese Bedingungen sind natürlich gegenstandslos, wenn die Staatssubvention aufhört. Aber da bei den Mittelständlern wie bekannt der Appetit mit dem Essen wächst, so war es auch nicht verwunderlich, daß die Höhe der Subvention dem Mittelständler Nitzschke noch viel zu gering scheint. Er wollte mindestens 50 000 M. als dauernde Subvention herausschlagen. So ganz ohne Widerspruch ging die Geschichte nicht vor sich. Der Fortschrittler Schwager hatte mittlerweile einsehen gelernt, daß bei diesem Mittelstandsexperiment nicht viel herauskommen wird, und von sozialdemokratischer Seite wurde den Mittelständlern bedeutet, daß sie bei den von den „Segnungen der Einziehungsämter" beglückten Kreisen alles andre nur keine Sympathie erwarten dürften und diese Einrichtung ein folgebornes Kind sein werde. Doch wurden die 35 000 M. schließlich bewilligt.

Die Evangelischen und die Landtagswahlen.

Die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbandes der evangelisch-nationalen Arbeitervereine im Königreich Sachsen, die am Sonnabend und Sonntag in Oschatz tagte, beschäftigte sich auch mit den Landtagswahlen 1915. Ein Antrag verlangte die Aufstellung von Landtagskandidaten aus den Reihen der nationalen Arbeiterbewegung. Die Hauptversammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

Im Hinblick auf die im Jahre 1915 stattfindenden Landtagswahlen bittet der in Oschatz 1914 tagende Landesverband Evangelisch-nationaler Arbeitervereine im Königreich Sachsen alle bürgerlichen Parteien Sachsens, daß diese in aussichtsreichen Wahlkreisen auch solche Kandidaten aufstellen, die in unserer evangelisch-nationalen Arbeiterbewegung oder in einer unabhängigen nationalen Gewerkschaft hervorragend tätig sind. Der Vorstand des Landesverbands wird beauftragt, sich dieserhalb baldmöglichst mit allen bürgerlichen Parteien in Verbindung zu setzen und ihnen geeignete Kandidaten vorzuschlagen.

Also Kandidaten aus den Reihen der evangelisch-nationalen Arbeitervereine wollen die Evangelischen haben. Nun hat aber der evangelische Arbeiterverein Dresden-Ost bereits den Fortschrittlern den Krieg erklärt; diese sind nun mit den Nationalliberalen verbündet. Da bleibt schließlich den Herrschaften nichts weiter übrig, als sich mit den Konservativen zu verbünden. Das war schließlich auch der Zweck der Oschatzer Uebung.

Der Verband sächsischer Konsumvereine

wird in diesem Jahre seinen Verbandstag am 24. und 25. Mai in Zwickau abhalten. (Nicht in Chemnitz, wie die Bekanntmachung in der Kons. Rundschau irrtümlich angibt.) Am Sonntag vormittag findet eine nichtöffentliche Sitzung statt, die sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Verbandsvereine und der Tätigkeit der Schiedsgerichte beschäftigen soll. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen enthält außer den Berichten und den üblichen regelmäßig wiederkehrenden Punkten auch ein Referat über die Zusammensetzung des genossenschaftlichen Betriebskapitals.

Petitionen im Landtage.

Dem Landtage ist das 23. Verzeichnis der bei der Beschwerde- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer eingegangenen Beschwerden und Petitionen zugegangen, enthaltend die laufenden Nummern 1606 bis 1631. Darunter befindet sich eine Petition um beschleunigte Ausführung einer Talsperre bei Kriebstein sowie Petitionen wegen der Teilung der Amtshauptmannschaften Zwickau und Schwarzenberg.

Zusammenschluß sächsischer Betriebskrankenkassen.

In bürgerlichen Zeitungen wird folgendes berichtet: In einer vom Landtagsabgeordneten Clauß einberufenen Versammlung von Vertretern der Betriebskrankenkassen wurde eine Entschließung angenommen, in der allen sächsischen Betriebskrankenkassen empfohlen wurde, dem bestehenden Schutzverbande der Betriebskrankenkassen im Königreich Sachsen beizutreten, der die Aufgabe hat, die einzelnen Betriebskrankenkassen bei allen Kassenangelegenheiten, insbesondere bei ihren Verhandlungen mit den Aerzten, Apothekern usw., mit Rat und Tat zu unterstützen und namentlich die Staatsregierung um wirksame Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen anzugehen.

In der Hauptsache wird es sich hierbei um eine Vereinigung gegen die überstiegenen Ansprüche der Ärzte handeln.

Leipzig. Hier wurde der Maifestzug zum Brauereigarten in Leipzig-Stötteritz und die Ueberlassung des städtischen König-Albert-Parks als Hauptsammelort unter der Bedingung genehmigt, daß die Arbeiter-Marseillaise, der Sozialisten-Marsch und der Andreas-Hofer-Marsch nicht gespielt werden. Standarten dürfen im Zuge nicht getragen werden; Fähnen sind zulässig. Das Tragen republikanischer Abzeichen ist ebenfalls verboten. Während der politischen Ansprache sind alle Personen, die unter 18 Jahre alt sind, aus dem Versammlungslokal zu entfernen.

Geyer i. Erzgeb. Die durch den Balkankrieg geschaffene Krise in der Posamentenbranche hat unsere Stadt in einen starken wirtschaftlichen Niedergang gebracht. Von Monat zu Monat sinkt infolge Abwanderung der Arbeiter die Einwohnerzahl. Auch der Geburtenrückgang macht sich hier stark bemerkbar als Folge des niedrigen Verdienstes. Heuer traten nur 89 Kinder in die Volksschule ein, während 131 Kinder entlassen wurden.

Plauen i. V. Seit Beginn dieses Jahres ist, wie schon fast im ganzen Vorjahre die Einwohnerzahl unserer Stadt andauernd gesunken. Allein im März, dessen statistische Ergebnisse soeben bekanntgegeben werden, ist ein Rückgang von 772 Personen zu verzeichnen, während im ganzen ersten Quartal 1914 die Einwohnerzahl um 1138 gesunken ist.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonnabend verunglückte in Naundorf bei Grohenhain auf dem Bau des Gutsbesitzers Meißner der Polier Lachmann. Als er sich über die Barriere beugte, stürzte er einen Stock hoch vom Gerüst und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, so daß er jetzt noch besinnungslos im Stadtkrankenhaus daniederliegt. Der Verunglückte ist 45 Jahre alt und verheiratet. — Infolge von Aufregung ist in Grimma die Frau eines Arbeiters gestorben. Sie hatte ein Portemonnaie mit 30 Mark Inhalt verloren. Ihre Hoffnung, daß der Finder ehrlich sein und seinen Fund abgeben würde, erwies sich als trügerisch. Die Frau konnte sich über den Verlust nicht hinwegsetzen; sie regte sich so auf, daß sie ein Herzschlag traf. — Der auf dem Rittergut Wansche bei Osterz seit 30 Jahren beschäftigte 65jährige Arbeiter Bergmann stürzte von einem Heuwagen in den Gutshof und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, an deren Folgen er gestorben ist. — Um aus der Stellung entlassen zu werden, versuchte in Göppersdorf bei Oederan ein 14jähriges Dienstmädchen seine Herrschaft zu vergiften. Das Mädchen wurde überführt, daß es in die Kafferkanne einen Eßlöffel voll Arsenikbohnen, die zum Mäusevertilgen gekauft worden waren, geschüttet hatte. Mann und Frau tranken eine Tasse Kaffee, bevor sich das Gift aufgelöst hatte und erkrankten nur leicht. Das Mädchen hat die Tat eingestanden. Es hatte schon seit zwei Tagen einige Giftbohnen dem Essen der Herrschaft beigefügt. — In Niederplanitz stürzte am Sonnabend die 10jährige Haustochter Elisabeth Trommler beim Fensterputzen aus der zweiten Etage auf die Straße hinab und erlitt derart schwere Verletzungen, daß sie ihnen kurz nach ihrer Einlieferung ins Königl. Krankenstift hier erlag. Vor vier Jahren war ihr Vater ebenfalls einem Unglücksfall zum Opfer gefallen. — Bei einer Kindtaufsfahrt, die der Gutsbesitzer Scheffler aus Grießbach führte, scheuten die Pferde vor einem vorbeirasenden Auto, das aus Gelenau kam. Der Wagen stürzte um, wodurch die Insassen herausgeschleudert wurden und teils schwere Verletzungen erlitten. — In Ellefeld bei Falkenstein brach Dienstag früh 5 Uhr im Lagerraume der Firma Petermann u. Hennig ein Schadenfeuer aus, wodurch 20 Wobbinmaschinen sowie das große Warenlager vernichtet wurden. Der Schaden ist bedeutend.

Stadt-Chronik.

Ein Nachspiel.

Der Krach im Albertitheater lebte in einem Beleidigungsprozeß vor dem hiesigen Schöffengericht wieder auf. Es klagte hier der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Rechtsanwalt Dr. Portius, gegen den Herausgeber der Dresdner Wochenschrift Revue, Wolf Poertzler, wegen eines Artikels mit der Ueberschrift: „Ei, ei, Herr Aufsichtsratsvorsitzender!" Auf dem roten Streifband war diese Ueberschrift in „Ei, ei, Herr Dr. Portius!" umgewandelt. Der Artikel knüpfte an die bekannte Verdächtigung der Dresdner Presse an. Dr. Portius hatte in einer Versammlung der Aktionäre des Albertitheater behauptet, Maxim Reno habe sich früher einmal über dieselbe Presse, die jetzt so für ihn ins Zeug gehe, geäußert: „Man braucht den Herren der Presse bloß 50 M. in die Hand zu drücken, dann schreiben sie, was sie sollen!" Nachdem Reno ehrenwörtlich versichert hatte, nie eine derartige Aeußerung gebraucht zu haben, blieb diese Beleidigung auf Dr. Portius haften. Poertzler nahm in scharfer Form hiergegen Stellung. Er sagte, daß die Geschäfte des Albertitheaters unter der Leitung des Dr. P. sehr „mieß" wären, behauptete, daß das Albertitheater für Dr. P. und Dr. Vetter eine schöne Pfründe sei. Mit seiner (Dr. P.s) Jurisprudenz, die er ja wohl im Hauptberufe betreibe, sei es nicht weit her, sonst hätte er Reno nicht den Vorwurf der Fälschung eines Geschäftsbuches gemacht und erleben müssen, daß die Staatsanwaltschaft bereits nach einer kurzen Vernehmung Renos das Verfahren glatt einstellte. Es hieß dann weiter: „Das war ein Lapsus von Ihnen, Herr Dr. Portius, der Ihnen wahrscheinlich Ihre Dresdner Praxis kosten wird." Endlich warf er Dr. Portius „blinden Zerstörungseifer" vor.

Dr. Portius erblickte in dem ganzen Artikel eine Beleidigung. Schon zu Anfang der Verhandlung ließ er eine Sensation ankündigen, indem er behauptete, P. habe gegen Bezahlung für Reno geschrieben, er hätte 480 M. von Reno erhalten. Hiermit verhält es sich folgendermaßen: Reno schickte dem Angeklagten eine äußerst umfangreiche Beschwerdeschrift gegen Dr. Vetter zu und äußerte die Absicht, diese Beschwerdeschrift in Form einer Broschüre herauszugeben. Es fanden Verhandlungen zwischen Reno und P. bezw. dessen Mitredakteur statt, die zu dem Resultat führten, daß die geplante Broschüre in Form einer Sondernummer der Revue erscheinen sollte. Da diese Sondernummer den doppelten Umfang einer gewöhnlichen Nummer hatte, steuerte Reno zu den Kosten derselben 480 M. bei. Nach der Berechnung P.s langten die 480 M. zur Bestreitung aller Unkosten und es blieben für ihn noch etwa 80 M. übrig. Beide Parteien beantragen, den gerichtlichen Sachverständigen für Presseangelegenheiten darüber zu vernehmen, ob derartige Geschäfte mit der Standesehre eines Journalisten vereinbar sind oder nicht. Die weitere, ziemlich umfangreiche Verhandlung ergab, daß Dr. Vetter (der geschäftliche Leiter des Albertitheaters) und Dr. Portius (der Vorsitzende des Aufsichtsrats) allerdings mit dem Albertitheater ein glänzendes Geschäft gemacht haben. Dr. Portius, der als Aufsichtsratsvorsitzender die Tätigkeit des Dr. Vetter zu kontrollieren hatte, war dessen Sozius im Anwaltsberufe. Dr. Vetter brachte das Albertitheatergeschäft allein 38 000 M. Provision ein. Dr. Portius hat hiervon 9000 M. erhalten; außerdem zahlte ihm sein Sozius 1½ Jahr lang ein Extragehalt von monatlich 300 M. Dr. Portius ist nach dieser Richtung hin bisher fortgesetzt angezapft worden, man hat aber von diesen Einkünften bisher noch nichts erfahren. Vom Angeklagten wird ihm der Vorwurf gemacht, daß er bisher direkt in Abrede gestellt habe, daß ihm seine Tätigkeit etwas einbringe. Dr. P. aber sagt, er habe bisher nur bestritten, daß der Aufsichtsrat irgendeine Vergütung erhalte und das entspreche den Tatsachen. Die 300 M. monatlich wären nur ein Aequivalent für seine vermehrte Tätigkeit im Anwaltsbureau, bedingt durch die vermehrte Tätigkeit Dr. Vetters im Albertitheater. An den Provisionen Dr. Vetters partizipiere er nicht in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender, sondern als Sozius im Anwaltsberuf. Das Geschäft sei vollkommen fair gewesen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Es wurden dann noch von beiden Seiten zahlreiche Zeugen benannt; das Gericht lehnte aber sämtliche Beweisanträge ab. Boetzler beanspruchte für sich den Schutz des § 193. Die Dresdner Presse wäre durch Dr. Portius schwer an ihrer Berufsehre angegriffen worden und daher sei die Zurückweisung dieser Angriffe in entsprechend scharfer Form berechtigt gewesen. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Lehmann, spricht dem Angeklagten jede Berechtigung, namens der Dresdner Presse zu sprechen, ab, denn er habe dabei Geldinteressen verfolgt und nur die Sensationslust befriedigen wollen.

Das Urteil lautete auf 125 Mark Geldstrafe oder 25 Tage Gefängnis, nebst den üblichen Nebenstrafen. Die Ablehnung aller Beweisanträge begründete das Gericht damit, daß es nicht Aufgabe des Gerichts sein könne, die ganzen Verhältnisse zu erörtern und zu beleuchten. Das Gericht habe nur zu prüfen, ob der Artikel selbst beleidigend sei. Das meiste in das Bilsen der Zeugen Gestellte sei als wahr unterstellt worden, oder es sei beweisunerheblich. Einem Redakteur stehe nach bekannten Reichsgerichtsentscheidungen bei der Wahrnehmung der Interessen dritter (in diesem Falle des Publikums) nicht der Schutz des § 193 zur Seite. Anders verhalte es sich aber, wenn der Angeklagte als Pressevertreter einen der Presse gemachten Vorwurf zurückweise. Doch hierbei sei P. über die Wahrnehmung berechtigter Interessen hinausgegangen. Der Artikel sei in höhnischer und hämischer Form geschrieben und lasse die Beleidigungsabsicht erkennen. So sei u. a. in der Titulierung „Herr Aufsichtsratsvorsitzender" eine Beleidigung zu erblicken, da es den Titel „Aufsichtsratsvorsitzender" nicht gebe.

Die Städtische Zentralbibliothek

hat ihren Bericht auf das Jahr 1913 veröffentlicht. Der Bücherbestand wuchs von 32 697 Bänden des Jahres 1912 auf 36 809, vermehrte sich demnach um 4112 Bände. Am Schlusse des Berichtsjahres besaß die Bibliothek 11 815 Bände Unterhaltungsliteratur, 2851 Bände Zeitschriften allgemeinen Inhalts, 1900 Bände Klassiker, Gedichte, Dramen, 5969 Bände Jugendschriften und 14 244 Bände belehrender Literatur. Bei der im Juli vorgenommenen Generalrevision wurden in der Hauptstelle 524 Bände als nicht mehr ausleihe- und reparaturfähig ausgemerzt, die, soweit es sich um Werke handelte, deren literarischer Wert eine nochmalige Anschaffung wünschenswert erscheinen ließ, durch Ankauf ersetzt wurden. In den übrigen Bibliothekstellen wurden außerdem 148 Bände ausgeschieden. 18 Bände gingen durch Leser verloren, die zum Ersatz nicht herangezogen werden konnten. Die Bibliothek gab insgesamt 367 338 Bände (1912: 357 122) aus, hiervon entfielen auf Unterhaltungsliteratur 167 144 (163 635), gebundene Zeitschriften 29 705 (25 261), Jugendschriften 88 783 (87 319), schöne Literatur (Gedichte, Dramen) 11 084 (9909), wissenschaftliche Literatur 79 622 (70 998) Bände. Das Verhältnis der entliehenen schönen und Unterhaltungsliteratur zur ausgegebenen rein belehrenden Literatur war 2,24 : 1 (2,44 : 1). Die Zweig- und Ausgabestellen nahmen die Hauptstelle mit 3725 Entleihungen in Anspruch, hiervon 2437 Bände aus der belehrenden, 1277 Bände aus der unterhaltenden Literatur, 11 fremdsprachliche Werke. Diese Entleihungen betreffen hauptsächlich Bücher größeren Umfangs, die nicht zu den eigenen Beständen der Filialen gehören. Im Berichtsjahre wurden an 17 639 Leser (16 667) 23 254 Leihkarten (20 442) abgegeben. Nach der Standesstatistik war ein Zuwachs in sämtlichen Abteilungen zu vermerken, außer in zweien, die gegen das Vorjahr etwas zurückgingen. Ein Maßstab, wie sich der ausgeliehene Lesestoff nach den einzelnen Wissensgebieten auf die Leser, nach Berufen geordnet, verteilt, war bisher nicht vorhanden. Diese Statistik wird jedoch vom 1. Januar 1914 an geführt werden, und die Resultate des 1. Quartals werden schon auf der Leipziger Buchgewerbe-Ausstellung, die die Städtische Zentralbibliothek beschickt, bekanntgegeben. Die Lesezimmer der Zweigstellen Neustadt und Dresden-Ost wurden von 19 938 Besuchern (18 633) benutzt, die vom Rat subventionierte Dresdner Lesehalle im gleichen Hause der Hauptstelle zählte 350 087 Leser (336 108). Die beiden Institute wurden demnach in 737 363 Fällen in Anspruch genommen. Geöffnet war die Bibliothek an 319 Tagen. Das Mahnverfahren zeigt wieder eine erhöhte Ziffer der ersten und zweiten Mahnungen, dagegen verminderten sich die zum Abholen nicht zurückgebrachter Bücher nötigen Botengänge. Es wurden 18 834 erste Mahnkarten (15 993), 1830 zweite Mahnkarten (1696) versandt und 321 Botengänge (424) erledigt. Gegen eine Gebühr von 10 Pf. wurden 3137 Bücher von Lesern vorbestellt, hiervon in der Hauptstelle 2550. Dem steigenden Interesse für ernstere Lektüre entsprach die Verwaltung durch vermehrte Einstellung einer gediegenen Auswahl wissenschaftlicher Werke, die dem Allgemeinverständnis angepaßt sind.

Die Produktivgenossenschaft der Schneider im Jahre 1913.

Die Produktivgenossenschaft der Schneider für Dresden, Seifhennersdorf und Umgegend hielt am 20. April im Dresdner Volkshaus ihre Generalversammlung ab, in der Bericht über das Geschäftsjahr 1913 erstattet wurde. Der Umsatz hat trotz der wirtschaftlichen Krise eine erfreuliche Steigerung erfahren, er betrug 390 000 M., was gegen das Vorjahr ein Mehr von 89 000 M. bedeutet. Der Ueberschuß von 17 006 M. wird restlos zur Stärkung der Reserven und zu gemeinnützigen Zwecken verwendet. Darauf sind auch die Erfolge der Genossenschaft in den letzten Jahren begründet, daß der Vorschuß stets zur Stärkung der Betriebsmittel benützt wurde, dadurch erreichten die Reserven nach der Gewinnverteilung des Berichtsjahres die Höhe von 50 000 M. An die Mitglieder kommen wieder 4 Proz. Anteildividende zur Verteilung. Die Abschreibungen würden in einer Höhe von 11 473 M. vorgenommen. Das Maschinen- und Inventarkonto steht in der Fabrik Seifhennersdorf mit 1000 M. und im Dresdner Geschäft mit 1 M. zu Buche. Beschäftigt werden durchschnittlich 110 Personen und zwar 40 männliche und 70 weibliche, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der gewerkschaftlichen Organisation geregelt sind. Für Löhne wurden 88 000 M. verausgabt. Zu der projektierten Betriebsanlage in Seifhennersdorf lag der Versammlung die behördlich genehmigte Bauzeichnung vor. Mit der Ausführung des Baues soll begonnen werden, wenn die Kapitalbeschaffung geregelt und die Vorbedingungen gegeben sind. Die im Berichtsjahre gepflogenen Verhandlungen zur Beschaffung von Baugeld führten zu keinem Ergebnis, doch hofft die Verwaltung, daß sich diese Schwierigkeiten infolge des günstigen finanziellen Standes der Genossenschaft bald werden beheben lassen.

Im Dresdner Geschäft soll ebenfalls durch die Verlegung des Geschäftslokals im Anfang des nächsten Jahres eine Veränderung eintreten. Die Verwaltung sah sich auf wiederholtes Nachsuchen der Arbeiterschaft um Beschaffung von hinlänglichen, der Neuzeit entsprechenden Werkstätten veranlaßt, sich um andere Betriebsräume zu kümmern. Es ist gelungen, im Dresdner Volkshaus geeignete Räume zu mieten. Der Antrag auf Entlastung des Vorstandes und Genehmigung der Jahresrechnung wurde hierauf einstimmig angenommen. Die ausscheidenden Verwaltungsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Weiter lag ein neuer Entwurf zum Statut vor. Das alte Statut trug der Entwicklung nicht mehr Rechnung. Als Grundlage bei der Ausarbeitung dieses Entwurfes diente unter Berücksichtigung der Verhältnisse einer Produktiv-Genossenschaft das vom Zentralverband deutscher Konsumvereine herausgegebene Musterstatut. Nach voraufgegangener Debatte wurden die einzelnen Paragraphen der Reihe nach durchberaten und hierauf der ganze Entwurf einstimmig angenommen. Auf Antrag wurde der Verwaltung Vollmacht erteilt, eventuell redaktionelle Aenderungen, wenn solche vom Registerrichter verlangt werden, vorzunehmen. Ferner wurde durch Beschluß die Höchstgrenze der sich durch den Neubau nötig machenden Anleihen auf 175 000 M. festgesetzt.

Die in verhältnismäßig kurzer Zeit günstige Entwicklung verdankt die Genossenschaft der regen Unterstützung der Konsumvereine und der organisierten Arbeiterschaft, sie legt auch Zeugnis dafür ab, daß noch jeder Richtung hin vorsichtig und im genossenschaftlichen Sinne gearbeitet wurde.

Eine Erklärung.

Zu der Notiz in Nr. 94 unseres Blattes unter der Ueberschrift: „Wie nennt man das . . .?" werden wir um die Veröffentlichung der Erklärung gebeten, daß der Kassenvorstand der Betriebskrankenkasse der Firma Seidel u. Naumann auf Grund des Schreibens des Arztes gegen den Kranken keine Maßnahmen getroffen hat. Der Kassenvorstand sieht auch der Veröffentlichung des ärztlichen Schreibens vollständig fern.

Die Erhaltung der Zwingeranlagen. In der letzten Gesamtratssitzung wurde der Nachtrag zur Bauordnung für die Stadt Dresden genehmigt, durch den nach Errichtung des geplanten Galerienerbaues der dauernde Ausschluß der Zwingeranlagen von der Bebauung bestimmt wird.

Auf dem Kaditzer Flugplatze wird der französische Kunst- und Sturzflieger Paul Chevillard am 2. und 3. Mai nachmittags Sturz- und Phantasieflüge zeigen.

Sonntagsverkehr. Am Sonntag wurden auf den hier einmündenden Bahnlinien 27 Sonderzüge zur Bewältigung des starken Verkehrs abgefertigt.

Ein Einbruch wurde heute nacht bei Hofjuwelier Heinze am Rathausring verübt. Die Einbrecher haben aber vermutlich beim Durchbruch einer Wand einen Kontakt berührt, wodurch die Polizei, die Feuerwehr, Bewohner und Passanten alarmiert wurden. Eine Durchsuchung der Räume ergab, daß die Einbrecher ihren Zweck dank der Alarmanlage nicht erreicht hatten.

Die Landung des Ballons Wettin. Die uns vom Verein für Luftfahrt zugegangene Meldung, daß der Freiballon Wettin in Niederforstbach bei Düsseldorf gelandet sei, trifft nicht zu. Der Ballon ist vielmehr am Sonntag abend 6 Uhr bei dem Prämonstratenserkloster Seelau bei Iglau in Mähren niedergegangen.

Fund einer Kindesleiche. Im Frauenabort des Restaurants zur Friedrichstädter Hauptmarkthalle lag schon seit einigen Tagen ein Paket in braunem Papier. Beim Reinigen des Aborts öffnete ein Dienstmädchen das Paket und fand darin einen männlichen, etwa neun Monate alten Kindesleichnam. Der Fund wurde von einem Gendarmen zum Zwecke der Sektion nach dem Gerichtsgebäude am Münchner Platz gebracht.

Die Einwohnerzahl von Dresden mit Albertstadt betrug am 1. März 1914 566 600.

Verein Volksgesundheit, Dresden-Neustadt. Mittwoch den 29. April Kinderausflug in die Heide mit Spielen. 5 Pf. sind mitzubringen. Stellen ½2 Uhr Alaunplatz, Eingang zum Prießnitzgrund. Eltern willkommen.

Gewerbegericht.

Die Firma Ernst Julius Arnold Nachf. macht gegen den Mechaniker Zimmermann eine Schadenersatzforderung von 25 M. geltend, weil dem Kläger bei der Anfertigung einer Schnittform aus Stahl ein Malheur passierte. Es sprang an der Schnittfläche ein Splitter heraus. Der Mechaniker hat die Scharte mit Zinn ausgefüllt, und es wurde damit Aluminium geschnitten. Die so geschnittenen Teile mußten nochmals nachgearbeitet werden. Der Mechaniker fordert in einer Widerklage 25 M. Lohn, die die Firma für ihren Schaden zurückbehalten hat. Der Mechaniker bestreitet, für den Schaden verantwortlich zu sein. Das könne jedem anderen Mechaniker passieren und liege manchmal am Material. Das Gericht ist derselben Meinung, sieht aber auf dem Standpunkte, daß das Verfahren des Mechanikers — den Schaden mit Zinn auszufüllen — unsachgemäß sei. Im übrigen ist das Gericht der Meinung, daß die Schnittform deswegen nicht gänzlich unbrauchbar ist, sondern durch Abschleifen der schadhaften Stelle brauchbar gemacht werden kann. Es berechnet den Schaden auf 10 M. Da eine Einigung scheitert, wird die Firma zur Zahlung von 21,37 M. Lohnrest verurteilt, der Kläger aber mit seiner Mehrforderung abgewiesen. In der Schadenersatzklage wird der beklagte Mechaniker zur Zahlung von 6,37 M. verurteilt und die Firma mit ihrer Mehrforderung abgewiesen. Das Lohnbeschlagnahmegesetz schützt den Arbeiter nur bis zur Grenze von 1500 M. Jahreseinkommen vor Lohnaufrechnungen.

Die Schneider Melisek und Rauscher fordern von dem Inhaber eines Damenkonfektionsgeschäfts „Busch" zusammen 50,66 M. Lohnrest, indem sie die Arbeiten nach dem Tarif bezahlt verlangen, wie ihnen ausdrücklich versprochen worden sei. Der Beklagte macht geltend, er habe es nur mit dem Kläger Melisek zu tun, dem er die Arbeiten übergeben habe. Tarifmäßige Bezahlung sei nicht vereinbart worden. Mit dem Kläger Melisek seien ganz bestimmte Preise vereinbart. Außerdem wären die Arbeiten mangelhaft ausgeführt und bedürften der Reparatur. Vergleichsweise geben sich die Kläger mit 40 M. zufrieden.

Der Zahntechniker Hempel war bei dem selbständigen Zahntechniker Rusch gegen 120 M. Monatsgehalt beschäftigt. Vom 17. bis 30. März war er erwerbsunfähig krank. Am 31. März kam er nicht zum Dienst und wurde entlassen, nachdem R. in Erfahrung gebracht hatte, daß H. am 17. März eine neue Stellung per 1. April angenommen hatte. H. fordert jetzt 453,92 M. Gehalt und Entschädigung vom 17. März an. Der Beklagte erkennt 93,92 M. Restgehalt an, der Kläger muß aber seine Entschädigungsklage zurückziehen. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Häntzsche. Unternehmer-Beisitzer: Damenschneidermeister Seidel und Mechaniker Metzer. Arbeiter-Beisitzer: Damenschneider Worbs und Dreher Bruch.)

Die Verkäuferin Klatzsch war in der Markthalle bei dem selbständigen Fleischer Rasch beschäftigt. Am 7. März sagte ihr die Ehefrau des Fleischers, am Montag brauche sie nicht wiederzukommen. Mit dieser kündigungslosen Entlassung war die Verkäuferin nicht einverstanden und sie hatte das auch nicht notwendig, da irgendein Entlassungsgrund nicht vorlag. Sie verlangt jetzt 38 M. Lohnentschädigung für 14 Tage. Die Gattin des Beklagten gibt das alles zu, sie behauptet aber weiter, daß sie der Klägerin sofort nach deren Widerspruch 14 Tage Weiterbeschäftigung angeboten hätte. Die Klägerin bestreitet das; die Frau habe zu ihr gesagt: „Meinetwegen kommen Sie noch acht Tage." Nach der Darstellung der Klägerin liegt das Anerbieten der Weiterbeschäftigung vor. Ob das nun für acht oder vierzehn Tage war, ist eine untergeordnete Frage. Die Klägerin hätte vielleicht bei gebotenen acht Tage weiterarbeiten müssen, wenn sie Anspruch auf Kündigung erheben will. Sie konnte dann immer noch abwarten, ob sie auch noch weitere acht Tage beschäftigt würde. Das hat sie aber nicht getan und deshalb kann sie auch keine Entschädigung für die Kündigungsfrist beanspruchen. Sie muß ihre Klage zurückziehen.

Wegen angeblicher Unpünktlichkeit wurde der Laufbursche Hahn vom Delikatessengeschäftsinhaber Gumpert am 20. März ohne Kündigung entlassen. Der Laufbursche fordert für 14 Tage 14 M. Lohnentschädigung. Die Entlassung war unberechtigt; der Kläger gibt sich aber vergleichsweise mit 8 M. Entschädigung zufrieden. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Höffner. Unternehmer-Beisitzer: Baumeister Rothenbücher und Dr.-Ing. Gerstenberg. Arbeiter-Beisitzer: Zimmerer Dose und Bauarbeiter Zeller.)

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr, öffentliche Sitzung des Gemeinderats im Wettinschlößchen.

Gittersee. Den Genossinnen von Coschütz, Gittersee, Burgk, Zschiedge und Kleinnaundorf zur Kenntnis, daß morgen Mittwoch den 29. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Gittersee ein Diskussionsabend stattfindet. Referent: Genosse Vierke. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Coschütz-Dölzschen. Zu der am 20. d. M. im Gasthof zur Goldnen Krone in Dölzschen stattgefundenen 1. Ausschußsitzung der Ortskrankenkasse Coschütz-Dölzschen waren 8 Arbeitgeber- und 16 Arbeitnehmervertreter sowie 8 Vorstandsmitglieder anwesend. Als Vorsitzenden schlugen die Arbeitgeber den Brauereibeamten Krauß vor. Da der Vorsitzende der Kasse ein Arbeitgeber ist, glaubten die Arbeitnehmer das Recht auf den Vorsitzenden des Ausschusses zu haben, und schlugen den Genossen Griesbach vor. Man glaubte, die Arbeitgeber würden für unseren Kandidaten stimmen, da die Arbeitnehmer im Vorstand einstimmig für den Arbeitgeber gestimmt hatten, aber weit gefehlt. Genosse Griesbach wurde mit 16 gegen 8 Stimmen zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Die Arbeitgeber stimmten geschlossen dagegen. Zum Stellvertreter wurde Krauß mit 15 gegen 9 Stimmen gewählt. Die Festsetzung des Voranschlags wurde ohne Debatte genehmigt. Die Bilanzierung wurde dadurch hergestellt, daß 600 Mark abzuhebendes Kapital zur Deckung der Ausgaben eingestellt wurden. In den Rechnungsausschuß zur Prüfung der Jahresrechnung 1913 wurden von den Arbeitgebern Herr Krauß, von den Arbeitnehmern die Genossen Griesbach und Grober gewählt. Dann beschäftigte sich der Ausschuß mit einer vom Vorstande mit den Aerzten und Zahnärzten abgeschlossenen Verträgen, wonach die Mitglieder jeden Zahnarzt im Bezirk Dresden in Anspruch nehmen können, jedoch ohne Vergütung von Fahrgeld. Die Verträge mit den Aerzten sind noch nicht zum Abschluß gekommen, weil die Verbindungen an der Starrköpfigkeit der Aerztekommission gescheitert sind und jetzt dem eingesetzten Vertragsausschuß zur Entscheidung vorliegen. Die Kassen wollen nur bis zu 18 Proz. bewilligen, die Aerzte fordern 22½ Proz. der größtmöglichen Jahreseinnahme. Die vom Vorstand aufgestellte Dienstordnung wurde genehmigt mit der Abänderung, daß der Kassierer sein Höchstgehalt von 1500 M. in der gleichen Zeit erreicht wie der Kassenführer und daher 50 M. statt 40 M. jährliche Zulage erhält, und statt 8 Tage nach 10jähriger Tätigkeit 10 Tage Urlaub erhalten soll. Ebenfalls einstimmig fand die Genehmigung fand die neu aufgestellte Krankenordnung.

Döhlen-Weißig. Morgen Mittwoch findet im Vogelschen Restaurant in Ober-Döhlen der erste Frauendiskussionsabend statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für eine zahlreiche Beteiligung zu sorgen.

Weistropp. Mittwoch den 29. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthof zu Weistropp öffentliche Einwohnerversammlung statt. Das Thema ist sehr wichtig. Versäume daher niemand die Versammlung.

Klotzsche. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Rathause öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Klotzsche. Mittwoch den 29. April Kinderausflug nach der Bahnwiese. Proviant und 5 Pf. sind mitzubringen. Stellen um 2 Uhr am Konsum. Eltern sind herzlich willkommen. Führung: Frau Klein.

Klotzsche-Rähnitz-Hellerau. Morgen Mittwoch findet im Erbgericht in Klotzsche nachmittags 4 Uhr ein von der Frauenschutzkommission veranstalteter heiterer Nachmittag statt.

Radeberg. Wegen Reinigung werden Freitag den 8. und Sonnabend den 9. Mai in den Diensträumen des Rathauses und zum Teil Mittelgebäudes sowie Montag den 11. und Dienstag den 12. Mai in den Diensträumen des Mittel- und Hintergebäudes des Königl. Amtsgerichts nur dringliche Angelegenheiten erledigt.

Ein Geldtäschchen mit geringem Inhalt ist auf der Polizeiwache als gefunden abgegeben worden.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Seine Logiskollegen bestohlen hatte der Tischler Karl Johann Brauers in der Nacht zum 11. Januar. Er war arbeitslos und sollte am nächsten Morgen die Miete für Logis und Kaffee bezahlen, hatte aber keinen Pfennig Geld. Da stieg er nachts, als seine beiden Stubenmitbewohner schliefen, auf, stahl dem einen das Portemonnaie mit 10 M. und eine Uhr, dem andern Taschenuhr und dem andern 5 M. aus der Hosentasche. Als er die Wohnung verließ, erwachte ein Kollege, bemerkte sofort seinen Verlust und weckte den andern. Ehe sie sich aber notdürftig bekleidet hatten, war B. schon verschwunden. In einer andern Wohnung hatten er am 21. Januar bezogen, stahl er dem mit dort wohnenden Kollegen ein gutes Jackett aus dem Kleiderschranke und zog dafür den abgetragenen Rock hinein. Trotzdem er das Jackett bei seiner Verhaftung noch auf dem Leibe hatte, bestritt der Angeklagte alle drei Diebstähle. Das Jackett will er von dem großen Unbekannten geschenkt haben. Und in der Nacht zum 11. Januar will er gar nicht in der Wohnung gewesen sein. Er sei deshalb nicht wiedergekommen, weil er die Wirtin nicht bezahlen konnte. Dem gegenüber bekundete der Kollege, der eine Bestohlene, daß er B. beim Verlassen der Stube genau gesehen habe. Außerdem steht noch fest, daß er im Januar oft gebettelt hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

hat. Das Gericht erkannte wegen Rückfalldiebstahls auf **10 Monate Gefängnis** und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust und wegen Betteln auf **4 Wochen Haft**.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens

wurde gegen den verwitweten 37jährigen Maler Albert Wilhelm Anders in Radeberg verhandelt. Als Wirtschafterin hatte er bei sich die wegen Ehebruchs geschiedene Dienstmagd Minna Klara Beyer. Letztere muß wegen **Kuppelei** auf der Anklagebank mit Platz nehmen. Nach dem Eröffnungsbeschluß hat die B. dem A. ihre eigene neunjährige Tochter zur Vornahme unsittlicher Handlungen zugeführt. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. A. wurde auf Grund des § 176,3 des Strafgesetzbuchs **zu 2 Jahren Gefängnis** verurteilt, die B. mangels Beweises freigesprochen.

Oberkriegsgericht.

Strafe muß sein!

Am Abend des 10. Februar bemerkte der Fahrer Hinke von der 1. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 12 während des Stalldienstes, daß der zu seinem Beritt gehörige, notwendig gebrauchte Besen abhanden gekommen war. Er ging auf die Suche und fand den Besen schließlich in einem andern Beritt. Als er sich damit entfernen wollte, rief ihm der Unteroffizier Vogel zu, wo er mit dem Besen hin wolle. Hinke erklärte: „Der Besen gehört in unsern Beritt", und ging weiter. Der Unteroffizier ließ aber nicht locker und befahl dem Soldaten, stehen zu bleiben und den Besen zurückzugeben. Hinke drehte sich um und sagte abermals, daß der Besen doch in seinen Beritt gehöre und er erst mit dem Futtermeister reden wolle. Er behielt den Besen und ging nach seinem Stand. Der Unteroffizier ging ihm aber nach und stellte ihm Meldung in Aussicht. Zu seinen Kameraden gewendet, erklärte Hinke nunmehr: „Jedenfalls gehört der Besen uns!" Diese Aeußerung hörte ein anderer Unteroffizier, er mengte sich dazwischen, stellte Hinke wegen der „Frechheit" zur Rede und fragte, ob er (Hinke) schon mal in Arrest gewesen sei. Die Antwort lautete der Wahrheit gemäß: „Nein, bis jetzt noch nicht!" Der Ton soll aber unbotmäßig und achtungsverletzend gewesen sein. Der Unteroffizier hatte zwar durch sein Verhalten den ganzen Vorgang herbeigeführt, aber der Soldat wurde wegen Achtungsverletzung, Beharrens im Ungehorsam und Gehorsamsverweigerung auf Grund des berüchtigten § 95 des Militärstrafgesetzbuchs angeklagt. Darauf stehen als Mindeststrafe 43 Tage Gefängnis! Obgleich die Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandfrei ergab, daß der Soldat im Rechte war, und das Gericht subjektiv die Voraussetzungen des § 98 (**durch vorschriftswidrige Behandlung zur Tat gereizt**) für vorliegend erachtete, wurde auf die höchst zulässige **strenge Arreststrafe von 4 Wochen** erkannt! Gegen das Urteil legte Hinke Berufung ein. Aber auch der Gerichtsherr hatte es angefochten, weil **der § 98** (der eine Strafmilderung vorsieht) dem Angeklagten **zu Unrecht zugebilligt** worden sei! Das Oberkriegsgericht hat aber beide Rechtsmittel verworfen und damit **die schwere Strafe bestätigt!**

Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung in Groß-Berlin.

Am Sonntag den 26. April fand in **Berlin** eine Konferenz der Jugendausschüsse im Bezirk Groß-Berlin statt, die von 118 Delegierten besucht war. Im Bezirk Groß-Berlin bestehen 43 Jugendausschüsse, von denen 35 vertreten waren.

Genosse **Weimann** gab den Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Geschäftsjahr. Aus diesem geht hervor, daß im letzten Jahre recht eifrig auf dem Gebiete der Jugendbewegung gearbeitet worden ist. Er betonte, der beste Schutz gegen die Bestrebungen der Gegner, die mit allen Mitteln an die proletarische Jugend heranzukommen suchen, sei eine gut ausgebaute Organisations- und Agitationsarbeit. In dieser Beziehung ist im vergangenen Jahre in Groß-Berlin gearbeitet worden und besonderer Wert gelegt auf die Ausbildung von Helfern und Helferinnen, die mehrmals zu instruktiven Vorträgen zusammenberufen worden sind.

Die Bildungsarbeit wurde durch eine Anzahl größerer Veranstaltungen gefördert, die von rund 30 000 Personen besucht waren. Etwas Neues bedeutete die Veranstaltung von kinematographischen Vorführungen für die Jugend. Ferner wurde eine große Anzahl Wanderungen veranstaltet. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch der Agitationsarbeit unter der weiblichen Jugend gewidmet. Sodann wurden besondere Veranstaltungen für die weibliche Jugend in Form von Handarbeitsabenden eingeführt, die ein recht reges Interesse seitens der weiblichen Jugend finden.

Eine eifrige Tätigkeit entfaltete [illegible] Ausschuß auf dem Gebiete des Sports. Der Referent betonte, daß gerade dieses Gebiet ganz besonders gefördert werden müßte, weil in dieser Beziehung die Gegner, besonders der Jungdeutschlandbund, außerordentlich regsam sind. Zur Ausbildung der Wander- und Spielleiter veranstaltete man naturwissenschaftliche Streifzüge, Museumsbesuche sowie instruktive Vorträge. Die etwa über ein Jahr bestehende Wandersparkasse erfreute sich einer regen Benutzung. Es gelangten im vergangenen Geschäftsjahr 1644,60 M. zur Auszahlung. — Die Ausgaben beliefen sich im vergangenen Geschäftsjahr auf 28 113,89 M., denen eine Einnahme von 28 195,46 M. gegenübersteht. Nicht eingerechnet sind hierbei die Ausgaben für die Jugendheime, von denen in Groß-Berlin 24 bestehen und die durch besondere Vereine unterhalten werden.

Es folgten dann die Berichte von Teltow-Beeskow und Niederbarnim, worauf sich eine lebhafte Diskussion, besonders über die Frage des Verhältnisses der Jugendausschüsse zu den Sportvereinen, entwickelte.

Letzte lokale Nachrichten.

Als Hotel- und Warenbetrüger ist hier vom 15.—20. April der am 1. April 1898 in Sonsnitz bei Teplitz geborene angebliche frühere Eisenbahnassistent Agent Theodor Dasch unter dem Namen Dr. jur. Emil Kohn aus Freiberg, Kaufmann Max Adler aus Pirna und Leutnant der Reserve v. Daschinsky aufgetreten. In seiner Begleitung befand sich eine als Kellnerin Schr. festgestellte Frau, die er als seine Gattin ausgab, oder mit der er hier sich trauen lassen und im Hotel Hochzeit feiern wollte. Unter diesem Vorwand hatte er verschiedene Waren von hiesigen Firmen bestellt, ohne irgendwelche Barmittel zu besitzen. Er konnte weder seine Hotelrechnungen noch die gelieferten Waren bezahlen. Dasch hat vermutlich noch weitere Betrügereien verübt. Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen. Ein Bild des Dasch hängt im Polizeischaukasten aus.

Falscher Alarm. In dem Hof-Juweliergeschäft von Heinze ertönten gestern elektrische Hupen-, Sirenen- und Lichtsignale. Da die Feuerwehr, die Wohlfahrtspolizei und die Kriminalpolizei alsbald am Platze erschienen, verbreitete sich das irrige Gerücht, Einbrecher hätten vom Nebenhaus aus eine Mauer durchbrochen und den Laden geplündert. Tatsache ist, daß der im Geschäft angebrachte Alarmapparat sich selbständig in Tätigkeit setzte. Damit wird auch die Meldung im lokalen Teil unserer heutigen Nummer, die aus einem Nachrichtenbureau kommt, hinfällig.

Erschossen hat sich gestern abend im Bienertpark der 16 Jahre alte Arbeitsbursche Dreßler von der Reisewitzer Straße 61.

Selbstmordversuch. Der Handschuhfabrikant R. aus Limbach versuchte sich heute morgen im Krematorium zu erschießen. Schwerverletzt wurde der Mann nach dem Johannstädter Krankenhaus gebracht.

Ein Erpressungsversuch. Von einem hiesigen Kommissionsrat versuchte der etwa 40 Jahre alte Kaufmann Hoyer 50 000 Mark zu erpressen unter der Drohung, sonst eine Skandalgeschichte an die Oeffentlichkeit zu bringen. **Der Erpresser wurde verhaftet.**

Nächtliche Prügelei. Zwei Sittengendarme sind in vergangener Nacht auf der Pragerstraße schwer verprügelt worden. Die Täter sind entkommen.

Adressen der Kinderschutzkommission.

4. Kreis.

Frau Hetze, Böhmische Straße 23, 3.
Ernst Lienicke, Markgrafenstraße 28, 3.
Gotthard Schönfelder, Markgrafenstraße 38, 2.
Frau Kunze, Alaunstraße 87, 4.
Frau Noack, Hechtstraße 9, 3.
Otto Preißler, Helgolandstraße 19, 4.
Max Wortmann, Königsbrücker Straße 28, 1. Hh.
Paul Weichelt, Oschatzer Straße 12, 2.
Hermann Sterna, Barbarastraße 51, 3.
Emil Müller, Trachenberger Straße 16, 2.
Frau Filbe, Großenhainer Straße 139, 3.
Frau Pietzsch, Mickten, Naundorfer Straße 19, 2.
Gustav Schmidt, Kaditz, Rankestraße 23, 2.
Oskar Hänel, Kaditz, Wächterstraße 35, 1.
Luther, Uebigau, Methelstraße 26.
Hermann Krebs, Radebeul, Bahnhofstraße 4, 1.
Frau Scheibner, Hellerau, Talkenberg 14.
Karl Noack, Laufa-Weixdorf, Dresdner Straße 1.
Frau Kotte, Coswig, Weinböhlaer Straße 62.
Frau Striebich, Kötitz, Bahnhofstraße 30.
Frau Hempel, Zitzschewig, Lebenweg 65 B.
Frau Hentschel, Niederlößnitz, Heinrichstraße 14.
Frau Kohlstrunk, Loschwitz, Grundstraße 12.
Alwin Jentzsch, Bühlau, Loschwitzer Straße 48.

5. Kreis.

Frau Zopf, Fürstenstraße 61, 4.
Moritz Straube, Hammerstraße 16, 4.
Max Nurrack, Striesener Straße 23, 4.
Richard Langmark, Pollerstraße 15, Hh. 2.
Frau Häusel, Permoserstraße 5, Hh. 1.
Reinhold Herrlich, Lindenaustraße 12, 4.
Frau Müller, Eisenstraße 57, part.
Frau Frenzel, Lortzingstraße 15, part.
Franz Bock, Eisenstuckstraße 23, Souterrain.
Frau Kießling, Lindenaustraße 34.

6. Kreis.

Frau Kurt, Löbtau, Kronprinzenstraße 46, 3.
Frau Burkhardt, Löbtau, Kronprinzenstraße 44, 3.
Frau Burkhardt, Löbtau, Deubener Straße 13.
Hermann Naumann, Cotta, Roquettestraße 28, part.
Frau Kloß, Cotta, Weidentalstraße 49, 2.
Frau Paul, Cotta, Hörigstraße 22, 1.
Hermann Jannack, Niedergorbitz, Dammweg 13.
Frau Werner, Niedergorbitz, Brauereistraße 3.
Frau Möge, Oberpesterwitz 46g.
Frau Berger, Potschappel, Bismarckplatz 7, 3.
Frau Wachsmut, Plauen, Gitterseer Straße 10, 2.
Gustav Müller, Potschappel, Dresdner Straße 43.
Anton Effenberger, Plauen, Biedermannstraße 3, 1.
Frau Kretschmar, Naitz, Leubnitzer Straße 7, 1.
Bruno Thiele, Leubnitz-Neuostra, Dresdner Straße.
Frau Gröbsch, Tolkewitz, Ankerstraße 7, 1.
Frau Lange, Striesen, Wormser Straße 56, 3.
Georg Gießler, Striesen, Glasewaldtstraße 49, 3.
Frau Hornoff, Blasewitz, Dobritzer Straße 10, 2.
Frau Märde, Gittersee, Dresdner Straße 32, 1.
Frau Maiwald, Gittersee, Bismarckstraße 4, part.
Artur Barysch, Coschütz, Tunnersdorfer Straße 1, 2.
Frau Thümmler, Burgk, Kleinnaundorfer Straße 10.
Frau Schröder, Deuben, Bergstraße 20, part.
Frau Klemm, Deuben, Poisentalstraße 25, 3.
Hugo Richter, Deuben, Poisentalstraße 28.
Max Gäbler, Stetzsch, Schanzenstraße 46, part.
Frau Röhner, Niederhäslich, Poisentalstraße 46k.
Frau Chemnitzer, Döhlen, Schillerstraße 98.
Hermann Findeisen, Unterweißig, Schillerstraße 14.
Reinhold Eichler, Naußlitz, Langestraße 8.
Frau Schneider, Naußlitz, Südstraße 27, 3.
Frau Thomas, Bannewitz, Hauptstraße.
Moritz Wolf, Bannewitz, Hauptstraße.
Bruno Schmerdsieger, Briesnitz, Wettinerstraße 8, 2.
Frau Thiele, Briesnitz, Dorfstraße 1, part.
Frau Johne, Wurgwitz 1, part.
Paul Weise, Wurgwitz 2c.

Dresdner Sehenswürdigkeiten.

Königliche Gemälde-Galerie (Zwinger). Dienstags, Donnerstags, Freitags 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei. Mittwochs, Sonnabends 10 bis 3 Uhr 50 Pf., Montags 10 bis 2 Uhr 1,50 Mark.
Königliches Kupferstich-Kabinett (Zwinger). Dienstags, Freitags 10 bis 3 und 5 bis 7 Uhr, Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei. Montags geschlossen.
Königlicher mathematisch-physikalischer Salon (Zwinger). Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags 9 bis 12 Uhr 50 Pf., Sonnabends sowie Sonn- und Feiertags geschlossen.
Königliches mineralogisch-geologisches und prähistorisches Museum (Zwinger). Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags 10 bis 12, Mittwochs und Sonnabends 1 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 1 Uhr frei.
Königliches zoologisches und anthropologisch-ethnographisches Museum (Zwinger). Sonn- und Feiertags, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags 11 bis 1, Mittwochs, Sonnabends 1 bis 3 Uhr frei.
Königliches Grünes Gewölbe (Königliches Residenzschloß part.). Wochentags 10 bis 1 Uhr, Führung von 1 bis 6 Personen 9 M., jede Person mehr 1,50 M. Sonn- und Feiertags geschlossen.
Königliches Münz-Kabinett (Königliches Residenzschloß part.). Dienstags und Freitags von 10 bis 1 Uhr (nur für Studien frei.
Königliches historisches Museum (Rüstkammer) und **Gewehrgalerie** (Johanneum I.). Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, Freitags und Sonnabends 10 bis 2 50 Pf., Montags 10 bis 2 1,50 M., Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.
Königliche Porzellan- und Gefäßsammlung (Johanneum I.). Montags bis Freitags 10 bis 2 50 Pf., Sonnabends 9 bis 2 1,50 M., Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.
Königliche Porzellan-Niederlage, Schloßstraße 36, geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr wochentags.
Königliche Skulpturensammlung im Albertinum und An der Frauenkirche 12, 1. (Cosel-Palais.) Wochentags (außer Sonnabends) von 9 bis 3, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr frei.
Königlicher Botanischer Garten. Wochentags von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Sonn- und Feiertags 9 bis 1 Uhr Gewächshäuser (unentgeltlich) täglich (außer Sonnabends) von 9 bis 12 Uhr, sonst gegen 50 Pf. Führungsgeld.
Königliches Kunstgewerbemuseum (Eliasstraße 34). Werktags außer Montags von 9 bis 2 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 1 Uhr. Eintritt frei.
Sächsischer Kunstverein (Brühlsche Terrasse). Täglich geöffnet von 10 bis 5, Sonntags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf., am letzten Sonntag des Monats 20 Pf.
E. Richters Kunstsalon (Prager Straße). Täglich geöffnet.
Galerie Ernst Arnold, Schloßstraße 34. Permanente Gemälde-Ausstellung.
Stadtmuseum (Neues Rathaus), geöffnet Sonntags und Mittwochs von 5 bis 7 Uhr, Dienstags und Freitags von 11 bis 1 Uhr.
Körner-Museum (Körnerstraße 7). Wochentags 9 bis 2, Mittwochs und Sonnabends 9 bis 1 und 2 bis 5, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Postwertzeichenmuseum, Moczynskistraße 5 (Hotel du Nord). Wochentags 10 bis 4 Uhr. Ertrag zugunsten des Albertvereins.
Musterlager des Exportvereins für das Königreich Sachsen, Niedergraben 5. Wochentags 10 bis 5 Uhr. Eintritt frei.
Zoologischer Garten, Tiergartenstraße, am Großen Garten. 75 Pf., Kinder 30 Pf., Sonntags 50 bezw. 20 Pf., jeden ersten Sonntag im Monat 25 Pf. Geöffnet täglich von früh bis abends.
Brühlscher Garten und Brühlsche Terrasse, am Elbufer (Landungsplatz der Dampfschiffe).
Gehe-Sammlung (pharmazeutische Sammlung der Königlichen Tierärztlichen Hochschule), Kurländisches Palais, Zeughausplatz 3, 1. Dienstags von 2 bis 4 Uhr frei.
Königliche Arsenal-Sammlung, Königsplatz 3. Geöffnet nur vom 1. April bis 30. September Mittwochs, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 25 Pf., Militär frei.
Königliche Armee-Sammlung. Marien-Allee 3. Geöffnet Dienstags und Donnerstags von 10 bis 1 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt frei, Garderobe 10 Pf.
Schilling-Museum, Pillnitzer Straße 63. Geöffnet Wochentags von 10 Uhr an, Sonn- und Feiertags von 11 Uhr an bis zum Eintritt der Dunkelheit.
Landesmuseum für sächsische Volkskunst Dresden-Neustadt, Ritterstraße 1, gegenüber dem Königl. Finanzministerium. Geöffnet: Wochentags 9 bis 2 Uhr, Mittwochs und Sonnabends 9 bis 2 und 4 bis 6, Sonntags 11 bis 1 Uhr. Erwachsene 20 Pf., Kinder und Schüler 10 Pf. Montags 50 Pf., Sonntags 10 Pf. für die Person.
Königliches Schloß, Schloßstraße. Zu besichtigen nur in Abwesenheit des Königs. Eintritt 1 bis 3 Personen 1,50 M., jede weitere Person 50 Pf.
Städtische Ausstellungshalle, Stübelallee 2a.
Königlicher Großer Garten, begrenzt von der Stübelallee, Lennéstraße, Tiergartenstraße und Karcherallee.
Fürstenzug, Augustusstraße
Denkmal des Königs Johann, Theaterplatz.
Denkmal Carl Maria v. Webers, am Museum am Zwinger.
Albert-Denkmal, Schloßplatz, vor dem Ständehaus.
Denkmal Friedrich August I., im Zwingerhof.
Denkmal Friedrich August II., auf dem Neumarkt.
Denkmal Rietschels, Gottfried Sempers und Ludwig Richters, auf der Terrasse.
Denkmal Luthers, vor der Frauenkirche.
Denkmal Körners, Gutzkows und Julius Ottos, auf dem Georgplatz.
Denkmal des Kurfürsten Moritz und des Vater August, am Fuße der Terrasse.
Denkmal König Antons, Hohenthalplatz.
Denkmal der Kurfürstin Mutter Anna, bei der Annenkirche.
Siegesdenkmal, auf dem Altmarkt.
Wettin-Obelisk, Taschenberg.
Georgs-Brunnen, an der Sophienkirche.
Cholerasäule (Gutschmidbrunnen), auf dem Postplatz.
Stübel-Brunnen, Stübelplatz.
Viktoria-Brunnen, am Jüdenhof.
Gänsedieb-Brunnen, Ferdinandplatz.
Justitia-Brunnen, Holbeinplatz.
Mozart-Brunnen, Bürgerwiese.
Venus und Amor, Bürgerwiese.
Ballwerfer, Sportplatz, Lennéstraße.
Die Mutter, Bürgerwiese.
Denkmal Augusts des Starken, Neustädter Markt.
Brunnen „Stürmische Wogen" und „Stilles Wasser", Albertplatz.

Volks-Buchhandlung Dresden
Wettinerplatz 10

Wir empfehlen:

Die Volksschule

Eine Materialiensammlung zur Schulreform.

Herausgegeben vom Landesvorstand der
: Sozialdemokratischen Partei Sachsens :

Verfasst von **Otto Uhlig**
Preis 5 Mark.

Die Leipziger Lehrerzeitung schreibt darüber:

„... Das Buch ist zwar in erster Linie für die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei geschrieben — die reichlich parteipolitische Tendenz verschiedener Kapitel legt ohne weiteres Zeugnis dafür ab —, immerhin enthält es aber für den schulpolitisch informierten Lehrer so viel Bemerkenswertes, dass es sich wohl lohnt, das Werk einer eingehenden Lektüre zu unterziehen. In einleitenden Kapiteln gibt der Verfasser eine Art historischer Darstellung der Entwicklung der Schule vom Altertum bis zur Gegenwart im allgemeinen und der der sächsischen Volksschule von ihrem Ursprunge bis zum 73 er Gesetz im besonderen. Wir lernen weiterhin die Schulreformprogramme der Arbeiterklasse von 1842, 1848, 1875, 1891, 1906 und 1910 kennen, finden eine Zusammenstellung der Schulforderungen in den Programmen der bürgerlichen Parteien und stossen auch auf gute Bekannte: die Schulforderungen des Sächsischen Lehrervereins, die nach den „Wünschen der sächsischen Lehrerschaft zur Neugestaltung des Volksschulgesetzes" wiedergegeben sind. In ausführlicher, sozusagen aktenmässiger Darstellung zieht dann die sächsische Schulreformbewegung von ihren Anfängen im Jahre 1908 bis zu ihrem bedauerlichen Scheitern Ende 1912 an uns vorüber, in ihrer gründlichen, umfassenden Bearbeitung der verschiedensten Schul- und Erziehungsfragen zweifellos der wertvollste Teil des Buches. Die wichtigsten Ausführungen der Redner beider Ständekammern sind, wenn auch leider nicht im Stenogramm, so doch in genügender Weise nach den Berichten der Leipziger Zeitung wiedergegeben, so dass eine zuverlässige Information ermöglicht wird. Zahlreiche Tabellen sind in den Text eingestreut und geben dem Leser die notwendigen statistischen Unterlagen an die Hand. So liegt in dem Buche für den Schulpolitiker willkommenes Material in Fülle ausgebreitet, von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Schulkampf, der in nicht zu ferner Zeit wieder entbrennen wird und entbrennen muss."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Soziales.

Auf dem Wege zum paritätischen Arbeitsnachweis.

Die Hamburger Bürgerschaft bewilligte in ihrer letzten Sitzung 30 000 Mark als Beihilfe für den gemeinnützigen Arbeitsnachweis der „Patriotischen Gesellschaft“ und lehnte den Scharfmacherantrag, die Sache vorher in einem Ausschuß zu prüfen, mit 66 gegen 50 Stimmen ab. Die Scharfmacher sehen in dem staatlich unterstützten Arbeitsnachweis der „Patriotischen Gesellschaft“, die eine vor zirka 100 Jahren gegründete, politisch neutrale Vereinigung zur Förderung der Künste und Gewerbe ist, den ersten Schritt zum paritätischen Arbeitsnachweis, den sie bekämpfen, weil nach ihrer Ansicht der Arbeitsnachweis in der Gewalt der Unternehmerorganisationen bleiben soll. Mit knapper Mehrheit gelang es, ihren Anschlag, der dem gemeinnützigen Arbeitsnachweis in Hamburg die Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten haben würde, abzuwehren.

Die Gesellschaft für soziale Reform und die Angestelltenfragen.

Die außerordentliche Generalversammlung zur Beratung von Angestelltenfragen, die die Gesellschaft für soziale Reform am 9. Mai in Berlin, Bismarcksäle, Neue Grünstraße 28, veranstaltet, enthält folgende Beratungsgegenstände: 1. Das Koalitionsrecht (Redner: Professor Dr. Kehler, Jena). 2. Der Erfinderschutz (Redner: Reichstagsabg. Rechtsanwalt Dr. Bell). 3. Dringende Wünsche einzelner Berufsgruppen an die Sozialgesetzgebung (Bureaubeamte, Krankenpfleger, Gasthausangestellte, Staatsarbeiter, technische und künstlerische Berufe). Die Beratungen sind öffentlich.

Die öffentliche Kundgebung für Fortführung der Sozialreform am 10. Mai, mittags 12 Uhr (Saalöffnung 11 Uhr), findet in der Neuen Welt, Hasenheide 104—108, statt. Professor Dr. Ernst Francke, der Herausgeber der Sozialen Praxis, hält das Referat; dann folgen Erklärungen von Vertretern der Arbeiter, Privatangestellten und Beamten sowie Ansprachen von Parlamentariern und sonstigen in der Sozialpolitik hervorragenden Persönlichkeiten. Das Schlußwort spricht der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform.

Aus aller Welt.

Explosionskatastrophe.

Algier, 27. April. Auf dem russischen Dampfer Kometa, der nach Rouen bestimmt war, ereignete sich, 20 Seemeilen südwestlich von Algier, eine schwere Explosion. Ein Teil der Besatzung wurde gerettet, 15 Mann werden vermißt.

Algier, 27. April. Der infolge einer Explosion gesunkene russische Dampfer Kometa hatte eine Ladung Benzin und eine Besatzung von 30 Personen. Die Katastrophe ereignete sich auf der Höhe von Sidi Ferruch, 30 Kilometer von Algier. Englischen, italienischen und französischen Dampfern gelang es, 15 Personen, darunter die Frau des Kapitäns, zu bergen. Nach den übrigen 15 Personen, die vermißt werden, ist von Torpedobooten bisher vergebens gesucht worden.

Familiendrama in Hamburg.

Hamburg, 27. April. Der Fabrikarbeiter Schreyer hat seinen drei Kindern die Kehle durchschnitten und dann sich selbst erhängt. Schreyer, der von seiner Frau getrennt lebt, wohnte seit dem 23. April mit seinen Kindern in dem Hause Mühlenkamp 3. Heute vormittag wollte die Frau ihre Kinder besuchen, fand jedoch die Tür verschlossen. Als schließlich die Polizei gewaltsam eindrang, fand sie alle **vier Personen tot vor.**

Ein Opfer seines Berufs.

Hof, 27. April. Beim Rangieren geriet auf dem hiesigen Hauptbahnhof der 40 Jahre alte Rangiermeister **Heinrich Fischer** zwischen die Puffer und wurde so schwer verletzt, daß er starb. Der Verunglückte ist Vater von fünf **Kindern.**

Dämon Alkohol.

Rostock, 27. April. In Grevesmühlen in **Mecklenburg** hat sich gestern ein erschütterndes Familiendrama abgespielt. Die Bürstenmacherwitwe Stubber lebte mit ihrem Sohn, der ebenfalls Bürstenmacher war, zusammen. Der Sohn war dem Trunke ergeben. Häufig hatte die Mutter Mißhandlungen seitens ihres Sohnes zu ertragen. Diesen Mißhandlungen wollte sich die alte Frau entziehen, und sie beschloß, ihrem Leben ein Ende zu machen. Passanten fanden gestern abend die Leiche der Frau in einem kleinen Wasserloch an der Promenade in der Nähe der Stadtkirche. Als ihr Sohn von dem Geschehenen erfuhr, ging er nach dem Tannenberg und erhängte sich.

Ein grausiger Fund.

Paris, 27. April. Aus Angoulême wird gemeldet, daß in einer Hütte einer Nachbargemeinde der **Leichnam eines etwa 70 Jahre alten Mannes gefunden wurde,** der fast vollständig von Hunden und Ratten verzehrt war. Die Polizei hat eine Untersuchung nach der Todesursache des Greises eingeleitet, da man glaubt, es mit einem Verbrechen zu tun zu haben.

Verhaftung einer internationalen Schwindlerbande.

Paris, 28. April. Nachdem vor kurzem das deutsch-österreichische Konsulat die französischen Polizeibehörden auf das Treiben einer Schwindlerbande aufmerksam gemacht hatte, erfolgte gestern die Verhaftung von vier Personen, darunter drei Deutschen, nämlich eines gewissen Albert Heckel aus Mülhausen, Alfons [illegible] aus Baden und einer Frau Klostermann. Die Verhafteten gehörten einer internationalen Schwindlerbande an. Sie beschäftigten sich damit, bemittelten Erfindern die Verwertung ihres Patents gegen Vorauszahlung einer entsprechenden Provision anzubieten. Natürlich trat der erhoffte Erfolg nie ein, so daß die vorausbezahlte Provision in jedem Falle verloren war. Eine sofort vorgenommene Haussuchung hat sehr belastendes Material zutage gefördert. Drei Mitglieder der Bande waren bereits früher einmal verhaftet worden. Der Hauptschuldige, der Mann der verhafteten Frau Klostermann, hat sich seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen.

Vom Panamakanal.

Newyork, 27. April. Am Panamakanal hat, wie dem Berliner Lokalanzeiger gemeldet wird, ein Erdrutsch bei Cucaracha die Arbeiten der letzten Monate vernichtet. Nach sachverständigem Urteil drohe hierdurch jedoch dem Kanal keine Gefahr.

---

4. Wahlkreis. Bezirk Loschwitz.

Sonntag früh verschied nach langem Leiden die Genossin

Klara Härtel

Ehre ihrem Andenken! [V 16

Die Einäscherung erfolgt Mittwoch nachmittag 1½ Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Die Verwaltung.**

Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgenossen Deutschlands. — Bezirks-Mitgliedschaft Dresden.

Hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegin

Frida Hendel geb. Beyer

aus Dresden-Neustadt am 25. **April verstorben ist.** [V 83
Ehre ihrem Andenken. Die Ortsverwaltung.

Nach langem schwerem Leiden verschied am Montag früh 5 Uhr meine liebe Gattin, die aufopfernde Mutter ihrer Kinder

Frau Luise Hultsch geb. Morgenstern

Der tieftrauernde Gatte Paul Hultsch
K 331] **im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Donnerstag den 30. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Pauli-Friedhofs aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß Sonntag früh ¼4 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Schwiegertochter, Frau **Klara Härtel** geb. **Weiss,** im Alter von 35 Jahren sanft entschlafen ist.

Loschwitz, den 27. April.
Der trauernde Gatte Otto Härtel im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Mittwoch nachmittag ½2 Uhr in Tolkewitz statt. [B 378

✚ Damen ✚

empf. best. **Spülapparate, Mutterspritzen, hyg. Artikel** und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, Bellstraße 23, I.

Tüchtige Maurer

können sich beim Polier Kathnick auf der Baustelle in **Coblenz bei Hoyerswerda** melden. [K 331
Richard Militzg, Spremberg, N./L.

Strohhut-Näherinnen

für Stroh-Litzen- u. Tagalgeflechte auf große Posten sucht in- und außerhalb des Hauses [A 133
V. Kronheim, Seidnitzer Str. 9

Kartonnagen-Hausarbeiterinnen

auf **feste Zigaretten-Kartons** eingerichtet sofort gesucht [L 1558

Georg A. Jasmatzi, Akt.-Ges.
Schandauer Straße 68.

Alte Wunden, Flechten-

[illegible] verwenden die [illegible], schmerzlindernde **Vater Philipp Universalsalbe,** hergestellt nach neuester Forschung, für Arme kostenfrei, à 1,20 Mk. u. 1,75 Mk. d. Tutogen-Laboratorium Szittkehmen-Rominten. Dresden: **Marien-Apoth., Altmarkt.** **S. Salomonis-Apoth. Schloßstraße.**

Zahnersatz :: zu mässigem Preis u. leichter
Zahnplomben :: Zahlung empfiehlt ::
Dentist Max Flach, Amalienstr. 3, II. Et. neben dem Kaiserpalast.

Wettin-Automat

Ecke Wettiner- und Zwingerstraße, gleich am Postplatz
— seit dem 1. April unter Leitung von Hotel Wettin —
Alle Speisen und Getränke nur erstklassiger Qualität und sorgfältigster Zubereitung.

„Goldener Löwe“, Potschappel

Donnerstag den 30. April 1914, um 8½ Uhr:

Künstler-Konzert: Pellegrini, Violin-virtuose

Mitwirkung: Fräul. **Klara Schubert,** Harfe
Herr **Walter Ziegler,** Klavier [K 184
Herr **Willi Huhle,** 2. Violine.

Nach dem Konzert: Ball.

Vorzugskarten sind im Sekretariat zu 40 Pf. zu haben.

Gambrinus-Stadt-Restaurant
am Postplatz.

Bekannt vorzügliche Küche zu billigen Preisen.
Schönst gelegener Garten im Zentrum der Altstadt.
[B 356] **Hermann Liebscher.**

Klotzsche-Königswald

Luft- und Schwimmbad
für Herren und Damen [K 295
Kurbäder — Massage
Eröffnung am 1. Mai.
Neu! Wassertemperatur ständig plus 20—22° C. durch neu eingerichtete Wasser-Wärmeanlage. **Neu!**

IMPERIAL-THEATER
Moritzstrasse 3.

Infolge des überaus starken Zuspruches bleibt [A 46

PARAGRAPH 80, Absatz II

noch einige Tage auf dem Spielplan.

Ausserdem
das weitere reichhaltige neue Beiprogramm

Beginn täglich 3 Uhr.

Carl Schlegel, Dentist
König-Johann-Straße 10, II. (früher Wallstr. 1)

empfiehlt sich allen **Zahnleidenden** zum Anfertigen **künstlicher Zähne** jeder Art in bewährtem Material unter Garantie der Brauchbarkeit. Spezialität: **Vollständige Gebisse,** Kronen- u. Brückenarbeiten in Gold. **Kunstvolle Plombierung** solid und haltbar. **Möglichst schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen** und **Umarbeiten** auch von mir nicht gefertigter Gebisse bereitwillig u. billigst
Etabliert 1896. Fernruf 29098.

Kleine Anzeigen

Annähfüße

Baumwolle 3 Paar 1 M., Wolle 55 u. 60 Pf. Dieselben werden auf e. Spezialmaschine gratis angenäht.
Gleich zum Mitnehmen.
Chemnitzer Strumpfwaren-Fabrik
Rosenstraße, Ecke Ammonstraße.
Haltestelle 26.

Mutterspritzen

[L 823]
mit 2 **Kanälen** von 1.75 M. an, **Spülkannen, Leibbind., Menstruationspulver, Vorfallbind.** u. **hygien. FrauenArtikel**
Auskunft gratis. Auf Verl. 10 Proz. Rabatt
Frau Heusinger
37 Am See 37
Erster Laden vom **Dippoldiswaldaer Platz.**
Genau auf **Namen** und **Hausnummer** achten.

R. Dittrichs Kinderwagen

Klappsportwag. Metzbettstellen Kinderstühle
sind die besten. Weit und breit bekannt als **bill. Quelle**
da kein Laden. **Liliengasse 8, p.,** i. d. Nähe v. Postpl. u. Am See.

Hutblumen u. Straußfedern
kaufen Sie immer am besten bei
Hesse
Dresden, Scheffelstr. 10/12
Lager in vier Stockwerken in drei Gebäuden, in Auswahl und Preisen
A 42] wohl unerreicht.

Sie kaufen am günstigsten
Anzüge
f. **Herren,** 1-u.2r., v. **10** M. an
für **Burschen** von **8** M. an,
für **Knaben** von **3** M. an,
Arbeitshosen von **2** M. an,
einz. Jacketts, von **2** M. an,
nur in dem **Bekleidungshaus**
Wettinerstraße 7
1. Etage, Ecke Palmstr.
Kein Laden, nur 1. Etage.
Kunden v. ausw. Fahrtvergüt.

Wäschetrockner Wäschezangen etc.
kaufen Sie billigst bei
B. Hähner, gr. Zwingerstr. 11, p.

Trumeaus
mit geschliffen. Glas von 36.— M. an
Pfeiler-Spiegel von 8.— M. an.
Enormes Lager!
Tränkners Möbelhaus
Görlitzer Straße 21/23.

Feinste, frische Tafel-
Butter
1 Pfund **1.20 M.**
Marschallstr. 31 [B 346
Schäfferg. 13, geg. Konzerthaus.

Selbmann's Husten-Bonbons
Grenadierstraße u. Filialen.

Neu! Herrschaftl. gebrauchte Möbel kaufen Sie zu Spottpreisen; Lieferung ganzer Ausstattungen [B 392
nur Stärkengasse 8 (Laden)

Frauen-Tee
altbewährt. Paket 75 Pf.
Freisleben, Wallstr. 4.

Schuhwaren zu Fabrikpreisen
Naditz, Leuckartstr. 12 Ecke Wächterstr.
Reparaturen billigst. [B 391

Fahrräder, Nähmaschinen, **Wasch- u. Wringmaschin., elektr. Installation, Bel.-Körper,** nur la Qual., bequeme Teilzahl.
Valentin Wolf, Deuben.

Halbrenner [197
Freilf., hochfein, spottbill. Ferberger Straße 123, Fahrradhaus.

Kaffee-Sorge
Potschappel

Gewissenhaft repar. Uhren
Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. **nur Drehgasse 1a, I. Et.** [K 348

Plüschgarn., tadel. 40 M., mod. **Chaisel.** u. **Küchensofa** à 18 M. zu verk. **Ferdinandstr.** 10, pt. lfs.

Alfr. Klemm, Borngasse 4, zahlt f. altes Eisen, Metalle, Maschinen, Bodenrummel die höchsten Preise.

Herrschaftl. getr. u. neue Anzüge, **Überz.,** schw. Gehrock-Anzüge verk. u. verleiht **Gebler,** Terrassenufer 8, I.

Sitzliegewagen, noch neu, zu verk. Radebeul, Gartenstraße 69, p. l.

Singermaschine, nach 2 Jahre Garantie, f. 18 M. z. verk. Freiberger Str. 60, I.
2 gebr. Bettstellen mit Matr. zu verk. Kesselsdorfer Str. 1, I. [B 394

---

1 guterh. **Kinderwagen** z. verk. Postpl. **Postplatz 31, part. m.** [B 380

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

78. Sitzung. Montag den 27. April, nachmittags 4 Uhr.

Am Regierungstische: v. Seydewitz, Dr. Nagel, Graf Vitzthum.

Die Kammer nimmt zunächst Kap. 104 des ordentlichen Etats:

Finanzielles Verhältnis Sachsens zum Reiche,

(Einnahmen 15 064 110 M., Ausgaben 19 009 901 M.) in Schlußberatung.

Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.) meint, die verbündeten Regierungen sollten es sich angelegen sein lassen, eine Aenderung des Einfuhrscheingesetzes herbeizuführen, wodurch auch die Reichseinnahmen wesentlich vermehrt werden könnten. Aber in dieser Beziehung geschehe nichts. Das Einfuhrscheinsystem sei vielmehr bisher von der sächsischen Regierung verteidigt worden. Die Finanzminister der Einzelstaaten sollten aber, weil das Einfuhrscheinsystem auch die Finanzen der Einzelstaaten schädige, im Bundesrate auf eine Aenderung hinwirken.

Finanzminister **v. Seydewitz**: Das System der Einfuhrscheine sei lediglich als eine Erleichterung des Austausches von Getreide im Interesse der konsumierenden Bevölkerung zu betrachten. Die Frage sei allerdings von hoher finanzieller Bedeutung. Nach seiner Ueberzeugung liege aber noch kein Anlaß zur Aenderung der Gesetzgebung vor. Er werde aber die Angelegenheit beobachten und aus seinen Beobachtungen dann die Schlüsse ziehen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Günther wird das Kapitel genehmigt.

Es folgen die Kap. 78, 80, 81, 82, 83, 84, 86 und 87:

Etat des Finanzministeriums.

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Volksp.) weist darauf hin, daß die Porzellanmanufaktur Meißen neuerdings im konservativen „Vaterland" annonciere. (Lachen rechts.) Wer in einem solchen Organ inseriere, wolle damit dokumentieren, daß er sich entweder als Angehöriger der betreffenden politischen Partei fühlt oder aber die Interessen der fraglichen Partei fördern will. Wenn seinerzeit die Regierung aufgefordert worden sei, für die Erzeugnisse der Manufaktur Reklame zu machen, so sei jedenfalls nicht an eine Reklame im konservativen „Vaterland" gedacht worden. (Sehr richtig! links.) Mindestens sollte dann die Parität gewahrt und auch in Zeitschriften annonciert werden, die Organe anderer politischer Richtungen sind. (Sehr richtig! links.) Das „Vaterland" erscheint unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Deshalb müssen wir gegen eine solche Insertion, mit der die Staatsbehörden die Geschäfte einer bestimmten politischen Partei fördern, protestieren. Redner fragt den Finanzminister, ob die Insertion im „Vaterland" mit seinem Willen geschehe.

Abg. **Hofmann** (kons.) findet es auffällig, daß man einem staatlichen industriellen Werke vorschreiben will, in welchen Blättern es inserieren soll. Er hätte nichts dagegen, wenn die Manufaktur auch in freisinnigen Blättern inserierte.

Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.): Wir können es nicht verstehen, daß gerade dieses Organ, das eine so einseitige politische Stellung einnimmt, bevorzugt wird. Darauf kommt es an.

Abg. **Fräßdorf** (Soz.) kann den Standpunkt des Abg. Hofmann nicht teilen. Es muß hier vollständig unparteiisch verfahren werden; wir sind dafür, daß seitens der Meißner Porzellanmanufaktur ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit in den Blättern inseriert wird. Daß das Vaterland einseitige Parteipolitik treibt, darauf legen wir weiter keinen Wert. Man muß hier aber bedenken, daß es sich um Staatsmittel handelt. Und wenn da das genannte Blatt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint, so wird da freilich schlecht mit den Staatsmitteln gewirtschaftet. Wir verlangen also volle Unparteilichkeit! In sozialdemokratischen Blättern können ebensogut Bad Elster wie die Erzeugnisse der Meißner Porzellanmanufaktur empfohlen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Finanzminister **v. Seydewitz**: In welchen Blättern die Leitung der Meißner Porzellanmanufaktur inseriert, darum kümmert sich das Finanzministerium nicht, weil es der Meinung sei, daß man der Manufakturleitung hier vollständig freie Hand lassen solle. Daß eine staatliche Anstalt in sozialdemokratischen Blättern annoncieren solle, können Sie aber nicht verlangen. (Beifall rechts. Lärm bei den Soz. Abg. Fräßdorf: Unser Geld nehmen Sie aber sehr gern!) Der Minister erklärt noch, er sei nicht in der Lage, der Manufaktur das Inserieren im Vaterland zu untersagen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Volksp.): Wenn in einem solchen Blatte von staatlichen Anstalten inseriert wird, so wird damit nach den allgemeinen Anschauungen dokumentiert, daß man der hinter ihm stehenden Partei etwas verdienen lassen will. (Sehr richtig! bei den Freis.)

Abg. **Fräßdorf** (Soz.): Der Finanzminister hat sich heute so einseitig gezeigt, wie es die sächsischen Minister immer sind. (Heiterkeit.) Die sozialdemokratische Presse hat keine Veranlassung, die Regierung um Inserate zu betteln, denn wir wissen, daß sie gerade genug zu tun hat, um ihre Amtspresse zu füttern. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Minister sollte aber doch dann wenigstens konsequent sein. Es müßte ihm doch eigentlich zuwider sein, Geld von den Sozialdemokraten anzunehmen, und sich sein Gehalt mit aus den Taschen der sozialdemokratischen Steuerzahler bezahlen zu lassen. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Nitschke** (natl.) bedauert die einseitige Bevorzugung des Vaterland durch die Regierung. Wenn der Abg. Hofmann gesagt habe, er lese das Vaterland nicht, so sei das durchaus kein Fehler, beweise vielmehr nur seinen guten Geschmack. (Heiterkeit.)

Finanzminister **v. Seydewitz**: Es werde in verschiedenen Blättern inseriert. Wenn die Manufaktur im Vaterland inseriere, so werde sie dies aus geschäftlichen Gründen tun. Auf keinen Fall könne aber die Regierung durch Aufgabe von Inseraten in sozialdemokratischen Blättern sozialdemokratischen Tendenzen huldigen. Wenn der Staat Steuern von allen Staatsbürgern nehme, so geschehe dies, weil alle Staatsbürger den Schutz des Staates genießen.

Darauf wird der Etat des Finanzministeriums genehmigt. — Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die allgemeine Vorberatung über den Antrag des Direktoriums der Zweiten Kammer auf Genehmigung der von ihm im Entwurf vorgelegten

neuen Landtagsordnung.

Vizepräsident **Opitz** (kons.) macht einige Bemerkungen zu der Vorlage und beantragt deren Ueberweisung zur Weiterberatung an eine außerordentliche Deputation.

Abg. **Sindermann** (Soz.): Wir sind gewillt, an eine gründliche Reform der Landtagsordnung heranzutreten. Die jetzige Landtagsordnung ist vollständig veraltet. Deshalb hätte man aber auch erwarten dürfen, daß bei der Reform wirklich etwas Neues, ein Fortschritt herausspringen würde. Im großen und ganzen bleibt aber alles beim alten. Mit der Einführung der kleinen Anfragen sind wir einverstanden, alles andere ist unwesentlich und kein Fortschritt. Redner geht auf einzelne Bestimmungen der Vorlage etwas näher ein, insbesondere auf § 63, der von den Freifahrkarten der Abgeordneten handelt. Diese Bestimmung bedeutet geradezu einen Hohn auf die Anregungen und Beschlüsse der Zweiten Kammer. Einer modernen Staatsregierung sollte gerade daran liegen, den Abgeordneten während der ganzen Dauer der Legislaturperiode Freifahrkarten zu gewähren, damit sie sich über die Ausführung der Beschlüsse der Zweiten Kammer erkundigen können. (Zuruf bei den Soz.: Das will sie gerade nicht!) Das alles sind Bestimmungen, die keinen Fortschritt bedeuten und denen wir deshalb nicht zustimmen können. Redner kritisiert weiter die Bestimmungen über den Diätenbezug der Abgeordneten, erklärt sich mit der Ueberweisung der Vorlage an die Deputation einverstanden und fügt hinzu: Wir werden versuchen, die ganze Landtagsordnung zu unseren Gunsten zu ändern. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.): Seine politischen Freunde ständen der Vorlage ebenfalls skeptisch gegenüber, da vom Fortschritt, den die Kammer gefordert habe, darin nicht viel zu finden sei. Man werde aber abwarten, inwieweit die Regierung ihre Stellungnahme zu den Anträgen, die in der Deputation gestellt werden dürften, modifizieren werde. Die Bestimmung über die Freifahrkarten zeige besonders, daß die Regierung keinen Fortschritt will. (Beifall links.)

Minister Graf **Vitzthum**: Die Staatsregierung kann ein dringendes Bedürfnis zur Abänderung der Landtagsordnung nicht anerkennen. (Zuruf: Wie immer!) Erhebliche Uebelstände, die eine Abänderung bewährter Bestimmungen angezeigt erscheinen ließen, seien nicht zu verzeichnen. Gleichwohl wolle sich die Regierung der Mitwirkung bei einer Aenderung der Landtagsordnung nicht entziehen, da sie sich den Wünschen der Kammermehrheit gegenüber sehe. Die Regierung vermöge jedoch ihre Bedenken gegen die Einführung kurzer Anfragen nicht aufzugeben (Abg. Sindermann: Das Beste von allen), denn sie sei der Ueberzeugung, daß die Einführung kurzer Anfragen nicht zur Verkürzung, sondern zur Vermehrung der Landtagsarbeiten beitragen werde. Die Regierung müsse sich aber auch gegen eine Gleichstellung der in Dresden und in dessen Vororten wohnenden Abgeordneten mit den auswärts wohnenden hinsichtlich der Diäten wenden, weil den letzteren dann der Charakter einer Aufwandsentschädigung genommen werde. Auch für die Gewährung von Freifahrkarten für die Dauer der ganzen Legislaturperiode sei ein Bedürfnis nicht anzuerkennen. Die Regierung habe hier grundsätzliche Bedenken. Mit Schluß des Landtags seien die Tätigkeit und die Funktionen der Abgeordneten erledigt, und schon aus diesem Grunde könnten Freifahrkarten über die Dauer der Session nicht gewährt werden. Im übrigen sei die Regierung bereit, an den Deputationsberatungen mitzuwirken. Ob sie die Vorlage annehmen könne, hänge davon ab, welche endgültige Gestaltung sie annehmen werde.

Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.) wendet sich gegen den Minister. Im Reichstag würde man kaum die berechtigten Wünsche auf Abkürzung der Arbeiten so behandeln, wie es hier der Minister des Innern getan habe. Bezüglich der Freifahrkarten handle es sich nicht etwa um ein Almosen, das die Regierung den Abgeordneten geben solle, die Regierung sollte vielmehr erwägen, ob es nicht im Interesse des Landes liege, daß die Abgeordneten außerhalb der Tagung der Stände sich von den Einrichtungen des Staates überzeugen. Manche Bemerkung in der Kammer würde dann überflüssig werden.

Abg. **Sindermann** (Soz.) weist darauf hin, daß im preußischen Abgeordnetenhause kürzlich beschlossen worden ist, den Abgeordneten Freifahrkarten für die ganze Legislaturperiode zu gewähren. Die preußische Regierung werde sich diesem Beschlusse auch kaum widersetzen. Die gleiche Einrichtung im Reichstage habe sich vorzüglich bewährt. Der sächsischen Regierung sei es freilich noch nicht passiert, daß infolge Vertagung des Landtags wertvolle Gesetzentwürfe in den Papierkorb gewandert seien. Sie ist im übrigen froh, wenn sie den Landtag wieder los ist. Was die Freifahrkarten anbelangt, so liegen die Verhältnisse jetzt so, daß die 397 Reichstagsabgeordneten während der ganzen Legislaturperiode des Reichstags herumfahren dürfen, auch in Sachsen, obwohl sie hier weniger zu tun haben als die 91 sächsischen Abgeordneten. Diese dürfen aber nicht außerhalb der Legislaturperiode des Landtags in Sachsen herumfahren. Angesichts dieses Widerspruchs darf man wohl annehmen, daß die Regierung hier doch noch entgegenkommt. Der Abg. Bassermann hatte schon ganz recht, als er sagte, daß man mit der Verweigerung der Freifahrkarten der Sozialdemokratie keinen Abbruch tue. Die Sozialdemokratie hält deswegen nicht eine einzige Versammlung weniger ab. Die Einführung kurzer Anfragen, die sich im Reichstag gut bewährt hat, würde zur Folge haben, daß bei einer Reihe von Etatskapiteln Ausführungen überflüssig werden. Die Kammer sollte aber doch endlich einmal konsequent sein. Wie die Regierung die Kammer behandelt, so sollte der Landtag auch die Regierung behandeln. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Das wird Ihnen (zu den Liberalen) im nächsten Landtage nicht schwer fallen, da Sie durch das nationalliberal-freisinnige Wahlabkommen ja die 91 Wahlkreise schon unter sich aufgeteilt haben. (Allgemeine Heiterkeit.)

Minister Graf **Vitzthum** erklärt, es dürfe nicht darauf gerechnet werden, daß die Regierung die Freifahrkarten doch noch bewilligen werde. Es handele sich hier um Grundsätze. Dabei komme ein Mißtrauen der Regierung dem Landtage gegenüber nicht in Betracht. Aber die Rechte des Landtags hörten ohne weiteres mit dem Schluß des Landtags auf!

Abg. **Hettner** (natl.) erblickt in dem Verhalten der Regierung eine Unfreundlichkeit gegenüber dem Landtage und fragt, wie der Minister die von ihm hervorgehobenen Grundsätze mit § 9 der Verfassung vereinbaren wolle.

Vizepräsident **Bär** (Fortschr. Volksp.) bemerkt, daß selbst der Reichstagsabgeordnete Oertel die Notwendigkeit von Freifahrkarten für die Abgeordneten betont habe. Die Einrichtung komme namentlich den bürgerlichen Parteien zugute. Das Unglück wäre wirklich nicht so groß, wenn Sachsen einmal vorbildlich sein würde. (Sehr richtig! links.)

Vizepräsident **Opitz** (kons.): Die Bemerkung des Abg. Sindermann sollte uns doch mit größter Vorsicht an die Vorlage herantreten lassen. Es könnte sonst gar zu leicht der Autorität der Regierung und des Staates Abbruch getan werden.

Justizminister Dr. **Nagel** sucht aus der Verfassung nachzuweisen, daß mit Schluß des Landtages die Rechte des Landtages und die Funktionen der Abgeordneten erlöschen (mit gewissen Ausnahmen, die hier aber nicht weiter in Betracht kommen). Von einer Unfreundlichkeit gegen die Kammer könne keine Rede sein.

Die Abgg. **Hettner** (natl.) und **Günther** (Fortschr. Volksp.) widerlegen die Auffassung des Justizministers.

Schließlich wird die Vorlage an eine außerordentliche Deputation verwiesen, deren Wahl morgen erfolgen soll.

Nächste Sitzung: Dienstag, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Rechenschaftssachen; Antrag Castan (Soz.) betr. die Landkrankenkassen usw.

Teleph. 14 380 [A 39] Linien 5 u. 7

Täglich! **Tymians Thalia Theater!**

Görlitzer Str. 6 Anf. 8 Uhr 20 Sonnt. 3 Vorstell.

Sonntags 11 Uhr Fideler Frühschoppen m. Vorstellg. 15, 25 u. 35 Pf.

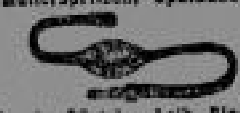
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!

Vorzugskarten Wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Schuhputz „Urbin" überall zu beziehen!
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

+ Kluge Frauen +

„Frauentee", Paket 75 Pf.
Mutterspritzen, Spülkannen



Monats-Gürtel, Leib-Binden, Nüllformer, Brusthalter, sowie alle

Frauen-Artikel.

R. Freisleben

Postplatz.

Man achte auf Firma.

Hautkrankheiten,

frische u. veraltete Harnleiden behandelt naturgemäß ohne Arznei auch in wiederholten Fällen seit 19 Jahren mit gutem Erfolg und ohne Berufsstörung [B 206

Frd. Heimberg

Naturheilkundiger

Dresden-A., Bautzner Str. 82, II.

Sprechst. 2—5, Sonntags 8—11.

Möbel

Solide Tischler- und Polster-Arbeit

Brautausstattungen

Große Auswahl :: Billige Preise

empfiehlt unter Garantie

Oswald Machts

Kaulbachstraße 31, I. u. II. Et.

Günstige Zahlungsbedingungen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Handel und Industrie.

Großbankenpaarung.

Auch Bankehen sind manchmal nicht unlösbar. So wurde die Ehe, die der Schaaffhausensche Bankverein Ende 1903 mit der Dresdner Bank schloß, schon 1908 wieder getrennt, obwohl die nach dem Ehevertrage vorgesehene Gemeinschaft mindestens 30 Jahre dauern sollte und bei der Eheschließung unzweifelhaft die Absicht der Vereinigung auf Lebenszeit bestand. Daß die Dresdner Bank sich dieser Gemeinschaft entledigte, wurde aus der späteren Entwicklung des Schaaffhausenschen Bankvereins sehr verständlich, denn kein weiterer Weg wurde durch eine Häufung von kostspieligen Mißgriffen gekennzeichnet. Aus dem Abschluß für das Jahr 1913 ergab sich zuletzt, wie verfahren die Politik von Schaaffhausen war, nachdem die Dividende für 1912 eine Kürzung gegen das Vorjahr um 2½ Prozent erfahren und sich auf 5 Prozent gestellt hatte, mußte sie für 1913 weiter auf 3 Prozent gekürzt werden. Nach sehr großen Abschreibungen wurde ferner der Spezialreservefonds von 9,30 Mill. Mark aufgelöst, um ihn zu Extraabschreibungen zu verwenden. In der Hauptsache waren die bedeutenden Verluste durch Beteiligungen an der Grundstückspekulation in Groß-Berlin und an Engagements in Rheinland-Westfalen entstanden.

Schon in den Tagen der Veröffentlichung seiner jüngsten Bilanz hieß es, daß die letzte Stunde der Selbständigkeit des Schaaffhausenschen Bankvereins gekommen sei, doch die Gerüchte einer beabsichtigten Fusion wurden bis zuletzt entschieden dementiert. Jetzt aber erweisen sich die Paarungsgerüchte doch als zutreffend, der Schaaffhausensche Bankverein hat Anlehnung gesucht und gefunden, er wird von der Diskonto-Gesellschaft aufgenommen. Vollzogen soll die Fusion in der Form werden, daß die Diskonto-Gesellschaft in Köln einen neuen Schaaffhausenschen Bankverein mit einem Aktienkapital von 100 Mill. Mark und 10 Millionen Mark offenen Reserven gründet. Auf dieses neue Institut geht das gesamte bisherige Geschäft des A. Schaaffhausenschen Bankvereins über. Die Diskonto-Gesellschaft übernimmt das Berliner Geschäft vollkommen, so daß der A. Schaaffhausensche Bankverein in Berlin überhaupt aufhört, zu existieren. Zur Durchführung der Fusion erhöht die Diskonto-Gesellschaft ihr Kapital um 75 Millionen Mark auf 300 Millionen Mark, nachdem erst kürzlich eine Vermehrung ihres Aktienkapitals um 25 Millionen Mark erfolgt ist. Für fünf Aktien des Schaaffhausenschen Bankvereins wird die Diskonto-Gesellschaft drei Kommandit-Anteile geben; es wird danach angenommen, daß die Diskonto-Gesellschaft von dem 145 Millionen Mark betragenden Aktienkapital des Schaaffhausenschen Bankvereins bereits mindestens 20 Millionen Mark besitzt.

Daß der Schaaffhausensche Bankverein seine Firma weiter behalten wird, obwohl die Diskonto-Gesellschaft seine sämtlichen Aktien übernimmt, geschieht mit Rücksicht auf die einflußreiche Stellung, die der Schaaffhausensche Bankverein in seiner Heimatprovinz Rheinland-Westfalen noch immer besitzt. Die Deutsche Bank vollzog kürzlich die völlige Uebernahme der Bergisch-Märkischen Bank, deren Beziehungen in Rheinland-Westfalen die Deutsche Bank durch die Fusion angeblich glaubt, beträchtlich erweitern zu können. Aus Anlaß dieser Verschmelzung nahm die Deutsche Bank eine Kapitalserhöhung um 50 Millionen Mark auf 250 Millionen Mark vor, während die Diskonto-Gesellschaft gleichzeitig zu der schon erwähnten Kapitalserhöhung um 25 Millionen auf 225 Millionen Mark schritt. Nach der Uebernahme des Schaaffhausenschen Bankvereins und den damit verbundenen finanziellen Maßnahmen wird die Diskonto-Gesellschaft über ein Grundkapital von 300 Millionen Mark verfügen, sie überflügelt also nach der Höhe des Kapitals die Deutsche Bank. Nach den Erfahrungen in dem Kampf um die Vormachtstellung unter den Großbanken ist nicht daran zu zweifeln, daß die Uebernahme des Schaaffhausenschen Bankvereins durch die Diskonto-Gesellschaft auch dem Ausdehnungsdrang der Deutschen Bank und der übrigen Großbanken einen neuen Anstoß geben wird.

* * *

Börse.

Kursbefestigungen auf der ganzen Linie stellten sich zu Beginn der Berliner Montagbörse ein. Begründet wurde diese Besserung mit der Annahme des Interventionsangebots von Argentinien, Brasilien und Chile durch die Vereinigten Staaten in dem Kampf gegen Mexiko. Doch von größerer Wirkung auf die Haltung des Berliner Marktes waren die fortgesetzten Interventionskäufe der Großbanken. Auf die Ankündigung der Uebernahme des Schaaffhausenschen Bankvereins durch die Diskonto-Gesellschaft erfuhren die Diskonto-Anteile Steigerungen von 2½ Prozent, die Aktien von Schaaffhausen bis 3½ Prozent. Auf den übrigen Marktgebieten stellten sich die Kursbesserungen im Durchschnitt auf 1 bis 2 Prozent. Der Privatdiskont zog auf umfangreicheres Wechselangebot um ⅛ Prozent auf 2⅝ Prozent an.

*

Metalle. Am Berliner Kupfermarkt waren die Preise kaum verändert; Maililieferung stellte sich auf 128¼ bis 128⅝ M., Dezemberlieferung auf 130 M. Die Preise verstehen sich für 100 Kilogramm.

*

Zigaretten-Rentabilität.

Für die ungemein hohe Rentabilität der Zigarettenfabrikation erbrachten die Auseinandersetzungen in den Kämpfen gegen den Trust und nicht zuletzt die Differenzen im Antitrustlager reiches Material. Die Gewinne der Großunternehmungen in der Zigarettenindustrie dürften wohl selbst die hochgespannten Annahmen übersteigen, die den Berechnungen für die Ertragsmöglichkeit eines staatlichen Zigarettenmonopols verschiedentlich zugrunde gelegt worden sind. Von der Zigarettenfabrik Constantin Akt.-Ges. in Hannover, die im vergangenen Jahre mit einem Grundkapital von 2,5 Millionen Mark die Form der Aktiengesellschaft annahm, wird nach Abschreibungen von 417 200 M. ein Reingewinn von 954 287 Mark ausgewiesen. Die Dividende beansprucht mit 18 Prozent 450 000 M., als Reserven werden 200 000 M. zurückgestellt, auf neue Rechnung 148 367 M. vorgetragen. Es ist für die deutsche Zigarettenindustrie, schreibt die Gesellschaft in ihrem Bericht, außerordentlich bedauerlich, daß einzelne Fabriken — unter Aufwendung enormer Reklamekosten, hoher Rabatte und Zuschüsse in barem Gelde und Waren — versuchen, einen Teil des Umsatzes an sich zu reißen, den die Trustfabriken durch den von den Zigarettenhändlern über sie verhängten Boykott verlieren. Der Umsatz bei der Zigarettenfabrik Constantin ist, wie der Bericht ausführt, gegenüber dem Jahre 1912 um 2 250 000 M. gestiegen, trotzdem der Reklameetat, prozentual gerechnet, der gleiche geblieben ist wie im vorhergehenden Geschäftsjahre. Wesentlich teurer geworden sind, so hebt die Gesellschaft weiter hervor, besonders die Goldbobinen, da seitens des amerikanischen Tabaktrustes versucht worden sein soll, die Goldbobinenpatente aufzukaufen, um hierdurch den Antitrustfabriken die Herstellung von Goldmundstückzigaretten zu unterbinden oder die Preise für die Goldbobinen zu diktieren. Der Antitrustverband setzte sich mit den Patentinhabern in Verbindung und erreichte durch einen großen Abschluß, den er mit den Herstellern der Goldbobinen tätigte, daß ein Monopol in diesen Goldbobinen verhindert wurde.

*

Wieder eine Fusion im Versicherungsgewerbe. Zwischen den Vorständen der Vaterländischen Feuerversicherungs-Akt.-Ges. in Elberfeld und der Rhenania-Versicherungs-Akt.-Ges. in Köln ist ein Verschmelzungsvertrag zum Abschluß gekommen. Im vergangenen Jahre übernahm die Vaterländische Feuerversicherungs-Akt.-Ges. die Vaterländische Transportversicherungs-Akt.-Ges. Nach der Fusion wird das Kapital der Gesellschaft 8,375 Millionen Mark betragen, auf das 25 Prozent zur Einzahlung gelangt sein werden.

*

Deutschlands Petroleumeinfuhr aus Rumänien hat auch im März weiter zugenommen; seit Anfang des Jahres stellt sie sich auf 10 919 Tonnen gegen 4874 Tonnen in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die gesamte Petroleumeinfuhr Deutschlands erfuhr eine Abnahme; sie stellt sich auf 243 133 Tonnen gegen 251 066 Tonnen im Vorjahre.

*

Abschluß der Lingner-Werke Akt.-Ges. in Dresden. Nach Abschreibungen von 252 415 M. gegen 211 416 M. im Vorjahre wurde ein Reingewinn von 1 069 241 M. gegen 822 560 M. im Vorjahre erzielt. Hieraus sollen 15 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre Dividende auf das Kapital 6 Millionen Mark verteilt und 81 154 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Soziales.

Hebammen auf dem Dungwagen.

Vor einiger Zeit erklärte Geheimrat Professor Dr. Winter-Königsberg, in Ostpreußen würde nahezu die Hälfte aller Geburten nicht von ausgebildeten Hebammen, sondern von Pfuscherinnen besorgt. Das sei ein Schandfleck für die Provinz . . . Auch jetzt sind die Zustände nicht viel besser. Der Agrarier stellt vielfach kein Fuhrwerk zum Holen einer Hebamme zur Verfügung, und es müssen alte Frauen die Geburtshilfe leisten, wobei so manche Arbeiterfrau im Wochenbett ihr Leben lassen muß. Aber auch, wo sich der Junker herbeiläßt, einen Wagen zur Verfügung zu stellen, sind die Zustände meist unhaltbar, was in einer Versammlung der Hebammen eines Kreises in Ostpreußen zum Ausdruck gekommen ist. Die Hebammen haben hier Klage geführt, daß sie oft auf Wagen abgeholt würden, die sich in mangelhaftem Zustande befänden. Sogar auf Dungwagen seien die Hebammen zu den Wohnungen der Wöchnerinnen gebracht worden. Der Kreisarzt hat den Hebammen geschrieben, wenn sie sich in solchen Fällen weigern würden, dem an sie ergangenen Rufe Folge zu leisten, würde das mit den gesetzlichen Bestimmungen in Uebereinstimmung stehen. Der Landrat hat sich in einer Verfügung an die Guts- und Gemeindevorsteher dieser Anschauung angeschlossen, und erklärt, es leuchte ohne weiteres ein, daß ein Aufenthalt der Hebammen auf einem derart unsauberen Gefährt den Anforderungen widerspreche, die im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheit gestellt werden müßten. — So sehen die Zustände in den Domänen der Junker aus, die von der agrarischen Presse in der Regel als Jungbrunnen für die ganze Bevölkerung gepriesen werden.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 27. April 1914 zu Dresden.

Schlachtviehgattung und Auftrieb	Wertklassen	Marktpreis für 50 kg Lebend-Gewicht	Marktpreis für 50 kg Schlacht-Gewicht
		M.	M.
I. Rinder A. Ochsen 270	1. Vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	49—51	92—94
	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	42—46	82—86
	3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	37—41	71—81
	4. Gering genährte jeden Alters	—	—
B. Bullen 346	1. Vollfleischige, ausgewachs. höchst. Schlachtwertes	51—55	69—74
	2. vollfleischige jüngere	47—49	85—88
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	43—46	80—82
	4. Gering genährte	39—42	75—78
C. Kalben u. Kühe 195	1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	—	—
	2. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren	47—49	85—88
	3. Aeltere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	42—45	80—86
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	36—40	72—78
	5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	32—35	66—73
D. Fresser —	Gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre	25—30	62—67
II. Kälber 440	1. Doppellender	—	—
	2. Beste Mast- und Saugkälber	56—65	95—111
	3. Mittlere Mast- u. gute Saugkälber	61—63	105—107
	4. Geringe Kälber	54—58	98—102
III. Schafe 858	1. Mastlämmer u. jüng. Masthammel	42—50	86—91
	2. Aeltere Masthammel	47—51	97—101
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	42—46	87—88
IV. Schweine 2205	1. Vollfleischige der feineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr	40—41	77—82
	2. Fettschweine	45—46	58—59
	3. Fleischige	45—46	58—59
	4. Gering entwickelte	44—45	57—58
	5. Sauen und Eber	42—43	55—56
		36—39	48—52

Gesamtauftrieb: 4314 Tiere. Ausnahmepreise über Notiz. Von dem Auftrieb sind 74 Schafe österreichisch-ungarischer Herkunft.
Ueberstand: 23 Rinder (davon 6 Ochsen, 14 Bullen und 3 Kühe), 17 Schafe.

5. Klasse 165. K. S. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, hinter welchen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark gezogen worden. (Ohne Gewähr der Richtigkeit. — Nachdruck verboten.)

Ziehung am 27. April 1914.

10000 Nr. 9767. C. G. Gröschel, Leipzig.
5000 Nr. 3958. Friedrich Otto Bertram, Chemnitz i. Sa.

0487 698 17 786 175 (3000) 16 524 869 127 (500) 543 668 680 972 334 1336 (3000) 778 544 522 419 193 473 (2000) 868 298 201 722 956 568 981 867 779 842 200 814 469 592 847 2560 671 555 542 855 229 194 (2000) 891 846 218 662 382 618 181 387 118 3291 160 619 840 127 721 780 908 220 (500) 753 422 918 957 109 4036 87 977 293 21 630 309 435 127 449 517 848 22 962 599 125 877 987 724 11 298 5056 763 686 (500) 868 606 81 (3000) 872 43 320 297 282 724 540 329 51 687 (2000) 648 962 (3000) 549 695 577 677 (1000) 545 468 154 198 6463 624 730 111 663 362 947 120 818 89 656 899 253 789 (1000) 691 804 934 58 7377 19 847 876 704 728 502 658 909 670 778 802 385 (1000) 27 373 631 818 (500) 763 469 8564 896 952 353 292 950 695 (500) 753 794 288 272 470 281 211 223 539 (1000) 668 829 301 926 33 689 506 526 257 494 613 (1000) 550 9014 739 713 176 614 197 888 819 449 110 5 950 794 23 (3000) 909 600 169 400 57 669 647 409

10579 398 100 118 289 612 140 361 662 379 32 409 306 267 506 672 21 74 324 11294 432 730 441 531 535 7 672 628 814 127 (500) 2 851 223 829 404 617 375 431 620 12747 24 (2000) 357 334 91 7 10 86 14 178 181 837 398 856 475 13006 301 795 178 703 22 14 177 420 21 433 (500) 819 781 726 610 946 14432 983 583 677 620 420 809 497 (500) 797 484 490 402 482 806 463 (500) 699 43 663 659 300 40 474 (500) 150 757 883 15113 607 947 936 641 242 (1000) 99 118 743 (1000) 367 576 628 16627 (1000) 881 224 845 269 89 686 497 970 97 600 676 819 321 804 699 140 376 (1000) 17052 926 155 453 557 161 57 115 5 819 348 264 680 180 322 93 194 220 433 (1000) 811 672 558 205 298 35 441 (3000) 18859 506 928 712 (2000) 338 17 681 833 559 723 764 (1000) 251 19779 973 193 109 307 975 846 320 (2000) 786 382 310 627 483 429 91 177 970 465

20118 694 408 360 (1000) 242 823 328 384 916 345 111 827 27 486 579 28 423 885 689 380 119 617 657 21099 811 645 932 917 364 520 543 694 847 651 (1000) 805 946 573 571 494 722 949 817 319 828 808 192 22856 657 (500) 187 717 605 895 81 301 388 100 714 799 390 142 442 238 419 (2000) 214 23678 854 197 222 682 948 618 861 517 443 835 24149 623 874 979 278 (1000) 898 73 (2000) 462 (500) 298 133 967 382 (1000) 154 101 903 157 581 926 723 (500) 354 346 405 971 350 69 962 619 25894 1 147 525 976 17 (3000) 199 257 521 583 693 162 205 779 585 384 67 568 449 740 452 26143 213 356 88 758 408 971 112 865 906 554 856 196 186 480 129 45 124 795 157 826 (2000) 744 27626 198 18 889 595 164 14 405 498 779 820 672 825 670 767 810 609 15 655 775 (500) 928 483 505 366 977 922 804 890 28834 453 297 750 935 673 292 664 749 409 703 713 63 221 661 355 926 889 223 29253 772 423 204 780 764 213 841 336 895 225 28 365 190

30867 357 683 (3000) 964 847 (2000) 522 910 225 869 316 634 802 564 437 860 239 743 122 205 343 617 (1000) 601 482 174 31978 184 463 718 659 527 799 379 (1000) 688 708 610 224 440 211 497 339 32358 892 614 957 715 328 693 504 143 727 956 (1000) 667 113 824 870 960 665 4 898 33771 370 892 542 827 300 491 502 882 (1000) 405 779 (500) 526 (500) 153 862 294 498 868 34638 (2000) 106 928 221 705 736 879 724 (2000) 308 (500) 141 508 883 481 3 670 362 (1000) 188 60 35192 243 611 472 534 401 172 313 802 417 572 623 763 813 101 471 229 481 350 587 378 36891 242 (500) 405 854 237 504 890 268 827 928 522 843 156 37244 (2000) 913 828 692 618 570 892 338 227 843 942 999 705 459 203 217 857 (1000) 410 38069 (5000) 528 995 589 209 768 778 (1000) 128 576 439 674 39794 618 842 902 354 801 (3000) 104 589 (1000) 283 730 704 806 42 57 374 687

40069 205 458 462 124 299 127 981 126 580 813 691 740 412 566 (500) 74 11 41083 170 291 768 521 265 974 274 814 627 15 596 75 42224 762 529 973 (500) 94 940 886 895 992 886 471 336 937 161 719 151 423 54 603 631 43093 455 854 816 880 565 896 615 (2000) 76 328 780 261 348 (500) 437 482 593 307 268 864 (500) 634 (3000) 1 (1000) 266 44171 545 936 845 695 (1000) 997 160 734 631 424 605 399 77 43 258 646 766 785 514 569 963 78 677 937 488 255 45020 509 480 856 480 140 632 757 864 133 868 991 523 (500) 453 (2000) 46385 253 508 726 396 (1000) 969 219 532 543 823 223 144 48 (1000) 887 721 269 854 145 47581 227 982 492 545 179 752 21 607 848 269 48795 564 293 357 779 290 908 789 388 (1000) 480 857 386 467 946 163 346 998 373 462 121 6 465 649 16 56 49299 869 584 965 290 736 86 642 381 252 669 139 (1000) 867

50253 (500) 577 802 207 214 283 189 627 173 995 570 347 296 299 827 (1000) 114 51336 716 715 979 840 694 775 636 643 109 881 720 211 657 106 561 514 52584 128 141 (2000) 297 785 880 967 601 146 143 86 284 397 573 (1000) 53381 282 522 451 967 86 29 197 939 328 878 433 223 54845 127 489 502 822 (500) 912 578 409 702 171 184 490 661 (500) 827 291 527 865 740 834 157 525 602 193 524 (2000) 55578 605 2 664 610 177 398 90 13 951 14 142 181 848 436 833 56614 686 309 649 239 586 988 712 805 995 911 226 247 680 57084 317 828 781 299 931 876 676 422 954 293 942 284 343 120 89 984 (3000) 158 (1000) 133 980 978 432 160 (3000) 170 79 36 366 (3000) 992 388 518 447 839 (3000) 720 431 58934 741 25 123 465 121 595 139 233 514 216 323 57 96 328 510 59655 212 315 962 534 839 1 588 757 804 222 98 809 945 155 41 60 438 214 379 (2000) 739

60754 330 592 419 19 991 277 235 584 804 928 266 437 (500) 64 652 615 642 762 868 30 61934 572 204 109 (500) 884 (1000) 555 175 141 270 993 823 633 41 428 680 (1000) 982 62813 812 271 647 350 92 (3000) 219 426 (1000) 296 988 523 213 216 585 871 (1000) 599 947 980 641 (3000) 224 589 612 115 154 63509 375 142 960 741 720 563 (500) 789 860 579 847 635 237 176 674 64801 906 770 474 402 16 930 6 972 963 441 738 698 450 713 65796 664 403 907 252 293 251 530 40 576 (1000) 306 556 300 91 595 907 624 212 286 645 66764 447 114 140 678 183 754 252 260 (500) 893 918 265 781 404 271 908 896 618 232 67161 719 597 918 673 69 162 (3000) 874 932 766 4 753 (500) 662 745 223 321 652 778 645 820 68612 149 518 760 436 725 900 768 630 964 583 731 110 242 60 50 (1000) 239 272 491 69028 646 750 985 27 436 573 969 61 868 106 892 51 44 159 109 733 85 671 723 942 840 860 515 418

70968 963 411 253 211 583 888 939 842 821 477 927 82 487 889 419 596 941 918 (3000) 71841 184 574 483 173 965 409 389 906 670 218 (1000) 732 994 820 440 28 647 72564 535 25 778 813 258 281 833 (500) 380 450 251 520 33 100 66 306 701 73604 425 129 658 223 (2000) 482 (500) 115 532 128 821 896 968 451 581 862 873 907 (500) 764 856 74642 214 922 187 285 277 300 78 384 244 742 386 75520 59 143 541 550 929 260 752 14 794 440 235 966 295 12 1 36 197 (1000) 150 742 296 938 472 76394 711 474 982 233 281 985 961 678 431 337 77146 (500) 898 385 258 392 875 916 927 497 616 399 523 815 454 886 576 860 (500) 802 (2000) 419 414 78411 561 451 914 901 (500) 947 709 748 540 974 144 735 337 254 (2000) 75 157 896 79000 100 893 904 374 671 791 116 842 (3000) 540 627 125 828 926 089 134 963 897 576 218 440 885 922

80115 330 507 421 200 860 288 724 (500) 426 358 81534 316 394 (500) 512 449 519 872 611 745 909 750 995 278 542 315 (2000) 698 540 82316 8 216 666 197 (500) 313 794 885 280 916 738 180 551 209 800 563 300 422 333 864 83383 329 655 673 32 163 503 66 240 592 101 322 5 3 84558 516 752 68 624 102 332 783 912 240 954 614 823 48 521 85542 108 286 976 339 593 330 275 810 924 667 820 86464 609 212 969 988 198 355 27 503 479 410 87706 (1000) 215 931 487 329 186 831 899 932 769 121 734 256 75 388 88116 371 418 208 228 133 51 506 389 430 437 922 497 (3000) 279 624 764 176 461 (3000) 236 (1000) 824 177 637 191 554 873 89001 445 787 852 732 775 468 873 56 480 72 451 369 (500) 272 822 54 436 228 677 400 (2000)

90101 658 45 203 217 776 246 383 158 139 131 387 (2000) 962 697 223 307 (10000) 612 91082 872 408 811 956 739 271 530 676 538 972 4 996 110 92236 292 291 502 367 882 717 222 352 955 93554 844 741 765 16 202 829 490 703 454 786 948 (500) 140 125 758 465 656 941 191 673 471 257 94568 643 (1000) 760 485 161 202 583 644 599 (500) 482 491 1000 571 681 (500) 311 257 370 778 (500) 470 851 919 350 366 581 (1000) 95505 304 797 854 537 840 938 595 704 673 117 463 629 (500) 20 815 690 201 824 613 675 96213 984 518 159 469 197 399 240 68 454 118 467 264 (500) 678 109 475 89 911 368 955 997 557 182 372 52 97434 594 668 663 (2000) 491 659 344 (1000) 527 588 922 129 375 166 311 930 207 676 923 98801 846 (500) 434 418 78 483 162 664 190 745 (500) 411 (2000) 99 201 57 884 2 266 783 159 840 573 264 99937 125 279 48 772 625 515 981 163 682 848 645 (3000) 390 807 756 357 (500) 504 637

100243 881 284 984 798 619 641 738 483 896 653 297 259 355 (500) 219 (500) 448 513 865 946 101117 228 216 481 791 994 (500) 610 172 1 853 527 102199 27 395 300 238 775 154 342 (500) 40 676 (1000) 849 113 103374 (3000) 11 776 883 817 554 549 128 530 486 491 617 (500) 48 82 147 323 428 790 881 504 880 104727 644 911 220 161 906 459 768 920 447 893 285 384 872 105844 774 (3000) 822 578 363 714 694 620 870 575 178 429 572 106197 792 846 873 778 166 (3000) 715 570 736 404 215 877 120 198 322 (500) 85 470 572 193 107312 275 563 306 69 111 (1000) 765 823 454 444 108967 (500) 175 795 (500) 299 (3000) 548 (1000) 889 880 957 265 211 447 948 349 649 867 575 637 294 109317 226 541 328 831 902 40 17 214 327 918 765 599 126 334 886 478 112 645 611

Im Glücksrade verblieben nach heute beendigter Ziehung an größeren Gewinnen:

1 Prämie zu 300000, Gewinne: 1 zu 500000, 1 zu 150000, 1 zu 50000, 1 zu 40000, 7 zu 20000, 6 zu 10000, 21 zu 5000, 205 zu 3000, 220 zu 2000, 407 zu 1000.

Parteiangelegenheiten.

Im Kampfe gegen die Arbeiter-Turnvereine.

Im liberalen Goethe-Ländchen Sachsen-Weimar wurde den Arbeiter-Turnvereinen angekündigt, daß sie nach einer Entscheidung des Thüringischen Oberlandesgerichts als politische Vereine betrachtet würden und daß daher junge Leute unter 18 Jahren an den Turnstunden nicht mehr teilnehmen dürften. — Das nennt man „Ertüchtigung der Jugend"!

Eine mißlungene Staatsaktion.

Durch eine Notiz des Volksblattes in Coburg vom 11. März 1913 fühlte sich die Neustädter Schuldirektion beleidigt. Die Angelegenheit wurde mehrfach vertagt. Dann hatte das Gericht die Sache vermaßen auf die lange Bank geschoben, daß es am 24. April wohl oder übel dem Antrage des Verteidigers zustimmen und das Verfahren wegen Verjährung einstellen mußte. Die Kosten wurden auf die Staatskasse übernommen.

Totenliste der Partei.

Im Alter von 45 Jahren starb am Mittwoch Genosse Reinhold Schebs aus Bunzlau in einer schlesischen Nervenklinik. Schebs, von Beruf Schriftsetzer, war einer von den wenigen, die schon in ganz jungen Jahren rednerisch für die Partei tätig waren. Im Alter von 23 Jahren trat er 1893 in die Redaktion der Volkswacht in Breslau ein. Als Redakteur des von allen Parteiblättern am meisten verfolgten Breslauer Bruderorgans lernte er die „Freuden" eines solchen in weitgehendster Weise kennen. 1894 wurde Genosse Schebs aus der Redaktion heraus verhaftet und zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Majestätsbeleidigung. Nach seiner Freilassung nahm Schebs wieder einen bürgerlichen Beruf in Bunzlau auf, blieb aber trotzdem ein eifriger Agitator und Organisator der Partei. Vor zwei Jahren wollte Schebs wieder in eine Parteistellung treten und war deshalb mehrere Monate wieder in der Volkswacht tätig. Hier schon zeigte es sich, daß seine Geisteskräfte im Schwinden begriffen waren. Es machte sich die Ueberführung in eine Irrenanstalt notwendig, die er bis zu seinem Tode nicht mehr verlassen sollte.

25 Jahre Redakteur.

Am 27. April 1889 trat der Genosse Georg Gärtner in die Redaktion der Fränkischen Tagespost in Nürnberg ein, nachdem er bereits vorher als Korrespondent für Oberfranken Mitarbeiter am Nürnberger Parteiblatt war. Genosse Gärtner konnte also am Montag auf eine 25jährige Tätigkeit als Redakteur an einem und demselben Parteiblatt zurückblicken. Natürlich hat unser Kollege während seiner langjährigen Redaktionstätigkeit nicht nur die Freuden, sondern auch die Leiden des Redakteurs zu kosten gehabt. Eine Reihe von Geldstrafen und längere Freiheitsstrafen haben ihm die Gerichte auferlegt für sein unerschrockenes Eintreten für die Interessen der Arbeiterschaft und der Partei. Möge Genosse Gärtner noch viele Jahre zu seiner eigenen Freude und zum Wohle der Partei seine Tätigkeit ausüben.

25jähriges Jubiläum der schwedischen Sozialdemokratie.

Unsere schwedische Bruderpartei konnte kürzlich auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Ihr Gründungskongreß tagte Ostern 1889. Anfangs wurde ihre Entwicklung noch durch die Kämpfe um Ziele und Wege gestört, bis der nächste Parteitag in Norrköping die anarchistische Taktik grundsätzlich ablehnte. 1893 war man dann auf 6000 Mitglieder gegen 3000 bei der Gründung gekommen. Aber in der darauf folgenden zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging es vorwärts und 1898 hatte man schon 39 476 Mitglieder. 1907 betrug die Mitgliederzahl 133 388. Die darauf einsetzende Krise brachte einen Rückgang, der besonders stark nach dem Generalstreik von 1909 wurde. Im Jahre 1910 war die Mitgliederzahl auf 55 248 gesunken. Seitdem ist es wieder vorwärts gegangen und zurzeit zählt die Partei ungefähr 70 000 Mitglieder. 519 Vertreter der Partei sitzen in den Stadt- und Flecken-verwaltungen, und in den Landkommunen sind rund 3000 sozialdemokratische Gemeindevertreter. In den Landsthings (Kreistagen) ist die Sozialdemokratie mit 182 Mandaten vertreten trotz des eingeschränkten Wahlrechts. Infolge des starken Eindringens der Partei in die Kommunalverwaltung ist es ja auch gelungen, 13 Mandate zur Ersten Kammer des Reichstages zu erringen und die am 25. März vorgenommenen Neuwahlen zu den Landsthings dürften wahrscheinlich unserer Partei das Anrecht auf noch einige Plätze in der Ersten Kammer gewähren haben.

Versammlungen.

Jahresversammlung der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege.

In der am 22. April dieses Jahres abgehaltenen Jahreshauptversammlung erstattete der Vorsitzende, Genosse Seebald, den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1913/14. Die VVK war auch im verflossenen Geschäftsjahr bemüht, auf dem Gebiete der Aufklärungs- und Bildungsarbeit das zu leisten, was unter den gegebenen Verhältnisse zu leisten möglich war. Die finanziellen Mittel, die zur Verfügung standen, sind als sehr bescheiden zu bezeichnen. Die Tätigkeit hat sich deshalb, und weil sie auch nur nebenamtlich ausgeführt werden konnte, in der Hauptsache nur auf Groß-Dresden erstreckt.

In der Erkenntnis, daß neben dem stetigen Kampf ums Dasein auch eine geistige Durchbildung der Arbeiter vonnöten ist, wirken die Arbeiterorganisationen unausgesetzt im aufklärenden und bildenden Sinne. Diese Tätigkeit in den Arbeiterorganisationen kann indessen nur nebenher ausgeübt werden, weil sich ihre Haupttätigkeit auf politische und wirtschaftliche Gebiete erstreckt. Die Bildungsausschüsse sind daher berufen, vorhandene Lücken auszufüllen und die Möglichkeit zu schaffen, daß alle Kulturgüter der Arbeiterschaft erschlossen werden. In der Eintönigkeit der Berufsarbeit unterliegt der Arbeiter nur allzuleicht der Gefahr der Entgeistigung und es gehört schon ein starker Wille dazu, wenn der einzelne danach strebt, sein geistiges Leben wach zu halten. Wir finden ja auch, daß bei Arbeitern, die in langer Arbeitszeit schwere körperliche Arbeit zu leisten haben, das geistige Leben öde und leer ist. Und die Zahl derer, die in Genüssen zweifelhafter Art und in Halbheiten Befriedigung finden, ist leider noch eine allzugroße. Die geistige Oede und Leere mit verfeinerten Genüssen auszufüllen helfen, ist eine dankbare Aufgabe. Je besser sie erfüllt wird, desto stärker wird auch die innere Kraft für den Kampf um Befreiung aus wirtschaftlicher und geistiger Knechtschaft sein.

Die VVK soll diese Aufgabe erfüllen. Neben geeigneten Kräften zur Uebermittlung der Kulturerrungenschaften müssen wir auch genügend Kräfte haben, die unsere Bestrebungen propagandistisch fördern. Je mehr Förderer die VVK hat, desto eher werden ihre Bestrebungen von dem erwünschten Erfolg gekrönt sein. Es ist dann möglich, einmal gewonnene künstlerische Kräfte für eine größere Anzahl von Veranstaltungen dienstbar zu machen, wodurch wirtschaftlich vorteilhafter gearbeitet werden kann und Zuschüsse nicht mehr nötig werden. Leider ist diese ideelle Unterstützung noch nicht so vorhanden, wie sie sein soll und wie sie sein könnte. Wir ersuchen daher die Vertreter der der VVK angeschlossenen Organisationen, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß die Unterstützung propagandistischer Art gewährt und für einen guten Besuch der Veranstaltungen gewirkt wird.

Insgesamt haben im vergangenen Jahre 74 Veranstaltungen an 152 Abenden stattgefunden. Davon hat die VVK 39 Veranstaltungen an 117 Abenden selbst veranstaltet. Für die übrigen Veranstaltungen, die von anderen Korporationen abgehalten worden sind, hat die VVK, bezw. das Gewerkschaftskartell den Kartenvertrieb mit übernommen.

Vortragszyklen und Unterrichtskurse sind neun an 87 Abenden abgehalten worden. Drei Parallelkurse über Rhetorik, Technik des Sprechens und des Vortrags mit Dr. Poensgen-Alberty als Lehrer fanden an je zehn Abenden in Altstadt und Löbtau statt, an denen sich 132 Teilnehmer beteiligten. Durchschnittlich wurden diese Kurse von 119 Personen oder von 90,15 Prozent der Gesamtzahl besucht. Ein Unterrichtskursus über Stil- und Redelehre, mit dem Redakteur Otto Koenig als Lehrer, umfaßte 24 Abende. Die längere Dauer für diesen Kursus wurde deshalb vorgesehen, um durch unterrichtliche Behandlung des Stoffes durch Vortrag, Kritik und praktische Uebung eine gründliche und systematische Durcharbeitung zu ermöglichen. Insgesamt war dieser Kursus von 57 Teilnehmern, durchschnittlich von 33 Personen, das ist 57,89 Prozent der Gesamtzahl, besucht. Redakteur Max Sachs hielt in Altstadt und Löbtau je einen Kursus über: „Welthandel und Weltverkehr" ab, die je sieben Abende umfaßten und zusammen von 120 Teilnehmern besucht waren. Im Durchschnitt betrug die Besucherzahl 75 oder 62,5 Prozent der Gesamtzahl. Redakteur Edgar Hahnewald hielt einen Kursus über: Deutsche Wirtschaftsgeschichte", der in Cossebaude stattfand und sieben Abende umfaßte. Die Gesamtzahl der Teilnehmer betrug 68 und die durchschnittliche Besucherzahl 38 oder 55,88 Prozent der Gesamtzahl. Ueber „Geschichte der bürgerlichen Parteien" sprach Redakteur Emil Nitzsche in einem Kursus in Altstadt an sieben Abenden, der von 63 Teilnehmern besucht wurde. Die durchschnittliche Besucherzahl betrug 36, das ist 57,14 Prozent der Gesamtzahl. In Pieschen sprach Landtagsabgeordneter Castan in einem Kursus von fünf Abenden über: „Materialistische Geschichtsauffassung", der von 60 Teilnehmern besucht wurde; im Durchschnitt von 40 Personen oder 66,67 Prozent der Gesamtzahl. Insgesamt beteiligten sich an den neun Kursen 47 weibliche und 453 männliche, also zusammen 500 Personen. Die durchschnittliche Besucherzahl betrug 341 oder 68,20 Prozent der Gesamtzahl. Im Alter bis 20 Jahren standen 35 Teilnehmer (7 Prozent der Gesamtzahl), von 21 bis 30 Jahren 190 Teilnehmer (38 Prozent), von 31 bis 40 Jahren 185 Teilnehmer (37 Prozent), von 41 bis 50 Jahren 76 Teilnehmer (15,20 Prozent) und über 50 Jahre 13 Teilnehmer (2,60 Prozent).

Vortragsabende fanden acht statt. In vier Vortragsabenden hatte Dr. Poensgen-Alberty Vortrag und Rezitationen übernommen, und zwar in je einem über „Goethes Faust" und über das „Jahrhundert-Festspiel" von Gerhart Hauptmann und zwei Abende, die durch Lichtbilder bereichert wurden, waren „Thoma-Busch"-Abende. Redakteur Otto Koenig hielt drei Lichtbildervorträge ab über: „Vor zwei Jahrtausenden — Das römische Reich". Des weiteren wurde für den vom Maler Fidus gehaltenen Lichtbildervortrag über seine Werke der Kartenvertrieb mit übernommen. In diesen acht Vorträgen wurden 2239 Eintrittskarten verkauft.

Konzerte hat die VVK fünf veranstaltet. Auf einer Konzertreise begriffen, bot im Mai der Stockholmer Arbeiter-Gesangverein Proben schwedischer Heimatweisen. Die vorzüglichen Leistungen der gutgeschulten Sänger, die mit großer Aufmerksamkeit und Wärme aufgenommen wurden, lösten stürmischen Beifall aus. Der im September veranstaltete Heine-Abend, an dem vollwertige Kräfte Gesang, Kammermusik, Vortrag und Rezitationen boten, dürfte noch lange in freudiger Erinnerung bleiben. Mit dem im November veranstalteten volkstümlichen Kunstabend, an dem eine Sängerin, eine Harfenistin, ein Rezitator und ein Kammermusik-Quartett mitwirkten, wurde der Zweck verfolgt, zu zeigen, was in den von Arbeiterorganisationen getroffenen Veranstaltungen geboten werden könnte, um die Programme künstlerisch auszugestalten. Die VVK ist bereit, die Vermittlung von Künstlern zu übernehmen. In zwei Konzerten verschafften der schwedische Sänger zur Laute Sven Scholander und seine Tochter Lisa mit ihrer Kunst einer zahlreichen Zuhörerschaft frohe Stunden. Die Konzerte waren von 5145 Personen besucht. Des weiteren wurden für sechs, von der Stadt Dresden veranstaltete Volks-Sinfonie-Konzerte 2737 Karten verkauft.

Theater-Vorstellungen hat die VVK 18 veranstaltet, und zwar zwölf im Residenztheater und sechs im Albert-theater, in denen wertvolle Dramen und gute Lustspiele geboten wurden. Diese Vorstellungen wurden von 18 365 Personen besucht. Außerdem sind zu elf Vorstellungen im Opernhaus, zu zehn Vorstellungen im Schauspielhaus und zu sechs vom Goethe-Bund veranstalteten Vorstellungen im Residenztheater 7411 Karten verkauft worden. Der Verkauf von Karten für sämtliche Veranstaltungen erreichte die Zahl von 36 022 Stück. Für die Königlichen Sammlungen sind der VVK Eintrittskarten zur Verfügung gestellt, die zu freiem Eintritt berechtigen und die im Bureau des Gewerkschaftskartells zu entnehmen sind. Von dieser Einrichtung haben im vergangenen Jahre 206 Personen Gebrauch gemacht.

Die Weihnachtsausstellung, in der gute Wandbilder, Plastiken, Schriften für jung und alt, Spielzeug, Zier- und Gebrauchsgeschirre zum Kauf angeboten wurden, brachte diesmal infolge der Arbeitslosigkeit nicht die Einnahme als wie im vergangenen Jahre. Immerhin kann mit besonderer Genugtuung auf die Ausstellung zurückgeblickt werden, damit ist dem Kampf gegen den Schund ein wertvoller Dienst geleistet worden.

Der vom Kassierer, Genossen Berndt, erstattete Kassenbericht weist, einschließlich des Kassenbestandes von 177,03 M., eine Einnahme von 33 128,36 M. und eine Ausgabe von 32 837,26 M. auf. Einschließlich einer von der Stadt Dresden gewährten Beihilfe in Höhe von 100 M. betrugen die Beiträge 2843,24 M. Es brachten Einnahmen: die Weihnachtsausstellung 4611,35 M., Theatervorstellungen 13 714,65 M., Konzerte 2735,55 M., Vorträge und Unterrichtskurse 2558,40 M. und zur Unterhaltung der Jugendheime 6488,14 M. Dem standen Ausgaben gegenüber: Weihnachtsausstellung 5263,79 M. (hier ist der verbliebene Bücherbestand inbegriffen), Theatervorstellungen 12 832,30 M., Konzerte 2569,97 M., Vorträge und Unterrichtskurse 2895,32 M., Jugendheime 6488,14 M., Jugendbildung 2358,06 M., Unkosten 465,68 M.

Den Bericht über die Tätigkeit des Jugendausschusses erstattete Genosse Surhold.

Der Jugendausschuß war bestrebt, seiner Aufgabe, ein Stützpunkt der Bewegung in allen organisatorischen und Bildungsfragen zu sein, gerecht zu werden. Von den größeren Veranstaltungen sind zu erwähnen: ein Besuch des Zoologischen Gartens, ein Experimentalvortrag von Professor Wempe über: Das Radium, und eine Aufführung der Weber von G. Hauptmann im Albert-theater. Zur Gewinnung neuer Mitglieder für die Jugendorganisation fand eine umfassende Agitation statt, für die ein besonderes Flugblatt herausgegeben wurde. Ferner wurde ein Propagandaflugblatt, die Alkoholfrage behandelnd, in 5000 Exemplaren verteilt. Die Schulentlassung der Jugend wurde auch in diesem Jahre durch besondere Veranstaltungen zur Propaganda für unsere Idee benutzt, und ein Agitationsflugblatt in 15 000 Exemplaren verbreitet. Der Bildungsarbeit in den Jugendgruppen haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Diese bedarf noch sehr einer systematischen Pflege. Zu ihrer Förderung wurde eine allgemeine Jugendkonferenz und eine Konferenz der Referenten einberufen, in denen die Grundlage für die zukünftige Gestaltung der Bildungsarbeit festgelegt wurde. Der Jugendausschuß wird den Bildungsfragen auch in Zukunft sein besonderes Interesse zu schenken haben. Die gegenwärtige Organisationsform unserer Jugendbewegung war ebenfalls Gegenstand eingehender Beratungen. Die Schaffung einer einheitlichen Zentralleitung ist zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Jugendheime, die mit der Jugendorganisation dienen, bestehen zurzeit zwei, in Dresden-Neustadt und in Löbtau. Wir waren bemüht, den in öffentlichen Lokalen tagenden Gruppen vom Restaurationsbetrieb getrennte Räume zu verschaffen. Die Gründung weiterer Jugendheime ist zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich. Bei ihrer hohen Bedeutung für die Entwicklung der Organisation muß jedoch in den nächsten Jahren mit erhöhten Aufwendungen gerechnet werden. Anzustreben ist vor allem die Gründung eines Zentral-Jugendheims in der Altstadt.

Die finanziellen Aufwendungen des Jugendausschusses betrugen im Berichtsjahr insgesamt 9910,45 M. Hiervon entfallen auf die Gruppen des 4. Kreises 3604,57 M., des 5. Kreises 839,45 M., des 6. Kreises 3119,12 M. Die allgemeinen Aufwendungen betrugen 2347,31 M.

Die Hauptversammlung, die von 36 Vertretern der angeschlossenen Organisationen besucht war, wählte den bisherigen Vorstand wieder. Dieser besteht aus folgenden Personen: Oskar Seebald, erster Vorsitzender, Bernhard Jahn, zweiter Vorsitzender, Oswald Berndt, erster Kassierer, Ewald Hänsel, zweiter Kassierer, Richard Surhold, erster Schriftführer, Ernst Tüngethal, zweiter Schriftführer, Max Pinkert und Hermann Hennig, Revisoren, Richard Drechsler, Emil Uhlemann, Siegfried Jungnitsch, Otto Bach, Beisitzer. (Eing. am 25. 4.)

Volksversammlung für den 4., 5. und 6. Wahlkreis. Frau Anna Boschek-Wien sprach am Donnerstag in einer leider nur schwach besuchten Versammlung im Odeum über: Die Frau im politischen Leben. In zweistündiger Rede legte sie eingehend dar, wie die im Wirtschaftsleben stehenden Frauen ganz besonders unter den mißlichen ökonomischen und politischen Verhältnissen leiden. Sie gab ein anschauliches Bild von den durch die ungeheuren technischen Umwälzungen veranlaßten Veränderungen der Arbeitsmethoden und der Verdrängung handwerksmäßiger häuslicher Eigenproduktion durch maschinelle fabrikmäßige Massenproduktion. Dann schilderte die Rednerin die erdrückende Doppellast, unter der die verheirateten erwerbstätigen Frauen seufzen, jener Frauen, die lange vor Beginn der Fabrikarbeit mit der Hausarbeit beginnen, die im später Nacht erst endet und auch den Sonntag zum Werktag macht. Für diese Frauen gelte es, Zeit zu schaffen, daß sie nach Feierabend ein Ohr für die Kinder, vielleicht sogar einen Gedanken haben können, der über den alltäglichen Bannkreis der Arbeit und der materiellen Bedürfnisbefriedigung hinausgeht. Nachdem sie die furchtbaren Schäden der Heim- und Kinderarbeit beleuchtet, zeigte sie die gebieterische Notwendigkeit der politischen Betätigung der proletarischen Frau, die sich nicht erschöpfen könne in der bürgerlichen Frauenforderung der Gleichberechtigung mit dem Manne, sondern im Klassenkampfe an der Seite des Mannes gipfeln müsse. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme. Ihm folgte noch eine kurze Diskussion. (Eing. 25./4.)

Briefkasten.

W. K., Grunaer Straße. Das Gedicht ist zum Abdruck nicht geeignet.

M. H. Sie müssen die Stoffe natürlich zurückliefern. Wenn Ihnen die Stoffe aber ohne Ihr Verlangen zugesandt wurden, haben Sie nicht nötig, die Kosten der Rücksendung zu tragen. Sie müssen dann lediglich der Firma mitteilen, daß die Stoffe bei Ihnen zur Verfügung der Firma liegen.

G. D. 49. Die Entschädigung, die bei militärischen Uebungen an die Familie des Uebenden gezahlt wird, beträgt für die Ehefrau 30 Prozent, für jede sonst unterstützungsberechtigte Person (Kinder) 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes. Der ortsübliche Tagelohn ist für Dresden auf 3,30 Mark festgesetzt. Um die Unterstützung muß besonders nachgesucht werden.

Victoria-Salon

Hypnose: Schneider-Duneker. Chansonnier: **Nils Moreashani and her Sioux Indian.** Gesang- u. Tanzverwandlungs-Akt: **The Caesares.** Equilibristen: **Gustav- u. Claire Bleckwenn.** Kunst-Radfahrer: **Annie Kliemchen.** Vortrags-Soubrette: **Rudolf Näizer,** Komiker: **Robins.** Musik-Instrum.-Imitator: **R. Clair-Toronto,** Olymp. Athlet.-Spiele: **Herman Telma.** Kautschuk-Produktion: **Kino.** Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Theater-Tunnel Ensemble „Metzner" Anfang 1/8, Sonntags 1/5 Uhr.

Nur noch bis Ende April.

Nebenverdienst wird auch in unserer Zeitung hier und da angeboten. Hunderte von Inseraten werden von uns zurückgewiesen, wenn uns bekannt ist, daß Schwindel vorliegt. Aber nicht immer ist die Prüfung möglich. Es ist infolgedessen nicht ausgeschlossen, daß einmal ein Inserat aufgenommen wird, das nicht einwandfrei ist.

Wir ersuchen deshalb unsere verehrlichen Leser, die Offerten abgeben, Vorsicht walten zu lassen. Auf keinen Fall dürfen den Offerten Originalzeugnisse und Photographien beigefügt werden. Auch auf die schönsten Versprechungen sende man für Muster- oder Probesendungen kein Geld im voraus ein. **Unverlangte Nachnahmesendungen weise man zurück.**

Mit Hinterlegung von Kaution bei sogen. Generalvertretungen, Filialen usw. sei man sehr vorsichtig. Es empfiehlt sich, ehe dafür Geld ausgegeben wird, über die betreffende Firma Erkundigungen einzuziehen. Mehrfach entpuppten sich sogenannte „Versandhäuser", „Engrosgeschäfte" und „Fabriken von Gebrauchsgegenständen" als Schlafstelleninhaber, die unter hochtrabenden Anpreisungen ganz minderwertige Waren an den Mann bringen wollten.

Die Expedition der Dresdner Volkszeitung.

Soeben ist erschienen:

Maifest-Zeitung 1914.

Preis 10 Pfennig.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung, Wettinerplatz 10.** — Jeder Zeitungsausträger nimmt Bestellungen entgegen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wieder ein Gewerkschafts-Jubiläum.

Der Verband der Sattler und Portefeuiller konnte gestern sein 25jähriges Jubiläum feiern. Am Ausgang des Sozialistengesetzes war es, als eine Anzahl Sattler, die in den achtziger Jahren in den Fachvereinen der einzelnen Städte organisiert waren, den Entschluß faßten, eine zentrale Organisation ins Leben zu rufen.

Es war nicht das erstemal, daß die Sattler eine Zentralorganisation schufen. Bereits 1872 wurde auf dem ersten Sattlerkongreß, der von Ignaz Auer, damals noch Sattlergeselle, einberufen war, der Allgemeine Deutsche Sattlerverein gegründet, dem die verschiedensten lokalen Vereine mannigfachster Färbung vorausgegangen waren. Die rauhe Zeit der siebziger Jahre, der schneidige Staatsanwalt Tessendorf und später das strittige Problem über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation bliesen der jungen Organisation sehr bald das Lebenslicht aus.

Anders im Jahre 1889. Als zum zweiten Male der Allgemeine Deutsche Sattlerverein gegründet wurde, bestanden in vielen Großstädten schon langjährige Fachvereine. Weiter war im Jahre 1884 eine zentrale Hilfskasse der Sattler gegründet und im April 1887 die Allgemeine Deutsche Sattler-Zeitung ins Leben gerufen worden. Unter diesen Voraussetzungen war der Gedanke einer Zentralorganisation bei den Sattlern gut vorbereitet worden. Der einzige Widerstand war in dem Berliner Fachverein anzutreffen, so daß in Berlin bis zum Jahre 1896 beide Organisationen nebeneinander bestanden.

Die Organisation im Sattlergewerbe baute sich zunächst nur auf die Militäreffektenfabrikation auf. Das übrige Sattlergewerbe, die Privatindustrie, war zu sehr von dem Kleinmeistertum beherrscht. Die Fabrikation der Militäreffekten war ein Periodengeschäft. Jahrelang lag die Produktion brach, um dann wiederum alles, was Sattler war, aus dem Versteck herauszuholen. Solche Produktionsmethoden sind der natürliche Nährboden für die Hausindustrie und für das Zwischenmeistersystem. Hinzu kommen noch die ungünstigen Submissionsbedingungen. Die Fluktuation im Mitgliederstande war daher sehr groß, sie wirkte auch außerordentlich ungünstig auf die Kassenverhältnisse ein. Mit jeder neuen Militärarbeit entstanden auch neue Lohnkämpfe, für deren Durchführung die Sattler in den ersten Jahren des Bestehens ihrer Organisation mehrfach die Hilfe der Oeffentlichkeit und der anderen Organisationen in Anspruch nehmen mußten. Als es Ende der neunziger Jahre gelang, die Privatsattler der verschiedensten Branchen für die Organisation zu interessieren und nach und nach der enormen Fluktuation im Mitgliederstande durch Einführung der verschiedensten Unterstützungszweige in gewissen Grenzen Einhalt zu gebieten, nahm die Organisation stetig an Bedeutung zu.

Wie in allen übrigen Organisationen, wurden im Anfang des Bestehens der Organisation die geringen Fortschritte der Form der Organisation zugeschoben. Bereits im Jahre 1892 wurde mit der Tapezierer-Organisation über einen Zusammenschluß der beiden Organisationen verhandelt. Im Laufe der neunziger Jahre wurde diese Frage wieder sehr lebhaft diskutiert, ohne jedoch zu positiven Resultaten zu führen. Auch andere Fusionsbestrebungen tauchten auf, von denen bis zur Stunde keine einzige realisierbar wurde.

Nach 1900 wandte sich die Sattlerorganisation mehr ihrem eigenen Ausbau zu. Mit dem Aufschwung der allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wurden der Organisation neue Agitationsgebiete zugeführt. Das ständige Wachstum auf dem Gebiete des Verkehrs und die nie ruhende Entwicklung im Verkehrswesen selbst, wirkten auf das Sattlergewerbe im ab- und aufbauenden Sinne gewaltig ein. Die Luxusindustrie in der Automobilbranche und in der Lederwarenfabrikation beschäftigt viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die schon zu einem großen Teile der Organisation zugeführt wurden. Die technische Vervollkommnung im Produktionsprozeß brachte die Portefeuiller und Sattler im Jahre 1909 zur Verschmelzung ihrer beiden Organisationen.

Der Verband darf an seinem Gedenktage, an dem er ca. 15 000 Mitglieder zählt und für zwei Drittel der Mitglieder tariflich geregelte Arbeitsbedingungen aufzuweisen hat, auf ein erfolgreiches Streben zurückblicken. Möge er auch weiterhin erfolgreich für seine Berufsangehörigen wirken.

Lokales.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Auerbach u. Co., Dresden, Großenhainer Straße 78/81, sind Differenzen ausgebrochen; die Firma ist gesperrt.

Die Sperre über die Glasfabrik Siemens in Döhlen besteht fort. Die Firma sucht unter Chiffre Klempner, um langjährig beschäftigte Arbeiter wegen Nichtzugehörigkeit zum Werkverein zu kündigen. Zuzug von Drehern, Schlossern, Hilfsarbeitern usw. ist nach beiden Betrieben streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Dresden.

Aus der Umgebung.

Achtung, Zimmerer!

Die Firma Holzmann u. Co. in Schandau sucht in den bürgerlichen Zeitungen eifrig tüchtige Zimmerer. Sie könnte ihre tüchtigen und eingearbeiteten Kräfte heute noch haben, wenn sie es nicht wegen der Verweigerung einer Lohnerhöhung von 2 Pf. zum Streik getrieben hätte. Durch die Bewilligung der berechtigten Forderungen der Streikenden könnte sie sich die Insertion nach tüchtigen Zimmerern sparen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Zimmerer
Zahlstelle Dresden und Umg.

Inland.

Der Gewerkschaftsumzug — eine Provokation.

In Königsberg i. Pr. wollten am 1. Mai 300 bis 400 Zimmerer aus Anlaß einer Jubiläumsfeier ihres Verbandes einen Umzug veranstalten und ihre Fahne nach dem neuen Gewerkschaftshause bringen. Doch das Polizeipräsidium hat die Genehmigung zur Veranstaltung dieses Umzuges versagt, da nach seiner Meinung mit dem Umzuge eine Verherrlichung der Maifeier beabsichtigt sei. Die diesjährige Maifeier solle nach den Behauptungen der Volkszeitung eine Maifeier des Kampfes sein und alle ihre Vorgängerinnen an Wucht und Kraft übertreffen. Das Königl. Oberverwaltungsgericht habe bereits mehrfach entschieden, daß solche Aufzüge eine Provokation gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft enthielten. Der Aufzug als politische Demonstration habe einen aufreizenden Charakter, und es sei bei einem solchen mit der Beteiligung der in jeder Großstadt in mehr oder minder großer Zahl vorhandenen gefährlichen und zu Ausschreitungen und Widersetzlichkeiten geneigten Elementen zu rechnen. Hieran könne auch der Zweck des Aufzuges, die Ueberführung der Verbandsfahne nach dem neuen Gewerkschaftshause, nichts ändern.

Bis zum vorigen Jahre fanden in Königsberg Umzüge der freien Gewerkschaften statt, an denen Tausende von Personen teilnahmen. Jetzt auf einmal soll die „öffentliche Sicherheit bedroht" sein, wenn einige hundert Mitglieder des Zimmererverbandes mit ihrer Fahne durch die Straßen der Stadt ziehen. Den Gewalthabern in Preußen erscheint jetzt eben alles staatsgefährlich; sie werden sich bald vor ihrem eigenen Schatten fürchten.

Keine politische Versammlung!

Vom Schöffengericht in Ruhland wurde der Glasmachermeister Kohlik zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt, weil er eine, nach Ansicht der Behörden politische Versammlung nicht angemeldet haben sollte. Bei der fraglichen Versammlung handelte es sich um eine Agitationsversammlung des Glasarbeiter-Verbandes, die Kohlik als Vertrauensmann der Zahlstelle Hohenbocka für den Bußtag v. J. einberufen hatte. In der Versammlung wurde zum Beitritt in die Organisation aufgefordert. Das Landgericht Görlitz, als Berufungsinstanz, erkannte auf Freisprechung. Die Aufforderung zum Beitritt in die Organisation sei nicht politisch zu bewerten.

Ist eine fachtechnische Zeitschrift politisch?

Um die Entscheidung dieser Frage handelte es sich in einer Gerichtsverhandlung vor einem Berliner Schöffengericht. Von der fachtechnischen Zeitschrift des Verbandes der Schneider war der Berliner Polizei regelmäßig ein Belegexemplar zugeschickt worden. Durch ein Versehen unterblieb einige Male diese Zusendung. Als deshalb beim Verleger der Zeitschrift, dem Genossen H. Stühmer, ein Polizeibeamter erschien und die weitere Zusendung verlangte, wurde sie überhaupt verweigert mit der Begründung, daß nach den Bestimmungen des Preßgesetzes für Zeitschriften, die der Wissenschaft, der Kunst, der Industrie und dem Gewerbe gewidmet sind, diese Verpflichtung, ein Belegexemplar an die Polizei zu schicken, nicht besteht. Bei der Berliner Polizei unter der Leitung ihres Dr. jur. v. Jagow verfing aber dieser Einwand nicht. Stühmer erhielt vom Berliner Polizeipräsidium einen Strafbefehl über 20 M. oder 4 Tage Haft. Gegen diesen Befehl beantragte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld richterliche Entscheidung. — Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, da sich der Gerichtshof überzeugt hatte, daß die Fachzeitschrift lediglich gewerblichen Zwecken dient. Die Beweisführung wurde durch die Verlesung einiger Artikel unterstützt, wobei ein Artikel über „Moderner Sakko für einen Dickbauch" allgemeine Heiterkeit erregte, weil auch in ihm etwas Politisches absolut nicht zu finden war.

Ofensetzerstreik in Posen.

In Posen stehen seit dem 11. April die Töpfer (Ofensetzer) in einem Abwehrkampf. Die Unternehmer hatten ihnen den Lohntarif gekündigt, um eine Reihe Positionen des Akkordtarifs im Preise herabzudrücken. Eine Einigung kam nicht zustande und so mußte der Abwehrkampf proklamiert werden. Geschlossen stellten die Ofensetzer die Arbeit ein. Der Versuch des polnischen Reichstagsabgeordneten Nowicki, die Sektion der Ofensetzer der polnischen Berufsvereinigung zum Streikbruch zu überreden, scheiterte an dem Klassenbewußtsein der polnischen Arbeiter, die sich, bis auf einen, dem Abwehrkampfe anschlossen. Damit schwammen dem „Arbeiterführer" Nowicki und seiner polnischen Berufsvereinigung die Felle weg und seine Sektion der Ofensetzer ist aufgerieben. Der Abwehrstreik, den die Ofensetzer Posens führen, steht gut. Streikbrecher sind so gut wie gar nicht vorhanden und die Arbeit drängt, so daß ein günstiger Ausgang dieses Kampfes für die Arbeiter zu erwarten ist.

Streik der Maler in Koblenz.

Der Streik der Maler in Koblenz erstreckt sich auf 15 organisierte Unternehmer, die fast vollständig ohne Arbeitskräfte sind, da auch die christlich organisierten Gehilfen die Arbeit eingestellt haben. Im Streik stehen 75 Gehilfen, während 120 in 14 Firmen, die die Forderungen der Arbeiter bewilligten, zu den neuen Bedingungen arbeiten. Der Unternehmerverband hat eine schwarze Liste herausgegeben, die aber wirkungslos sein wird, da die Unternehmer im Malergewerbe anderwärts zurzeit froh sind, wenn sie Gehilfen bekommen können. Vor Zuzug von Malern, Lackierern und Anstreichern nach Koblenz wird weiterhin gewarnt.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Maler in Marburg.

In Marburg ist auf dem Wege der friedlichen Verhandlung ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 7 Pf., verteilt auf die drei Vertragsjahre, bringt und Mindestlöhne von 48 Pf. für Gehilfen über 20 Jahre und 42 Pf. für solche unter 20 Jahren vorsieht. Das ist der erste Tarif im Marburger Malergewerbe. Die Unternehmer lehnten in früheren Jahren jede Verhandlung mit dem Verband ab; das geschlossene Vorgehen der Arbeiter brachte sie zur Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Krefelder Samtappreturarbeiter.

Die Krefelder Samtappreturarbeiter haben ihre im März angefangene Lohnbewegung mit Erfolg beendet. Die Löhne der Rauher, Scherer, Senger, Reiniger sowie der Arbeiterinnen über 16 Jahre wurden in allen Staffeln um eine Mark erhöht. Für die Arbeiterinnen, die neu in die Branche eintreten, aber schon das 19. Jahr zurückgelegt haben, erhöht sich der Anfangslohn um eine Mark. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde verkürzt und beträgt jetzt für alle Beschäftigten 58 Stunden wöchentlich. Ueberstunden dürfen höchstens zwei am Tage gemacht werden, jedoch nicht an Montagen und Tagen vor Sonn- und Festtagen. An den Verhandlungen nahmen auch die Christlichen teil, trotzdem sie keine Forderungen gestellt hatten. Die Verhandlungen selbst wurden glatt und rasch geführt. Die Krefelder Unternehmer scheinen doch aus dem vorjährigen Färberkampf gelernt zu haben.

Reichskonferenz der Modelltischler.

k. r. Am 26. und 27. April tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine Reichskonferenz der Modelltischler, die von 52 Delegierten aus 42 Orten besucht war. Als Vertreter des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes nahmen Neumann und Pappe teil, aus Wien war der Kollege Ring, Vertreter des dortigen Metallarbeiterverbandes, anwesend. In Oesterreich gehören die Modelltischler dem Metallarbeiterverband an. Der Vorsitzende der Zentralkommission der Modelltischler, Specht-Magdeburg, und Otto-Berlin leiteten die Verhandlungen.

Im Jahre 1906 wurde vom Deutschen Holzarbeiterverbande zur besonderen Agitation unter den Modelltischlern die Zentralkommission eingesetzt. Der Vorsitzende Specht schilderte in längeren Ausführungen die Schwierigkeit, die es schon machte, um die Zahl der organisierten Modelltischler statistisch zu erfassen. Die Kommission hat sich außerdem auch mit Lohnbewegungen und Verhinderung von Streikarbeit beschäftigt und eine Statistik über die Lehrlingshaltung aufgenommen. Weiter hat die Kommission die Agitation dauernd in Fluß gehalten durch eine große Versammlungstournee im Jahre 1911 und durch Verbreitung eines Flugblatts im Jahre 1912/13. Die Modelltischler stellten im Deutschen Holzarbeiterverband am Ende des letzten Jahres 5074 Mitglieder; dem gegenüber stehen 1458 von der Statistik erfaßte Lehrlinge, die sich auf 30 Orte verteilen. Auch die gelbe Bewegung hat sich in dieser Branche in einzelnen Orten eingenistet, meistens in großen Maschinenfabriken, weniger in den Modellwerkstätten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß die Zentralkommission die Zusammenstellung der Ergebnisse ihrer statistischen Erhebungen regelmäßig den Sektionen zusenden soll.

Ueber Organisation und Agitation referierte Jaenecke-Magdeburg. In seinen Ausführungen kam zum Ausdruck, daß für die Modelltischler wie für alle in der Modelltischlerei beschäftigten Holz- wie Hilfsarbeiter allein der Deutsche Holzarbeiterverband die zuständige Organisation ist. Die Organisation der Modelltischler soll wie bisher durch Bildung von Sektionen und durch Lieferung von zweckdienlichem Agitationsmaterial durch die Zentralkommission unterstützt werden.

Zum Punkt Arbeitsvermittelung forderte die Konferenz:

1. Unterstellung der Modelltischler unter die paritätischen Nachweise, wo solche bestehen.
2. Möglichst vertragliche Regelung der Arbeitsvermittelung.
3. Errichtung resp. Benützung von eigenen oder Verbandsnachweisen.
4. Errichtung von Arbeitslosenkontrollstellen zur Kontrolle der Tätigkeit der Unternehmernachweise.
5. Periodische Berichterstattung über den Stand der Konjunktur, der Zahl der Arbeitslosen sowie der vermittelten Kollegen an die Zentralkommission und innerhalb einheitlicher Wirtschaftsgebiete zum Zwecke des Austauschs von Arbeitskräften.
6. Das Umschauen und schriftliche Anfragen um Arbeit sind nachdrücklichst zu bekämpfen.

Zur Taktik bei Lohnbewegungen und Aussperrungen wurde durch Annahme einer Resolution beschlossen, daß mit Nachdruck auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und auf ein tarifliches Abkommen hinzuarbeiten ist. Dergleichen Unternehmer, die Arbeit kurz vor oder während einer Bewegung nach auswärts, die sonst unter normalen Verhältnissen diese Arbeit im eigenen Betrieb herstellen lassen, dann kann diese Arbeit unter Zustimmung des Vorstands als Streikarbeit erklärt und verweigert werden. Das Verfahren zur Ermittelung von Streikarbeit ist möglichst zu beschleunigen. Jeder einzelne Kollege muß im eigenen sowie im Verbandsinteresse dazu beitragen, daß vor, während, wie nach jeder Lohnbewegung und Aussperrung die unerschütterlichste Geschlossenheit besteht.

Zur Lehrlingsfrage und Lehrlingsausbildung wurde folgenden Richtlinien zugestimmt:

„Die stark zunehmende Zahl der Lehrlinge in unserer Branche sowie die immer weiter um sich greifende Vernachlässigung ihrer Ausbildung erfordern von den Kollegen eine gründliche Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen, die für das Lehrlingswesen sowie die Ausbildung der Lehrlinge gelten.

Die Konferenz empfiehlt, überall wo es zweckmäßig und möglich ist, Lehrlingsschutzkommissionen zu bilden, die zunächst die Eltern der Lehrlinge darauf hinzuweisen haben, den Gang der Ausbildung öfter zu kontrollieren.

Die Kollegen sind dahin aufzuklären, daß in dem Nachwuchs keine Konkurrenten, sondern gleichwertige Kollegen erzogen werden sollen. Es ist ihnen nahe zu legen, den Lehrlingen gegenüber sich eines freundlichen Tones und liebevollen Umganges zu befleißigen und, soweit es möglich ist, deren Ausbildung persönlich zu fördern, um durch eine Hebung der Arbeitstüchtigkeit der jungen Kollegen eine Hebung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche zu erwirken."

Als Sitz der Zentralkommission wurde zum Schluß wiederum Magdeburg bestimmt.

Vereinskalender für Mittwoch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Dresden. Abends 6½ Uhr Vierteljahres-Hauptversammlung im Dresdner Volkshaus, Ritzenbergstraße 2.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Dresden. Abends 8 Uhr Baudelegierten-Versammlung im kleinen Volkshaussaal, Ritzenbergstraße 15.

Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend. Abends 8½ Uhr Ordentliche General-Versammlung im Saale des Kristall-Palastes, Schäferstraße.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. Wahlkreis, Bezirk Döhlen, Weißig, Opitz. Abends 8½ Uhr erster Frauendiskussionsabend in Böhms Restaurant in Oberdöhlen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rabenau und Umgegend. Abends 7½ Uhr Sitzung des Ausschusses im Sängerheim.

Internationale Bibliothek.

Band

1. H. Tschulok, Dr., Entwicklungstheorie (Darwins Lehre) Geb. 1.–
2. Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren
5. Kautsky, Thomas More. 2. Auflage
6. Bebel, Charles Fourier. 3. Auflage
8. Stern, Die Philosophie Spinozas. 3. Auflage
9. Bebel, Die Frau und der Sozialismus
10. Lissagaray, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Aufl.
11. Engels, Der Ursprung der Familie
12. Marx, Das Elend der Philosophie
13. Kautsky, Das Erfurter Programm
14. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England
16. Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes
17. Mehring, Die Lessing-Legende. 2. Auflage
18. Lux, Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus
21. Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft
22. Dietzgen, Das Acquisit der Philosophie
24. Marx, Revolution und Kontre-Revolution
26a Bebel, Leben und Tod
26b " Kleinere Aufsätze
26c " Moses oder Darwin?
27. Lindemann (Hugo), Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England. 2. Auflage
30. Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie
31. Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit
32. " Kleinere philosophische Schriften
33. Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien
35. Marx, Mehrwert. Band I. Von Kautsky
36. " " " II., Teil 1. Von Kautsky
37. " " " II., " 2.
38. Kautsky, Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung
39. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten
40. Pasihitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland
41. Deutsch, L., Viermal entflohen
42. Maßlow, P., Agrarfrage in Rußland
43. Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich
44. Bernstein, Englische Revolution
45. Kautsky, Der Ursprung des Christentums
46. Boudin, Das theoretische System von Karl Marx
47. Kautsky, Vorläufer des neueren Sozialismus. Bd. 1
48. " " " " Bd. 2
49. Buonarroti-Blos, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit
50. Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft
51. Paul Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich
52. J. Salwioli, Der Kapitalismus im Altertum
53. M. Adler, Marxistische Probleme
54. H. Laufenberg, Der politische Streik
55. Vandervelde, Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140428/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG